

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



19. November 1983
Jg. 4 Nr. 23

G 7756 D Preis:
2,50

WÖRTE NOTORISCHER ANTEILSEIGNER ZUR

35-STUNDEN WOCHE BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH

Für's gleiche Geld 5 Stunden
weniger arbeiten?

Glatte Diebstahl!

In Tateinheit mit
Anspruchsdenken



GEW-Gewerkschaftstag: Hetze der
Reaktion gegen die fehlende nationale
Gesinnung der Lehrer Seite 8



„Stahl-Neuordnung“: Fusion gescheitert – Tarife gekippt? Seite 11



Republik Südafrika: Parlamentsreform soll den Widerstand spalten Seite 30

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

35-Stunden-Woche: Was soll künftig ein Normalarbeitstag sein? Kapitalisten in Sorge vor engeren gesetzlichen Schranken	Seite 3
Hetzkampagne der Reaktion gegen die DGB-Gewerkschaften	Seite 4
Will der IGM-Hauptvorstand die Lohnfrage vollständig umschiffen?	Seite 5
Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet	Seite 6
Grenada-Debatte: Der Deutsche Bundestag debattiert: Was können wir in der Karibik tun	Seite 7
Niederlande: Gegen die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst	Seite 7
GEW-Gewerkschaftstag: Hetze der Reaktion gegen die fehlende nationale Gesinnung der Lehrer	Seite 8
Kampf gegen Maßregelungen unterstützen!	Seite 9
Öffentlicher Dienst: DGB-Kampagne gegen Haushaltsbegleitgesetz	Seite 9
SMH-Bankenkrise: Bundesregierung will Bankengesetz novellieren	Seite 9
Raketenstationierung: Statt gegen die „Nachrüstung“ der BRD gegen „Nachnachrüstung“ der UdSSR?	Seite 10
„Stahl-Neuordnung“: Fusion gescheitert — Tarife gekippt?	Seite 11
Türkei-Wahlen: „Nicht demokratisch im strengen Sinne“	Seite 12
„Flexible Arbeitszeiten“: Bei Einführung der CNC-Werkzeugmaschinen drängen die Metallkapitalisten auf Ausweitung der Schicht	Seite 13
IG Metall-Positionen zur Schichtarbeit verschlechtern sich	Seite 14
Gewerkschaften aus Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden zur Schichtarbeit	Seite 16
Wer durch Nacharbeit krank wird, soll selber schuld sein	Seite 17
Nachrichten aus der Arbeiterbewegung	Seite 18
Überstunden: Arbeitszeitverkürzung muß mit Begrenzung der Mehrarbeit verbunden werden	Seite 19
IG Bau Steine Erden: Gegen Abbau von Schlechtwettergeld	Seite 19
GHH/MAN-Sanierung: Kapitalisten verlangen Opfer für den „Erhalt von Arbeitsplätzen“	Seite 20
VAW Hannover: Die Entlassungen sind zurückgezogen worden	Seite 21
Kommunalkongreß: Höhere Werte, damit „Opfer einen Sinn haben“	Seite 21
Graue Wölfe: Türkische Antifaschisten angeklagt: Gericht zielt auf hohe Freiheitsstrafen	Seite 22

Die Rechtslage: Verbot faschistischer Veranstaltungen ist zwingend! Das Gericht: „Unerheblich“!	Seite 22
ÖTV-Veranstaltung: Wehrgerichtsbarkeit im Dritten Weltkrieg	Seite 23
Ausländische Arbeiter: Arbeitsamt verweigert Arbeitslosenhilfe	Seite 23
Umweltschutz: „Investitionshindernis abbauen!“	Seite 24
Kommunalwahlen 1984: In Augsburg keine grün-alternative Liste	Seite 24
Privatisierung: „Mehr Leistung um zu sparen?“ — Jede Intensivierung und Lohnsenkung muß abgelehnt werden	Seite 25
Gewerkschaftliche Beschlüsse gegen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen	Seite 26
Stichwort: Privatisierung	Seite 27

Internationale Nachrichten	Seite 28
---	----------

Großbritannien: Schrittweise schränkt Thatcher Gewerkschaftsrechte ein	Seite 29
Italien: Die Kapitalisten brauchen Geld	Seite 29
US-Gewerkschaften: Einwände gegen die Intervention in Mittelamerika	Seite 30
Republik Südafrika: Parlamentsreform soll den Widerstand spalten	Seite 30
Argentinien: Regierung soll die Gewerkschaften schwächen	Seite 31
Indien: Punjab zum Aufruhrgebiet erklärt	Seite 31
VR China: Säuberungswelle gegen Parteilinke — Vorbereitung auf große Klassenkämpfe?	Seite 32
Einkommensentwicklung der Bauernhaushalte in der VR China	Seite 33

Aus Kultur und Wissenschaft	Seite 34
--	----------

War Games/Kriegsspiele: Spannender Film über Probleme der Kriegsführung per Computer mit einfältigem Schluß	Seite 33
Der Sündenfall umgekehrt	Seite 34
Umwelt-Roman: Bergersdorf ist überall	Seite 34
Leider nur für ein kleines Publikum verfaßt	Seite 35
Main Battle Air Vehicle (MBAV): Die Beweglichkeit mit der Feuerkraft in Einklang bringen	Seite 35
Spartacus: Der Aufstand der Sklaven — vergebliche Rebellion?	Seite 36
Kohle-/Kreidezeichnung	Seite 37
Informationen zum Arbeitsmarkt	Seite 38
Arbeitszeitverkürzung & Intensivierung der Arbeit — zum Beispiel bei der Post	Seite 39

Was soll künftig ein Normalarbeitstag sein? Kapitalisten in Sorge vor engeren gesetzlichen Schranken

Nach Auskunft des Gewerkschaftsinstituts WSI laufen zum Ende dieses Jahres für knapp über sechs Millionen Lohnabhängige die Manteltarife zur Wochenarbeitszeit aus. Bisher haben unseres Wissens lediglich die Gewerkschaften IG Metall, IG Druck und Papier, die Deutsche Postgewerkschaft und die HBV die Manteltarife gekündigt und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche aufgestellt. Andere Gewerkschaften wie die NGG, die IG Chemie und die Gewerkschaft Textil-Bekleidung, deren Manteltarife ebenfalls zum Jahresende auslaufen, haben sich dieser Forderung ausdrücklich *nicht* angeschlossen. Und auch von seiten der IG Metall, der IG Druck usw. hat noch keine der Tarifkommissionen dieser Gewerkschaften ihre genaue Forderung zum Lohn Tarif und zum Manteltarif beschlossen. Dennoch läuft die Propagandakampagne der Kapitalisten, ihrer Verbände und Institute gegen die Forderung nach der 35-Stunden-Woche auf vollen Touren. Ihr Grundtenor ist: Die 35-Stunden-Woche kommt nicht in Frage, stattdessen muß die Arbeitszeit „flexibler“ gestaltet werden.

Die Wirtschaftsinstitute etwa haben in ihrem „Herbstgutachten“ der Forderung der Gewerkschaften nach der 35-Stunden-Woche ein ganzes Kapitel gewidmet. Zuerst einmal fordern sie von den Gewerkschaften, weitere Lohnsenkungen und eine weitere Vergrößerung der Lohnunterschiede und Außerkraftsetzung von Tarifverträgen anzunehmen:

„Die in Gang gekommene Belegung kann nur dann in einen dauerhaften Aufschwung münden, wenn sich die Investitionsneigung auf breiter Front verstärkt ... In der Lohnpolitik muß weiter berücksichtigt werden, daß Arbeitskraft insgesamt nicht mehr knapp ist; im Gegenteil, es gilt, eine erhebliche Unterbeschäftigung zu beseitigen. Damit ist der Spielraum für Lohn-erhöhungen kleiner als nach den traditionellen Regeln der Lohnpolitik ... Außerordentlich wichtig ist auch eine stärkere Differenzierung der Löhne nach Branchen, Regionen und Qualifikationen.“

Sodann machen sie den Gewerkschaften die Rechnung für die 35-Stunden-Woche auf. „In der öffentlichen Meinung“, bemängeln die Institute, erscheine diese „vielfach als ein entscheidender Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wie auch zur Lösung anderer wirtschaftlicher sowie sozialer und ökologischer Probleme“. Dies sei aber alles äußerst ungewiß.

Insbesondere müßten die Gewerkschaften, wollten sie tatsächlich zu einer Verringerung der Arbeitslosigkeit beitragen, „zu einem so großen Abschlag vom sonst möglichen Reallohnanstieg“ bereit sein, „daß der Reallohn – nach Jahren des Reallohnrückgangs – für ein Jahr fünf mindestens nicht steigen dürfte“, erklären die Institute. Andernfalls müßten die Gewerkschaften mit großen neuerlichen Entlassungsmaßnahmen der Kapitalisten rechnen. Dieser Drohung folgt sodann ein „Kompromißangebot“:

„Besser, als an die Stelle alter Starrheiten (gemeint ist: der gesetzlich und tarifvertraglich fixierte Normalarbeitstag von 8 Stunden, d. Verf.) neue zu setzen, wäre es, Regelungen zu schaffen, die den individuellen Unterschieden in den Bedürfnissen von Arbeitnehmern wie auch den Erfordernissen von Unternehmen Rechnung tragen. So sollte von der Möglichkeit der Teilung von Arbeitsplätzen, der Teilzeitarbeit sowie des Schichtbetriebs bei individuell verkürzter Arbeitszeit vermehrt Gebrauch gemacht werden.“

Mehr Schichtarbeit! Mehr Teilzeitarbeit! Mehr Flexibilität! Schluß mit dem „starren“ Normalarbeitstag! So lauten die Lösungen der Kapitalisten. Der Deutsche Industrie- und Handelstag beschloß auf seinem Jahreskongreß am 19.10., man sei keineswegs gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit, aber:

„Änderungen der Arbeitszeit müssen die Anpassungsfähigkeit in der Wirtschaft erhöhen, dürfen sie keineswegs verringern,

müssen reversibel (aufhebbar, d. Verf.) sein, um bei veränderten Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsbedingungen eine Anpassung an die jeweils neue Lage zu ermöglichen. Sie müssen kostenniveauneutral sein ... Folglich sind nur Individualregelungen wachstumspolitisch wirksam. Sie sollten von den Unternehmen, wo sie möglich sind, alsbald getroffen werden, um bei anhaltender Arbeitslosigkeit Pauschalregelungen ‚von oben‘ vorzubeugen.“

Auch DIHT-Präsident von Amerongen gibt sich „kompromißbereit“:

„Natürlich, warum nicht auch mehr Flexibilität bei der Gestaltung der Arbeitszeit? Je schneller betriebliche Regelungen realisiert werden, um so mehr kann Pauschalregelungen zur Arbeitszeitverkürzung entgegengewirkt werden. Uniformität für alle Branchen und Betriebe, sei es bei der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit, ist der falsche Weg.“

Wie solche „Individualregelungen“ der Kapitalisten mit den einzelnen Lohnabhängigen aussehen sollen, hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in ihrer Broschüre „Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit“ skizziert:

„Neben der bekannten Form der Halbtagsarbeit gibt es neue oder weiterentwickelte Formen einer individuell verkürzten und flexibel gestalteten Arbeitszeit mit anteiligem Entgelt. Dies sind vor allem:

- Halbwochen- oder Halbmonatsarbeit
- Job sharing
- Festlegung einer individuell bestimmten Soll-Arbeitszeit für einen längeren Zeit-



Der DIHT warnt vor engeren gesetzlichen Schranken des Normalarbeitstages. Grund genug für eine solche Forderung haben die Lohnabhängigen schon jetzt: Jeder Siebte arbeitet regelmäßig nachts oder in Schicht, jeder Zehnte ist von den Kapitalisten in „Teilzeit“ gezwungen.

raum mit der Möglichkeit der Anpassung an die betrieblichen oder persönlichen Erfordernisse.“

Der Siemens-Konzern schließlich schlägt in einer jetzt vom BDI-Wirtschaftsinstitut herausgegebenen Broschüre (1) gleich ein halbes Dutzend neuer Teilzeitmodelle vor, darunter „wahlweise“ 4-, 6- oder 8-Stunden-Schichten bei 20-, 30- oder 40 Stunden pro Woche, „Freischicht“-Modelle mit einer Woche „Freizeit“ pro Monat, sodann die „Ganztages-Teilzeit- oder Blockschicht-Modelle“ mit zwei bis drei 8-Stunden-Schichten pro Woche und dann jeweils mehreren Tagen „Blockfreizeit“, die „Partner-Teilzeit“, auch bekannt als „Job sharing“, dann „Sabbatical-Systeme mit der Möglichkeit, längere Freizeitperioden zu nehmen“ – unbezahlt, versteht sich, usw. usf.

Die gemeinsame Folge all dieser „Alternativen“ der Kapitalisten zur 35-Stunden-Woche und zum 7-Stunden-Normalarbeitstag wäre: Die Kapitalisten könnten für beträchtliche Teile der Lohnabhängigen den Lohnstandard noch einmal bedeutend einreißen,



Kapitalistische „Flexibilitäts“-Wünsche: Siemens will die Teilzeitbeschäftigung auf 11% der Belegschaft verdoppeln ...

sie könnten die in jahrzehntelangen Kämpfen errungenen Sicherungen des Normalarbeitstags beseitigen und zudem noch eine ganze Reihe von Versicherungsansprüchen der Lohnabhängigen umgehen. Zum Beispiel: Wer we-

niger als zehn Wochenstunden beschäftigt ist, hat keinen Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Wer weniger als 15 Stunden beschäftigt ist, hat keinen Anspruch auf Zahlung der gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträge durch die Kapitalisten und also auch keinen Anspruch auf Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter. Bis zu einer Ausdehnung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden hätten die glücklich „teilzeitbeschäftigten“ Lohnabhängigen keine Aussicht, je einen Überstundenzuschlag gezahlt zu bekommen. Zudem gelten eine ganze Reihe von Kündigungsschutzrechten und Mitbestimmungsrechten der Betriebsräte erst ab einer gesetzlichen festgelegten Mindestgröße der Belegschaft, die auf Vollzeitstellen berechnet wird. Bei einer Ausweitung der Teilzeitstellen könnten die Kapitalisten diese Schutzrechte leichter unterlaufen. Je kürzer und schlechter bezahlt schließlich die „flexible Teilzeit“, umso geringernachher auch der Anspruch auf Arbeitslosengeld bzw. Rente, umso brutaler also auch die langfristige „Entla-

Hetzkampagne der Reaktion gegen die DGB-Gewerkschaften

Die Ankündigung verschiedener Gewerkschaften, die 35-Stunden-Woche notfalls mit Streik durchzusetzen, die Änderung der Satzung der IG Druck und Papier, die dem Vorstand die Durchführung von Warnstreiks ohne Urabstimmung möglich macht, hat ebenso wie die politische Beschlussfassung der vergangenen Gewerkschaftstage die bürgerliche Presse in Aufregung versetzt. Aus den Unionsparteien kommt aus demselben Anlaß die Drohung mit Gewerkschaftsspaltung.

Die Drohungen sind handfest und mit gesetzgeberischen Absichten verbunden: Lambsdorff fordert ein Verbändegesetz, durch das die Gewerkschaften mit ihrem Vermögen von den Kapitalisten haftbar gemacht werden können. Die gewerkschaftliche Beschlussfassung soll vollständig dem „Gemeinwohl“ unterworfen werden. Das Streikrecht wäre so faktisch beseitigt. – Im folgenden einige Dokumente zur Kampagne der Reaktion gegen die Gewerkschaften:

„Die Industriegewerkschaft Druck und Papier ist mittlerweile einer kommunistischen Staatspartei ähnlicher als einem Gewerkschaftsverband zur Durchsetzung von Mitgliederinteressen. Noch viel handfester als in radikalen Tiraden ehemaliger oder gegenwärtiger Spitzenfunktionäre zeigt sich das an den Beschlüssen des Gewerkschaftstages, künftig auf Urabstimmungen vor Streikbeschlüssen zu verzich-

ten und Streikunterstützung nicht immer und stets zu zahlen ... Künftig kann diese Gewerkschaftsspitze buchstäblich ‚rücksichtslos‘ zum Streik aufrufen, denn die beiden Rücksichten, die bislang noch jede Gewerkschaft vor dem Arbeitskampf nehmen mußte, sind abgeschafft: die Meinung der Mitglieder einerseits, die mehr oder weniger vollen Kassen andererseits.“

FAZ, 25.10.83

„Die Delegierten der IG Druck und Papier haben einem Antrag zugestimmt, der den Vorstand ermächtigt, auch ohne Befragung der Mitglieder den politischen Streik auszurufen. Das ist nicht nur Entmündigung der Mitglieder durch Gewerkschaftsdiktatoren, sondern Kriegserklärung gegenüber der Demokratie.“

Kommentar von E.G. Vetter in FAZ, 29.10.83

CDU und CSU drohen mit Spaltung:

„Das auf dem diesjährigen Kongreß der IG Metall vorsätzlich geschürte Klima der Feindseligkeit gibt Anlaß zu ernster Besorgnis ... Will die IG Metall das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu Grabe tragen und das Klassenkampfmodell der sozialistischen Einheitsgewerkschaft aus der Mottenkiste der Geschichte hervorholen?

A. Müller (Remscheid), CDU-MdB in Deutschland Union Dienst, 20.10.83

„Mit dem Beschluß der Deutschen Postgewerkschaft, das Thema Generalstreik auf die Tagesordnung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu setzen, wurde im herbstlichen Reigen der DGB-Gewerkschaftstage ein absoluter Höhepunkt der Radikalisierung erreicht, der nicht nur christlich-soziale und christlich-demokratische Arbeitnehmer vor eine Gewissensentscheidung stellen kann ... Obwohl den Lehrern als Beamten kein Streikrecht zusteht, macht die Lehrer-

gewerkschaft dennoch mobil, um ihre Schwesterorganisation Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr durch Warnstreiks zu unterstützen, falls diese einen Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche führen sollte. Für den Vorsitzenden der GEW ist die Ungesetzlichkeit von Beamtenstreiks kein Problem ... Alle aus der Idee der Einheitsgewerkschaft sich ergebenden Verpflichtungen werden rücksichtslos über Bord geworfen.“

M.C. Hettlage in Bayernkurier, 12.11.83

Die Gewerkschaften sollen gesetzlich geknebelt werden:

„Die Satzungsänderung bei der IG Druck, nach der Streiks auch ohne Urabstimmung möglich sind und auf Unterstützungszahlung im Streikfall verzichtet werden kann, macht nach Ansicht Bundeswirtschaftsminister Lambsdorffs eine neue Diskussion über ein Verbände- oder Gewerkschaftsgesetz notwendig.“

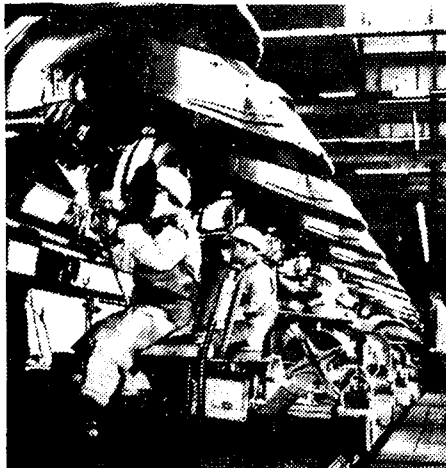
Köln Stadtanzeiger, 27.10.83

„Die Gewerkschaften ... bestehen immer noch in der Rechtsform des nicht rechtsfähigen Vereins ... Formalrechtlich haben sie noch nicht einmal Vermögens- und Prozeßfähigkeit, haftet der Verein nicht für die Handlungen seines Vorstands ... Ein Verbändegesetz, das die Gewerkschaften wenigstens zwingen würde, die Rechtsform des eingetragenen Vereins anzunehmen und nicht länger das Manko in der Rechtsform ‚sachlich‘ durch die Gerichte heilen zu lassen, wäre schon vernünftig ... Auch hinsichtlich des gesamten Arbeitsrechts wäre es dringend an der Zeit, daß das geltende Richterrecht abgelöst würde durch eine gesetzliche Beschreibung der Rechte und Pflichten der Tarifparteien im Arbeitskampf, was vor allem hinsichtlich der Gemeinwohlbindung auch in einem Verbändegesetz geschehen mußte.“

H. Mundorf in Handelsblatt, 7.11.83

stung“ der Versicherungskassen von Zahlungen. Schließlich: Wer sowieso schon für den halben Lohn in „Teilzeit“ beschäftigt ist, wieviel leichter kann der jederzeit zur Nachtschicht gerufen werden, weil er auf den so erzielten Lohn nicht verzichten kann!

Die Gewerkschaften sind damit, ob sie wollen oder nicht, in einer Lage, die mehr von ihnen verlangt als nur die Verfechtung der Forderung nach der 35-Stunden-Woche oder gar nach „Verkürzung der Arbeitszeit“. Was soll künftig ein Normalarbeitstag sein? Welche Nacharbeit soll verboten werden, welche Teilzeitarbeit? Was soll mit der Schichtarbeit geschehen? Auch wenn die Gewerkschaften für diese Auseinandersetzung nach dem Verlauf der Gewerkschaftstage denkbar schlecht gerüstet scheinen: Die Kapitalisten fürchten diese Auseinandersetzung schon jetzt. Die dumpfe Warnung des DIHT vor einer „Pauschalregelung ‚von oben‘“ infolge einer politischen Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften um die gesetzlichen Schranken des Normalarbeitstags ist ein deutliches Zeichen dieser Furcht. Und die Maßnahmen, mit denen jetzt



... VW in einem Jahr dem Betriebsrat seinen „Jahresarbeitszeit“-Vorschlag unterbreiten (siehe Pol. Ber. v. 8.10. 1983)

der IG Metall-Vorstand die Auseinandersetzung in den Betrieben eröffnen will – Untersuchungen und Debatten über das Ausmaß der Überstunden, über die Intensität der Arbeit, über die Schichtarbeit usw. (siehe Kasten auf dieser Seite) – können einer Debatte und Klärung der Frage, welche *gesetzlichen* Schranken des Normalarbeitstags die Gewerkschaften dem Wüten der Kapitalisten ziehen müssen, reichlich Anhaltspunkte liefern.

(1) W.H. Schusser, Flexibilisierung der Arbeitszeit, erschienen als „Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik 117/118“ des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln, Oktober 1983; weitere Quellenhinweise: Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen, Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1983; DIHT, Pressematerial vom Jahreskongreß 1983 in Frankfurt; BDA, Strategien zum Abbau der Arbeitslosigkeit, Köln, September 1983; Handelsblatt seit 21.9.83 – (rül. alk. rok)

Will der IGM-Hauptvorstand die Lohnfrage vollständig umschiffen?

Rechtzeitig zur Klausurtagung des Hauptvorstands der IG Metall zur Aufstellung der Forderungen für die Tariffbewegung des nächsten Jahres hat die Bundesregierung im Verein mit den Kapitalistenverbänden Fakten gesetzt. Bei Arbed Saarstahl wurden die Sozialpläne für vorzeitig ausscheidende Arbeiter und Angestellte gekürzt, die Arbed-Kapitalisten scheiden aus dem Arbeitgeberverband Stahl aus und streben „Nullrunden“ an. Die Absicht ist klar: Bei Arbed per Haustarifvertrag Nominalloohnerhöhungen verhindern und damit die bislang einschneidendste Senkung der Reallöhne durchsetzen, in der ganzen Stahlindustrie auf „Solidarität mit Arbed“ pochen und in der metallverarbeitenden Industrie auf „Solidarität mit der Stahlindustrie“.

Hans Mayr hat für den Vorstand der IG Metall den „ungeheuren Druck“ beklagt, der auf die Gewerkschaft ausgeübt worden sei, und von drei „Nullrunden“ berichtet, die bei Arbed geplant seien. Dennoch hat sich der Hauptvorstand am letzten Mittwoch dagegen entschieden, von der Möglichkeit des Widerspruchs Gebrauch zu machen und damit die Kürzungen bei den anstehenden Entlassungen zu verhindern. Er hat den Konflikt mit der Bundesregierung in dieser Sache gescheut und hat jetzt als Resultat, daß brutale Drohung mit Stilllegung eine freche Lohnsenkung ermöglicht. Die Kapitalisten werden weiter nachfassen.

Auf dem Deutschlandtag der Jungen Union am vergangenen Wochenende hat Kohl den Gewerkschaften bei der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich mit einer Treibjagd der gesamten bürgerlichen Öffentlichkeit gedroht: Eine solche Forderung sei heute angesichts der Krise volkswirtschaftlich nicht vertretbar, sie sei „absurd, töricht und dumm“. Das Argument, daß damit Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, kommentierte er so: „Ich weiche dieser Krise nicht aus.“ Das soll heißen: Man muß die Arbeitslosigkeit nehmen, wie sie kommt, und dazu nutzen, wozu sie stets versucht wird zu nutzen: die Arbeit zu verbilligen und Hemmnisse ihrer Anwendung zu beseitigen.

Man kann dem Vorstand der IGM nicht vorwerfen, daß er untätig ist, was die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit betrifft. So ging am 18.11. eine Mitgliederbefra-

gung in den Betrieben zuende, bei der mit zwölf Fragen u.a. nach Rationalisierungsfolgen, Arbeitsbedingungen, Streß und Leistungsdruck oder Zeitbedürfnissen gefragt wurde. Die Ergebnisse der Umfrage werden zeigen, daß die Kapitalisten schon längst Arbeitsbedingungen hergestellt haben, die eine Verkürzung des Arbeitstags rechtfertigen und verlangen. Man muß andererseits aber feststellen (die Ergebnisse der Klausurtagung sind bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt), daß der Vorstand anscheinend die grundsätzliche Fragestellung, wie sie die Kapitalistenklasse aufwirft, Verbilligung der Arbeitskraft oder Verteuerung (was ja nichts anderes als Ausgleich vorangegangener Lohnsenkungen wäre) umschiffen will.

Den „vollen Lohnausgleich“ hat Hans Mayr schon auf dem ersten Teil des Gewerkschaftstags zurückgestutzt. Im Fragebogen zur 35-Stunden-Woche sind Lohn und Gehalt gleich gar nicht aufgenommen worden, obwohl die Erörterung der Lohnsituation für die Meinungsbildung über die Arbeitszeitverkürzung unumgänglich ist. Überhaupt war in den letzten Wochen totale Funkstille, was Äußerungen des IGM-Vorstands zu Lohnforderungen betrifft. Wurden Vorstandsmitglieder auf gewerkschaftlichen Konferenzen oder Schulungen auf die Lohnforderung angesprochen, so war die Reaktion meist Schulterzucken oder sonstwas Unverbindliches. Es hat den Anschein, daß der Vorstand schon bereit wäre, irgendeine Wochenarbeitszeitverkürzung ohne Rücksicht auf die Lohnentwicklung anzunehmen. Unter solchen Umständen wären Forderungen nach Lohnausgleich und nach Erhöhung der Tariflöhne nur mehr oder minder Verhandlungsmasse für Arbeitszeitverkürzung. Die Kapitalisten hätten viel Spielraum, ihre Propaganda für Verbilligung der Arbeit gegen alle Seiten der Tariffbewegung zu entfalten. Die Vereinheitlichung innerhalb der IGM wäre stark belastet, wenn besonders die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen von jeder Verkürzung der Arbeitszeit eine Kürzung des schon jetzt zu knappen Monatslohns erwarten müßten. Im Einklang mit der schon vorliegenden Beschluslage des Gewerkschaftstags wäre so ein Vorgehen auch nicht.

Quellenhinweis: metall 21, 22/83, Entschließung 12 des Gewerkschaftstags zur Tariffpolitik, BWK-Nachrichtendienst Metall, darin der Fragebogen der IGM, Handelsblatt 7. bis 15.11.

Keine Unterstützung für das Siedlerregime

Bundesaußenminister Genscher hat den südafrikanischen Außenminister Roelof Botha zu einem Arbeitsbesuch für Ende November nach Bonn eingeladen. Die Bundesregierung gab bislang keine Auskunft über den offiziellen Zweck und Inhalt des Besuchs. Seit 1977 ist dies der erste Besuch eines südafrikanischen Regierungsmitglieds in der BRD. Die Einladung sei allerdings schon vor Jahren ergangen, teilte Genscher mit. Außerdem führe er häufig Gespräche mit südafrikanischen Regierungsmitgliedern. Die Bundesregierung will die politische Zusammenarbeit mit dem Siedlerregime stärken. Zahlreiche westdeutsche Kapitalisten, die Kapital nach Südafrika exportiert haben, haben im letzten Jahr Erweiterungsverfahren bekanntgegeben. Der bayerische Ministerpräsi-

dent Strauß nahm am 5.11. als Ehrengast an der Einweihung des Erweiterungswerks von BMW teil. Vor wenigen Monaten hatte BMW schon ein neues Werk für Polster- und Sitzmöbelherstellung im „Heimatland“ Boputhatswana eröffnet. Nach einem Bericht der Informationsstelle Südliches Afrika in Bonn führte im August 1982 eine Delegation aus sieben Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP eine Reise nach Südafrika durch. Sie erkundeten in Gesprächen mit dem Polizeichef von Soweto, der 1975 den Aufstand der Schüler blutig niedergeschlagen hatte, und einem Commodore der südafrikanischen Armee, wie der Stand der Ausbildung und Ausstattung bei den Unterdrückungsorganen der Siedlerregierung gelaufen ist. Im Oktober 1982 sprach der damalige parlamentarische

Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Grüner aus Anlaß des 30jährigen Bestehens der deutsch-südafrikanischen Handelskammer in Johannesburg. Grüner trieb die Siedlerregierung an, in der Unterdrückung der Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter nicht nachzulassen, indem er insbesondere die Gesetze zur Registrierung der neuen Gewerkschaften der azanischen Arbeiter begrüßte und die Regierung aufforderte, auf diesem Wege fortzufahren. — Erfreulich ist, daß die Umtriebe der BRD-Imperialisten in Südafrika in den Gewerkschaften mehr und mehr kritisiert werden. Der 19. o. GEW-Kongreß forderte von der Bundesregierung die Kündigung des Kulturabkommens mit Südafrika. Die IG Metall berichtete, daß auf ihre Einladung auf der letzten Betriebsversammlung bei VW ein Vertreter der Gewerkschaft der VW-Arbeiter in Südafrika gesprochen hat.

BAG zur Mitbestimmung bei Überstunden

Am 8.11. hatte das Bundesarbeitsgericht (BAG) über eine Klage des Hamburger Betriebsrats von Gruner + Jahr zu entscheiden, in der dieser beantragte, sein Mitbestimmungsrecht bei Überstunden festzustellen, um gegen die ständige Anordnung von Überstunden durch die Geschäftsleitung (u.a. zur Produktion des „stern“) vorgehen zu können. Die Vorgeschichte der Verhandlung ist von Bedeutung: Am 22.2.83 hatte das BAG erstmals in einer ähnlichen Klage geurteilt, daß der Betriebsrat nur bei „groben Verstößen des Arbeitgebers gegen seine betriebsverfassungsrechtlichen Pflichten“ verlangen könne, die Anordnung von Überstunden zu unterlassen. Mit diesem Urteil hatte das BAG den Kapitalisten freie Hand bei der Anordnung von Überstunden gegeben. Die IG Druck und Papier sowie andere DGB-Gewerkschaften verlangten deshalb vom BAG, nicht nur dem Betriebsrat von Gruner + Jahr Recht zu geben, sondern auch das Urteil vom 22.2. aufzuheben. Es entschied, die Klage des Betriebsrats sei „zu allgemein“ und werde deshalb zurückgewiesen. Für den Betriebsrat hat das zur Folge, daß die Urteile vor unteren Instanzen, in de-

nen er bereits in großen Teilen Recht bekommen hatte, nun ebenfalls wieder aufgehoben sind. Vor allem aber bleibt das Urteil vom 22.2. weiter wirksam. In einer anschließenden Pressekonferenz kritisierte der stellvertretende Vorsitzende der IG Druck und Papier Henschke das Urteil: „Wir haben heute schon die Situation, daß ausgedünnte Belegschaften, meist aus hochleistungsfähigen Arbeitern und Angestellten zusammengesetzt, die Produktion fahren und jede Produktionsspitze oder jede Zeit der Ausfälle durch Krankheit oder Urlaub wettgemacht werden durch Überstunden und Sonderschichten.“ Dies ginge „auf Kosten der Gesundheit derer, die dann auf Teufel komm raus Überstunden fahren müssen.“

Rössner zwangsweise in Psychiatrie gesperrt

Der RAF-Gefangene Bernd Rössner, seit achteinhalb Jahren in verschiedenen Haftanstalten in Isolationshaft und zur Zeit in der bayerischen JVA Straubing eingesperrt, ist seit Mitte Oktober zwangsweise in die Psychiatrische Abteilung der JVA Straubing gesperrt. In einer Protesterklärung weist Rössners Anwalt Hannfried Matthies aus Karlsruhe darauf hin, daß Rössner

unter starken Konzentrationsstörungen leidet, diese aber einzig Folge der jahrelangen Isolationshaft sind. Selbst Rössners Anwälte seien von der Zwangsverlegung nicht unterrichtet worden: „Beim einzigen Besuch im Monat Oktober wurde dem Gefangenen und einem Besucher untersagt, über die Haftbedingungen zu sprechen. Als der Gefangene seinen Besucher dennoch informierte, wurde der Besuch abgebrochen.“ Weiter heißt es in der Erklärung: „Mit der zwangsweisen Verbringung in die Psychiatrische Abteilung wollen Anstaltsleitung und Justiz den Widerstand Bernd Rössners endgültig und ein für allemal zerbrechen. Psychiatrisierungsversuche waren schon immer ein staatliches Mittel zur Bekämpfung der politischen Gefangenen in der BRD. Über sie versuchte der Staat, den Zugriff auf den Kopf des politischen Gefangenen zu erlangen, ihn zum Objekt staatlicher Willkür zu machen und revolutionäre Politik als krankhaft darzustellen ... Wir haben bei der Anstaltsleitung einen Antrag auf sofortige Entlassung Bernd Rössners aus der Psychiatrischen Abteilung gestellt ... Seine achteinhalbjährige Isolation muß aufgehoben werden. Er muß sofort in die Gruppe politischer Gefangener in Celle verlegt werden.“

Mitteilung

des Präsidiums der gemeinsamen ZK-Vollversammlung von BWK und KPD Die für November vorgesehene ZK-Vollversammlung von BWK und KPD wird in den Januar verschoben.

Eine solche Terminänderung hatte das ZK der KPD beantragt, da die KPD ihren kürzlich begonnenen Parteitag auf Anfang Dezember verlagern mußte. Köln, den 13. November 1983

Warnung an die griechische Regierung

Die griechische Regierung hat mit der DDR ein Rechtshilfeabkommen ausgehandelt, in dem auch die Auslieferung an die DDR geregelt ist. Sie mußte sich seit Bekanntgabe dieses Abkommens vor etwa zwei Monaten allerlei Grobheiten durch die Bundesregierung bieten lassen, die in dem Abkommen eine Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft sieht. Anlaßlich des Besuchs einer griechischen Parlamentsdelegation vom 7.-10.11. ging die Bundesregierung zu direkter Provokation über. Obwohl die griechischen Abgeordneten schon vor ihrer Anreise zu verstehen gegeben hatten, daß sie bei ihrem Besuch in Westberlin keine Besichtigung der Grenze zur DDR wünschten, hatte der Bundestagsvizepräsident Wurbs eine Fahrt an „die Mauer“ angesetzt. Nachdem sich die griechischen Parlamentarier nicht nötigen ließen, drohte Bundestagspräsident Barzel, zumindest müsse eine Besichtigung des ehemaligen Reichtagsgebäudes erfolgen, sonst sähe er einen „Affront“. Die griechische Delegation gab nach, bat sich allerdings aus, nicht mit Ansprüchen der BRD gegenüber der DDR behelligt zu werden. Eine Führung durch Zimmer mit „Blick auf die Mauer“ mußte unterbleiben. Bei dem nun folgenden Besuch im Bundestag mußten sich die griechischen Abgeordneten vom CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Dregger belehren lassen, daß „Mauer und Stacheldraht Teile der deutschen Realität“ seien, worauf er zur Sache kam, so die FAZ: „Er warnte die Griechen vor einem Rechtshilfeabkommen“ mit der DDR. Wie die Bundesregierung dieser Warnung Nachdruck verleihen will, ließ Dregger offen.

Der Deutsche Bundestag debattiert: Was können wir in der Karibik tun

Bereits zweimal debattierte der Deutsche Bundestag über den Überfall der US-Imperialisten auf Grenada. Trotz allem Streit, ob die Bundesregierung nun der US-Invasion uneingeschränkt oder mit Bedauern zustimmen oder sie vielleicht als für die NATO schädlich werten soll, sind sich alle vier staatstragenden Parteien von SPD bis CSU darin einig, daß aus diesem Anlaß die BRD-Imperialisten verstärkt geschäftlich-finanziell und vielleicht im Rahmen einer Polizeitruppenaktion auch friedensstiftend in der Karibik tätig werden sollten.

Die CSU weist darauf hin, daß verschiedenes nur mit den US-Imperialisten im Bündnis gegen die UdSSR durchzusetzen sei.

„Wir verlangen von den Amerikanern eine volle Sicherheitsgarantie für



Die britischen Imperialisten bestehen weiter auf ihrer Teilnahme an einer Commonwealth-Polizeitruppe auf Grenada. Bild: Ihr Generalgouverneur

die Bundesrepublik und Berlin. Die Amerikaner können von uns erwarten, daß wir Verständnis für ihre Sicherheitsprobleme haben.“ (F.J. Strauß, 30.10.83)

„Die Karibik und Mittelamerika ... sind eines der Zentren dieser sowjetischen Subversion gemeinsam mit dem kubanischen Handlanger. Nicaragua wird zum Subversionszentrum ausgebaut ... Ostberliner Terrorismusexperten geben dort Unterricht in Terrorismus ... Außerdem sind hier natürlich auch deutsche und westliche Interessen allgemein berührt; denn ein großer Teil – fast die Hälfte – des NATO-Nachschubs, kommt aus den karibischen Häfen.“ (Graf Huyn, 10.11.)

Auch die CDU stellt legitime Sicherheitsinteressen der US-Imperialisten in der Karibik fest und sondiert Möglichkeiten für direkte Einmischung:

„Was können wir, die Bundesrepublik Deutschland, tun, um die ungewöhnlich schwierige Situation in diesem Bereich zu verbessern? Ich weiß, daß unsere Möglichkeiten begrenzt sind. Aber das, was wir tun können, müssen wir mit allem Nachdruck tun. Nur ... eine Lösung der Konflikte in dieser Region ohne oder gar gegen die Vereinigten Staaten wird es nicht geben und kann es nicht geben, meine Freunde. Das muß man sehen. Und deswegen ist es auch unter dem Aspekt unserer dort möglichen Hilfe ganz töricht, die Vereinigten Staaten gegen uns aufzubringen. Im Gegenteil, wir müssen sehen, daß wir eine Lösung mit den Vereinigten Staaten finden. Und die muß auf zwei Prinzipien beruhen. Sie muß darauf beruhen, daß die Vereinigten Staaten selbstverständlich das Recht der Völker dieser Region auf ihren eigenen Weg anerkennen, daß aber umgekehrt die Länder dieser Region das in der Tat legitime Sicherheitsinteresse der Vereinigten Staaten anerkennen.“ (Abgeordneter Lamers, 27.10.)

Die FDP sieht in dem US-Überfall ebenfalls keine Völkerrechtsverletzung. Sie schließt sich der Stellungnahme der Bundesregierung an, die Genscher vorträgt.

„Die Bundesregierung bedauert die Entwicklung in Grenada ... Wir hätten es begrüßt, wenn wir vor der Entscheidung über den Einsatz der Streitkräfte Gelegenheit gehabt hätten, unsere Auffassung zum Ausdruck zu bringen, weil die Auswirkungen der jüngsten Entwicklung auch uns betreffen – politisch und psychologisch. Das Kabinett hat gestern in einer sehr ausführlichen und mit großem Ernst geführten Aussprache zum Ausdruck gebracht, daß wir, hätten wir dazu Gelegenheit gehabt, von dieser Intervention abgeraten hätten, weil wir überall für politische und gegen militärische Konfliktlösungen eintreten. (Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD) ... Wir halten es jetzt für noch dringlicher, daß die Europäische Gemeinschaft den Staaten der Region, die dazu bereit sind, ein Kooperationsabkommen anbietet, wie es mit den ASEAN-Staaten mit großem Erfolg praktiziert wird.“ (Genscher, 27.10.)

Die SPD hält die Invasion zwar für völkerrechtswidrig, billigt aber ausdrücklich die Enthaltung der Bundesregierung bei der Abstimmung über die UN-Erklärung gegen die US-Invasion. Die SPD fürchtet um die Glaubwürdigkeit der NATO und sucht ebenfalls

nach Gründen für westdeutsche Einmischung in der Karibik.

„Grenada ist Mitglied des britischen Commonwealth. Die britische Königin ist – zumindest formell – nach wie vor Staatsoberhaupt von Grenada. Dennoch hat der Präsident der Vereinigten Staaten den dringenden Ratsschlag der britischen Premierministerin nicht akzeptiert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das zerstört Vertrauen unter Partnern.“ (Wischnewski, 27.10.83)

„Wir fordern, und zwar in dieser Reihenfolge, erstens den sofortigen Abzug der Interventions- und Besatzungstruppen, zweitens keine Installation von Statthalter- oder Stellvertreterregimen auf Grenada, drittens freie, faire Wahlen unter Aufsicht der UNO, der OAS oder – vielleicht noch besser – des Commonwealth ... Viertens fordern wir die Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft für Grenada, ein Land in dieser Region, das mit der EG über das Abkommen von Lomé besonderes verbunden ist.“ (Dr. Holtz, 27.10.)

Einzig die Fraktion der GRÜNEN greift die US-Invasion als imperialistisch an und weist dabei auf imperialistische Interessen der BRD hin:

„... welchen Überfall werden Sie als nächsten als Bekämpfung des Terrorismus rechtfertigen? Wann mündet das drin ein, daß Sie eine Teilnahme der Bundeswehr an brüderlichen Überfällen Ihrer Verbündeten befürworten?“ (Reents, 10.11.)

Quellenhinweis: Bundestagsprotokolle 10/31 u. 10/33 – (alk)

Niederlande

Gegen die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst

Die Lohnabhängigen im niederländischen öffentlichen Dienst haben ihre Proteste und Streiks gegen die Lohnsenkungspläne der Regierung (siehe Pol. Ber. 21/ 83) ausgeweitet. Am 2.11. hatte die Regierung ihr letztes Angebot vorgelegt. Danach sollte die zum 1.1.84 fällige nächste „Inflationsanpassung“ der Löhne und Gehälter von ca. 2,5% weiter entfallen und die schon zugesagte Verlängerung des Urlaubs um 4,5 Tage auf 2 Tage mehr Urlaub vermindert werden. Zusätzlich verlangte die Regierung eine Nominallohnkürzung von „nur noch“ 3% statt der vorher verlangten 3,5%. Die Gewerkschaften berechneten, daß dieser von der Regierung angebotene „Kompromiß“ eine Reallohnsenkung von 9,5% statt bisher 10% bedeuten würde und lehnten ab. Einziger Erfolg der Regierung: nachdem sie zugesagt hatte, 1985 keine neuerlichen Lohnsen-

kungen *begrenzt auf den öffentlichen Dienst* versuchen zu wollen, mochten die kleine protestantische Gewerkschaft und die beiden Verbände der Beamten des höheren Dienstes zwar ihren „Dienst nach Vorschrift“ nicht abbrechen und auch nicht zustimmen, aber die Verhandlungen zumindest fortführen.

Die im Gewerkschaftsbund FNV organisierten Gewerkschaften, mit 340000 Mitgliedern bei 1 Mio. Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst die mit Abstand größten Gewerkschaften, brachen dagegen die Verhandlungen sofort wieder ab. Am nächsten Tag traten die Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsbetriebe in einen eintägigen Streik, die Beschäftigten bei Bahn und Post setzten ihren „Dienst nach Vorschrift“, unterbrochen durch kurze Streiks, weiter fort. Am 7.11. begannen auch die Zöllner, die Beschäftigten bei der Gemeindeverwaltung, der Müllabfuhr, bei der Rotterdamer Hafenverwaltung und die Steuerbeam-

ten mit Bummelstreiks. Die staatliche Eisenbahn versuchte, die Aktionen der Eisenbahner mit einer Klage vor Gericht zu stoppen, scheiterte aber. Das Gericht mochte die Aktionen nicht verbieten, obwohl die Lohnabhängigen kein offizielles Streikrecht haben.

Die Gewerkschaften geben offiziell als Ziel aus, die geplante Nominallohnkürzung von 3 bzw. 3,5% zurückzuschlagen. Über alles andere, erklären sie, könne man verhandeln. Ob diese Kompromißbereitschaft der Regierung aber ermöglichen wird, doch noch einen Lohnsenkungsabschluß durchzusetzen, wird zunehmend fraglich. So haben die FNV-Gewerkschaften seit Beginn der Aktionen 7000 Mitglieder gewonnen, nicht wegen ihrer Kompromißbereitschaft, sondern weil sie zum ersten Mal seit vier Jahren wieder gegen die Lohnsenkungspläne der Regierung kämpfen und streiken.

Quellenhinweis: Algemeen Dagblad und Handelsblatt, Ausgaben seit 2.11.; Telefonische Auskunft des „Bond van de Ambtenaren“ (FNV-Gewerkschaft im OD), Den Haag, 15.11. – (rül)

GEW-Gewerkschaftstag

Hetze der Reaktion gegen die fehlende nationale Gesinnung der Lehrer

„Wider die Wende – Arbeit und Bildung – Frieden und Freiheit“, unter diesem Motto stand der Gewerkschaftstag der GEW vom 30.10. bis 2.11. in Mannheim. Hätte das Motto für „Frieden in Freiheit“ gelaute, die bürgerliche Presse hätte nicht derart ungehalten auf diesen Gewerkschaftstag und die Beschlüsse zum „Thema Frieden“ reagiert. Daß aber eine Gewerkschaft von Lehrern, die von der Bourgeoisie dafür bezahlt werden, die Jugend staatsreu und vaterländisch auszurichten, von der Bundesregierung „eine drastische Verkürzung der Verteidigungsausgaben verlangt“, schafft Verdruß. Daß diese GEW sodann gemeinsam mit der Lehrergewerkschaft der DDR eine Konferenz über Friedenspolitik und -erziehung durchführen will, anstatt die Sowjetunion positiv und ausdrücklich zum Hauptfeind zu benennen, das macht „das Ärgernis GEW“ (Handelsblatt 2.11.) aus. Ein Streik wird von Seiten der GEW nicht ausgeschlossen: „Die Bedrohung durch die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen kann dazu führen, daß geltendes Recht (Verbot des politischen Streiks u.ä.) neu interpretiert werden muß.“

Ein „Ärgernis“ ist für die Reaktion wohl auch, daß der GEW-Vorsitzende Dieter Wunder sich gegen die „geistig-moralische Wende“ aussprach. Im Geschichtsunterricht lehnte er „die Förderung eines Nationalbewußtseins, wie es aus der CDU/CSU propagiert wird,

das jungen Menschen den Stolz auf die deutsche Geschichte lehrt“ als „leitendes Erziehungsziel“ ab und setzte dagegen die „kämpferische Haltung für Demokratie und Freiheit für Rechts- und Sozialstaat“, aus der heraus „der junge Mensch nicht zur vollen Identifizierung mit der gegenwärtigen Verfassung erzogen wird“ (mündliche Ergänzung zum Geschäftsbericht).

Die Berliner Schulsenatorin Laurien richtete in der Bild-Zeitung an den Gewerkschaftstag die unverhohlene Warnung „Lehrer müssen verfassungstreu sein“ (2.11.). Gerichtet war dies gegen die Ankündigung in sämtlichen Redebeiträgen, im Kampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als Beamte das Mittel des Streiks zu ergreifen. „Die GEW rüstet ... zu Warnstreiks, obwohl Beamten kein Streikrecht zusteht ... Aber wie sieht es um die pädagogische Eignung von Lehrern aus, die sich über geltendes Recht hinwegsetzen und ihre Interessen auf dem Rücken der Schüler durchzusetzen versuchen?“ (Handelsblatt 2.11.).

Als Hauptziel legte der Gewerkschaftstag den Kampf zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche fest. „Die GEW begrüßt und unterstützt, daß der DGB die Forderung nach der 35-Stunden-Woche mit der Forderung nach vollem Lohnausgleich gekoppelt hat ... Eine Kürzung von Löhnen und Gehältern als Preis für eine Arbeitszeitverkürzung darf es nicht geben ... Die Versuche von öffentlichen und priva-

ten Arbeitgebern, alle denkbaren Formen flexibler Arbeitszeiten zur Arbeitszeitverkürzung anzubieten, werden von der GEW zurückgewiesen. Insbesondere Teilzeitbeschäftigungen ... sind keine Alternativen im Sinne der Forderung nach der 35-Stunden-Woche.“ Zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche heißt es: „Weniger denn je können die Beamten erwarten, daß ihnen ein im Tarifbereich erzielltes Ergebnis ohne eigenes Zutun in den Schoß fällt ... Die sogenannte herrschende Lehre ist kein Grund, Arbeitsniederlegungen aus dem Arsenal der für Beamte möglichen Kampfformen auszugliedern. Falls Arbeiter und Angestellte zur Durchsetzung der Wochenarbeitszeitverkürzung in den Arbeits-



Hamburg: 15000 Lehrer und Schüler demonstrierten während der „Friedenswoche“ im Oktober.

kampf treten, dürfen die Beamten nicht abseits stehn ...“

Als wichtig wird herausgestellt, daß „der durch kürzere Arbeitszeit geschaffene Bedarf ... in Beschäftigung umgesetzt“ wird. Gegen die bisherige Praxis der Dienstherren wurde die Forderung gegen weiteren Stellenabbau und Mittelkürzungen erhoben. Der Hauptvorstand wurde aufgefordert, „in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden die Mitglieder Diskussion so zusammenzufassen, daß die GEW bereits im Frühjahr 1984 über ihre spezifischen Forderungen beschließen und zu Aktion aufrufen kann“.

Die Aufstellung einer GEW-spezifischen Forderung zur 35-Stunden-Woche wird wichtig sein. Die Forderung nach einer linearen Arbeitszeitverkürzung für alle Lehrer aller Schularten wird nicht ausreichen. Mit in die Diskussion müssen einbezogen werden die Klassenmeßzahlen, Kursstärken, Anrechnungs- und Ermäßigungsstunden, Stundenpools für Krankheitsreserven und Lehrerfortbildung.

Quellenhinweis: Anträge, Protokoll und Beschlüsse des GEW-Gewerkschaftstages – (géc, thh, uld)

Kampf gegen Maßregelungen unterstützen!

Der 19. ordentliche Gewerkschaftstag der GEW hat sich in einer Entschließung gegen die Maßregelung von Lehrern gewandt, die den Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen an den Schulen unterstützt haben. Die GEW unterstützt nicht nur die Lehrer, die wegen der vom DGB beschlossenen fünf Mahnminuten verfolgt werden, sondern auch diejenigen, die an anderen Tagen „das Thema Frieden aufgegriffen“ haben:

„– Der Gewerkschaftstag wendet sich gegen alle Versuche, Lehrer durch eine verschärfte Dienstaufsicht zu gängeln. Er fordert alle Kolleginnen und Kollegen auf, sich obrigkeitsstaatlichen Maßnahmen nicht zu beugen, sondern sich gegen die Ausrichtung der Schule auf eine Parteimeinung aufzulehnen und ihre Bürgerrechte durch die Tat zu verteidigen ...

– Der Gewerkschaftstag verurteilt die in Baden-Württemberg eingeleiteten Maßnahmen und erklärt sich solidarisch mit allen Kolleginnen und Kollegen, die gemäßregelt wurden oder denen Maßregelung droht.“

Bisher hat die baden-württembergische Landesregierung mit sechs Lehrern Dienstgespräche führen lassen, weil sie zur Beteiligung an den Mahnminuten des DGB aufgerufen und z.T. teilgenommen hatten. 20 Lehrer sind zu Dienstgesprächen geladen, weil sie während der „Friedenswoche“ an den Schulen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen Stellung genommen haben. Die Landesregierung will alle Lehrer mit Disziplinarmaßnahmen belegen, die das Verbot jeglicher Behandlung des Themas „Friedens“ im Oktober an den Schulen nicht befolgt haben. Die Westberliner Schulsenatorin hat 1200 Lehrer ausfindig gemacht, die während der „Friedenswoche“ im Unterricht und in Veranstaltungen an den Schulen gegen die Mittelstreckenraketen aufgetreten sind. Sie will die „Rädelsführer“ in Dienstgesprächen ausfindig machen und bestrafen. Die beiden Landesverbände der GEW wollen die verfolgten Lehrer mit Rechtsschutz und Aktionen unterstützen.

Solidaritätserklärungen können an folgende Adressen gesandt werden: GEW Baden-Württemberg, Lazarettstr. 10, 7000 Stuttgart 1
GEW Westberlin, Ahornstr. 5, 1000 Westberlin 30

Quellenhinweis: UZ v. 4.11.83; Der Tagesspiegel v. 10.11.83; Antragsmaterial des 19. GEW-Kongresses v. 20.10. – 2.11. in Mannheim

Öffentlicher Dienst DGB-Kampagne gegen Haushaltsbegleitgesetz

Vom 6. bis 9.12. wird im Bundestag die zweite und dritte Lesung des Haushaltsbegleitgesetzes 1984 stattfinden, am 16.12. der zweite Durchgang im Bundesrat. Bestandteil des Gesetzes sind umfassende Angriffe auf den Reproduktionsstandard der Beamten.

Da ist erstens die Verschiebung der Gehaltsanpassung auf den 1.4. 1985. Zweitens soll die Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst während der Probezeit plus den zwei

gleiche Rechte für
Arbeiter, Angestellte und Beam



Hamburg, 21.9.: 6000 demonstrierten gegen die Angriffe des Dienstherrn.

folgenden Jahren um eine Besoldungsstufe abgesenkt werden. Dies betrifft das Grundgehalt und macht je nach Besoldungsgruppe zwischen 160 und 300 DM im Monat aus. Damit verknüpft ist drittens die Kürzung der Bezüge der Beamtenanwärter ab A 9 aufwärts. Diese wurden erst 1982 um etwa 15% gekappt. Die jetzige Planung bedeutet eine weitere Verminderung um 3,4% im gehobenen und 6,7% im höheren Dienst, in DM-Beträgen: zwischen 36 und 105 DM. Der Bundesrat hat bei seiner ersten Beratung für eine generelle 6,7%-Kürzung, auch für den mittleren Dienst, plädiert. Viertens sollen den Versorgungsempfängern 426 Mio. DM durch Wegfall des Versorgungsanpassungszuschlages (Dynamisierungsprinzip) gestrichen werden. Als Übergangsregelung gilt Kürzung um ein Drittel. Fünftens besteht die Absicht, den Zuschuß zur Gemeinschaftsverpflegung im öffentlichen Dienst ab 1984 zu streichen. Schließlich trifft die Senkung der Arbeitslosenhilfe und die Regelung, daß bei Arbeitslosigkeit nach abgeschlossener Berufsausbildung die Basis für Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung von 75% auf 50% des zu erwartenden

Einkommens gesenkt werden soll, z.B. voll die Lehrer, die nach dem Vorbereitungsdienst nicht übernommen werden. So erhält ein arbeitsloser Studienreferendar statt bisher 58% von 75% von A 13 dann noch 56% von 50% von A 12. Das sind noch 59% der ihm bisher zustehenden Arbeitslosenhilfe oder ca. 675 DM statt 1130 DM bei Dienstaltersstufe 2.

Nicht, daß es nur um die Beamten ginge. Ausdrücklich hält der Dienstherr fest: „In den Verhandlungen mit den Tarifgewerkschaften werden entsprechende Regelungen für den Arbeitnehmerbereich des öffentlichen Dienstes angestrebt“ (Gesetzentwurf zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften).

Von seiten des Dienstherrn sind damit die Zeichen für die kommende Lohnbewegung gesetzt. DGB und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben dagegen eine Kampagne „Gegen Diktat – für uneingeschränkte Koalitionsfreiheit“ eingeleitet. In der DGB-Resolution heißt es: „Den Beamten wird immer noch das volle Verhandlungsrecht verweigert. Diese Abhängigkeit wird zunehmend in doppelter Weise mißbraucht:

– Einmal, um Beamten und Versorgungsempfängern zusätzlich zu den allgemeinen ... Sparmaßnahmen Sonderopfer zu diktieren,

– zum anderen, um durch beamtengesetzliche Vorabregelungen die Gewerkschaften als Tarifparteien in ein Lohndiktat zu zwingen ...“

Die Kampagne gegen den Haushalt '84, für Reform des Dienstrechts und Tarifautonomie für Beamte wird in einem bundesweiten Aktionstag am 1.12. gipfeln. So rufen der DGB und die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes zu landesweiten Protestveranstaltungen (z.B. in Bremen, Hessen, Baden-Württemberg) und zu Demonstrationen (z.B. in Niedersachsen) auf.

Quellenhinweis: Erziehung und Wissenschaft 10/83, BWK-Nachrichtenhefte öffentlicher Dienst – (lik)

SMH-Bankenkrise Bundesregierung will Bankengesetz novellieren

Laut Kreditwesengesetz ist westdeutschen Banken untersagt, an einen Schuldner Kredite über 75% der „haftenden Eigenmittel“ der Bank zu vergeben. Ferner sind alle Banken u.a. verpflichtet, Großkredite und Großschuldner an das „Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesengesetz“ zu melden.

Diese und andere Vorschriften des Kreditwesengesetzes haben die Frankfurter Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH) nicht da-

von abgehalten, dem Baumaschinenkonzern IBH weit über 900 Mio. DM Kredit zu geben, obwohl ihre „Eigenmittel“ nur 110 Mio. DM betrugen. Warum auch nicht? Zählen doch zu den Gesellschaftern der SMH-Bank so ruhmreiche Familien wie die Grafen von Galen, die schon 1665 ihre münsterländischen Landeskinder an fremde Heere verkauften, sowie die Hamburger Familie Münchmeyer, deren Tochter Birgit Breuel niedersächsische Wirtschaftsministerin ist. Zweitens saß im Aufsichtsrat der IBH Walther Leisler Kiep, ehemals u.a. niedersächsischer Finanzminister. Drittens beutet der IBH-Konzern fast 3000 seiner 11000 Lohnabhängigen in den Hanomag-Werken in Hannover aus, und für die hatte die niedersächsische Landesregierung Bürgschaften übernommen. Und schließlich war alles ganz legal, denn die Kredite stammten von der luxemburgischen Niederlassung der Frankfurter Bank, und die unterliegt nicht dem Kreditwesengesetz – ein Vorteil, der auch andere westdeutschen Banken veranlaßt hat, in den letzten Jahren Niederlassungen in Luxemburg für verschwiegene und riskante, aber zumeist auch sehr ertragreiche Geschäfte aufzumachen.

Dennoch schlug der Versuch, sich so am Geschäft der IBH zu beteiligen, fehl. Die IBH geriet in Schwierigkeiten, die SMH-Bank sah ihre Kredite in Gefahr und offenbarte dies der Deutschen Bank. Diese streckte zwar mit 39 anderen Banken sofort 600 Mio. DM vor. Doch das Geschäftsgeheimnis der SMH-Bank war aufgefliegen, der IBH-Konzern selbst mußte zwei Tage später für alle seine Werke inklusive der erst 1980 erworbenen Hanomag-Werke Vergleich anmelden.

Jetzt ist die Empörung groß unter den Bankkapitalisten. Schon nach dem Zusammenbruch der Herstatt-Bank 1974 waren ihre Auslandsgeschäfte in Gefahr geraten, hatte die Bundesregierung unter dem Druck insbesondere auch gewerkschaftlicher Kritik eine Kommission unter Einschluß eines Vertreters der Bank für Gemeinwirtschaft einsetzen müssen, die fünf Jahre brauchte, um zu beschließen, weder eine Verstaatlichung der Banken, noch eine Begrenzung ihrer Industriebeteiligungen und schon gar nicht eine Begrenzung ihrer Auslandsgeschäfte sei vonnöten. Letzteres dürfte nun schwierig werden. Die Bundesregierung hat angekündigt, sie müsse zumindest die Vorschriften des Kreditwesengesetzes für Großkredite auf die Auslandsniederlassungen der Banken ausdehnen. Weitere Begrenzung der Auslandsgeschäfte westdeutscher Banken oder gar ein Verbot seien aber nicht geplant.

Quellenhinweis: Handelsblatt und FAZ ab 1.11.; Bundesminister der Finanzen, Grundsatzfragen der Kreditwirtschaft. Bericht der Studienkommission, 1979 (rül)

Raketenstationierung

Statt gegen die „Nachrüstung“ der BRD gegen „Nachnachrüstung“ der UdSSR?

Auch wenn die verschiedenen Gewerkschaftsbeschlüsse, Aktionen und Demonstrationen eine Stationierung der Mittelstreckenraketen nicht verhindern konnten, haben sie doch bewirkt, daß die „Verteidigungsbereitschaft“ der Bevölkerung auf einem Tiefpunkt angelangt ist. Die große Mehrheit lehnt die Aufstellung der Mittelstreckenraketen ab. Wenn die Bundesregierung trotzdem nach der Bundestagsdebatte am 21./22.11. mit der Stationierung beginnen will, so kann dies das Vertrauen in das ganze parlamentarische System erschüttern. Während der 1. Lesung des Gesetzesantrags der GRÜNEN für eine konsultative Volksbefragung am 10.11. erklärte Bundesinnenminister Zimmermann für die Bundesregierung, der Gesetzentwurf der GRÜNEN müsse abgelehnt werden,



Schmidt und Vogel sind sich einig: Die Sowjetunion muß abrüsten!

weil er verfassungswidrig sei. Die SPD lehnte den Gesetzentwurf ebenfalls ab, da das parlamentarische System Schaden nehmen könne.

Alle staatstragenden Parteien wollen den inneren Burgfrieden durch Propaganda der angeblich gestiegenen äußeren Bedrohung wieder herstellen. Insbesondere verweisen sie auf die angekündigte „Nachnachrüstung“ durch Aufstellung von Kurzstreckenraketen in der DDR. Ihre Versuche, die Bewegung gegen die Aufstellung der Mittelstreckenraketen in der BRD in eine Bewegung für Abrüstung des Warschauer Pakts und für deutsche Wiedervereinigung zu überführen, die sich durchaus auch auf Kräfte innerhalb dieser Bewegung stützen können, werden immer beunruhigender:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hatte zum Beispiel schon am 2./3.11. sorgfältig vermieden, die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der BRD anzugreifen und erklärt, „Androhung gegenseitiger Vernichtung“ widerspreche dem „Geist Christi“. Das ist eine deutliche Aufforderung an die christlichen Abrüstungsgegner, einseitige Kritik am NATO-Doppelbeschuß zu beenden.

Am Wochenende vor der Bundestagsdebatte werden Parteitage der SPD und der GRÜNEN stattfinden. Auf beiden werden sowohl die Stationierung der Mittelstreckenraketen als auch die Teilnahme an den Europawahlen 1984 behandelt.

Der Leitantrag des Bundesvorstandes der SPD wird zwar erst am Morgen des Sonderparteitages vorliegen, aber der Rahmen dieses Antrages ist durch die vorliegenden Anträge, durch die Rede Willy Brandts auf der Bonner Kundgebung und durch die Tatsache, daß Helmut Schmidt die Eröffnungsrede halten wird, ziemlich genau festgelegt.

Im Antrag des Bezirks Westliches Westfalen der SPD heißt es dazu:

„Die SPD verband mit ihrer Zustimmung zum NATO-Doppelbeschuß die Hoffnung, durch Verhandlungen einen Abbau sowjetischer SS 20 zu erreichen und die Einführung neuer eurostrategischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa überflüssig zu machen.“ Leider habe „die Regierung Kohl/Zimmermann/Genscher die Chance vertan, durch Druck auf die Genfer Verhandlungspartner den Weg zu einem Verhandlungserfolg zu öffnen.“ Die Voraussetzungen seien jetzt geändert und deshalb müsse die SPD die Stationierung ablehnen.

Aus der Ablehnung leitet sie dann das moralische Recht ab, jede „Nachnachrüstung“ der Sowjetunion anzuprangern. So z.B. im Antrag des Landesverbandes Baden-Württemberg:

„Die SPD fordert die Sowjetunion auf, auf diesen Akt der Selbstbeschränkung mit dem Stop der Produktion und der Aufstellung neuer SS-20-Raketen und der neuen nuklearen Kurzstrecken-Raketen zu antworten.“

Eine solche Beschlußfassung wäre ausgesprochen dreist: Eine SPD-Regierung hatte den „Nachrüstungsbeschuß“ gefaßt. Unter dem Druck von Gewerkschaftsbeschlüssen, einer umfangreichen Protestbewegung und der Meinung der Mehrheit der Bevölkerung kündigt die SPD nun an, gegen die Aufstellung der Raketen zu stimmen, allerdings zu einem Zeitpunkt, zu dem sicher ist, daß Abstimmungen

im Parlament daran mit Sicherheit nichts ändern werden. Wenn dann Pershing II und Cruise Missiles aufgestellt sind, erklärt sie eine etwaige „Nachrüstung“ der Sowjetunion zum drängendsten Problem. Fehlte nur noch, daß sie nun eine neue „Nachrüstung“, diesmal in Sachen Kurzstreckenraketen, vorschlagen wird.

Wie die SPD sich bemüht, die GRÜNEN und vor allem auch die bisherigen Gegner der „Nachrüstung“ in eine chauvinistische Interessengemeinschaft hineinzuziehen, macht der Antrag des Landesverbandes Berlin deutlich, an dem auch J. Vogel mitgewirkt hat:

manifest“ der GRÜNEN enthält dafür genug Ansatzpunkte, zum Beispiel den folgenden:

„Nur eine blockübergreifende Friedensbewegung wird die Überzeugungskraft entwickeln können, die wir in den nächsten Jahren brauchen, um die Aufrüstung zu stoppen ... So würde die Grundlage geschaffen, um die Teilung Europas und damit auch die deutsche Spaltung zu überwinden.“

Die Bundesversammlung der GRÜNEN soll jetzt daraus konkrete Schritte für die Zeit nach dem Beginn der Stationierung ableiten.

Die praktischen Vorschläge zur Aufhebung der Blöcke und zur Überwin-

Solcherlei Bestrebungen machten sich auch auf der „Aktionskonferenz der Friedensbewegung“, die am 5./6. 11. tagte, um das weitere Vorgehen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen zu beraten, deutlich bemerkbar. Zwar beschloß die Konferenz mit großer Mehrheit, der Bundesregierung während der Bundestagsdebatte am 21.11. durch dezentrale Aktionen und durch eine Belagerung des Bundestages sowie durch eine zentrale Kundgebung in Bonn die Legitimation für die Entscheidung über die Stationierung abzusprechen und stattdessen eine konsultative Volksbefragung zu fordern. Auf Antrag der GRÜNEN wurde allerdings mit Unterstützung der SPD-nahen und christlichen Gruppen als einziger Redner ein Sprecher „der unabhängigen Friedensbewegung“ der DDR festgelegt und zwar ausdrücklich einer, der sich auch gegen die Stationierung von Kurzstreckenraketen in der DDR ausgesprochen hat und aussprechen soll. Obwohl also eine „gesamtdeutsche Kundgebung“ geplant ist, werden doch nicht wenige während der Parlamentsdebatte gegen die Bundesregierung demonstrieren wollen. Für die wird wichtig sein, daß Forderungen wie „Wiedervereinigung“ mit der DDR verhindert werden, und daß die Polizei keine Gelegenheit erhält, anläßlich eines „symbolischen Sturms“ auf den Bundestag die ohnehin kleinere und zerrissene Kundgebung zu zerschlagen. Gut wird sein, wenn bei den örtlichen Aktionen die Forderung nach Volksentscheid gegen die Stationierung in den Mittelpunkt gestellt wird. Das kann mit dazu beitragen, die Umwandlung der Bewegung gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in eine chauvinistische Bewegung gegen die „Nachrüstung“ des Warschauer Paktes zu verhindern.

Quellenhinweis: Anträge der SPD zum Außerordentlichen Parteitag der SPD am 18.—19. 11. 1983 in Köln; Friedensmanifest der Grünen; Rundbriefe an alle ordentlichen Delegierten der 6. ordentlichen Bundesversammlung der GRÜNEN in Duisburg; 18.—20. November 1983; Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 13. November 1983; Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 10/34 — (clm)



GRÜNE fordern in Berlin (DDR): Verschrottung der SS20

„Die Sozialdemokraten sehen in ihrem Nein gleichzeitig einen Schritt zur Durchsetzung ihrer Interessen an einem friedlichen Zusammenleben in Europa, das langfristig auch die Grenzen durch Europa und Deutschland überwindet. Deutsche und Europäer, die ihr Interesse an der Wiederbelebung und Intensivierung der Entspannungspolitik geltend machen, haben in der amerikanischen Friedensbewegung und in den Friedensbewegungen des Ostens ihre wichtigsten Verbündeten.“

Sollte die SPD Erfolg damit haben, als Ziel der „Friedensbewegung“ die Überwindung der Grenze durch Europa und durch Deutschland durchzusetzen, so sind die Gegner ohne Zweifel dann vor allem die DDR, die sich nicht freiwillig einverleiben läßt und die Sowjetunion, die sich nicht freiwillig in einen europäischen und einen asiatischen Teil zerstückeln lassen wird, sowie die übrigen Staaten des Warschauer Paktes.

Bei den GRÜNEN gewinnen leider Kräfte an Gewicht, welche von der klaren Forderung nach einseitiger Abrüstung der BRD und der NATO abrücken wollen. Schon das „Friedens-

derung der Teilung Deutschlands und Europas stoßen nach den Aktionen der grünen Abgeordneten in der Sowjetunion und in der DDR auf zunehmendes Interesse der bürgerlichen Presse und werden nach Beginn der Stationierung immer drängender vorgetragen werden. Auf einer Veranstaltung zum sog. Volkstrauertag am 13.11. hat die grüne Bundestagsfraktion „Mittel und Wege diskutiert, die einen breiten Volkswiderstand in Ost und West gegen weitere Aufrüstungen und Kriegsplanungen zum Ziel haben“. Dafür ist in einer „Zukunftswerkstatt“ ein Katalog von Möglichkeiten für „grenzüberschreitende Solidarität in Ost und West“ zusammengestellt worden.

Ein Diskussionspapier der „Vereinigten Münchener Friedensinitiativen“, welches der Bundesversammlung vorliegt, beinhaltet:

„Wir machen für den Herbst 1984 folgenden Aktionsvorschlag: Ein Menschennetz direkt an der Grenze zur DDR ... Die Aktion soll für die Bevölkerung der DDR sichtbar werden, zum Beispiel durch das Aufsteigenlassen von Luftballons mit Botschaften.“

„Stahl-Neuordnung“ Fusion gescheitert — Tarife gekippt?

Am 2. November erklärten die Vorstände von Thyssen und Krupp die Verhandlungen über eine Fusion für gescheitert. Offiziell gescheitert ist die Fusion an der Höhe der Subventionsforderungen. Mit 1,2 Mrd. DM müsse Krupp von der Bundesregierung erst einmal „heiratsfähig“ gemacht werden, verlangte Thyssen-Chef Spethmann. Die Bundesregierung wollte „nur“ 500 Mio. DM zahlen — zusätzlich zu den rund 1,5 Mrd. DM, die

Thyssen und Krupp aus dem von der Bundesregierung beschlossenen Stahlsubventions„paket“ zufließen werden.

Tatsächlich wurden die Fusionsverhandlungen von Thyssen offensichtlich von Anfang an wesentlich mit dem Ziel betrieben, die Ansprüche an Subventionen durch die Bundesregierung hochzuschrauben und gleichzeitig anderweitige Fusionen, wie etwa eine Fusion von Hoesch und Krupp, zu verhindern. Gerade Thyssen-Chef Spethmann wurde nicht müde, immer wieder hinauszuposaunen, daß Thyssen durchaus auch einen Alleingang verkraften könne. Bei Krupp dagegen seien die Kreditlinien erschöpft, verlautete vor kurzem aus dem nordrhein-westfälischen Landtag. Offensichtlich will Spethmann, die „Neuordnung“ mit anderen Mitteln als Fusionen erreichen.

Der Zweck des den Fusionsplänen zugrunde liegenden „Moderatorenkonzeptes“ war ohnehin die „Maximierung des Gesamtrationalisierungspotentials“ der Stahlmonopole, um so für die Konkurrenzschlacht in der EG zu rüsten. Nur wenige Tage nach dem Scheitern der Fusionsverhandlungen legten entsprechend sowohl Thyssen als auch Krupp umfangreiche neue Rationalisierungskonzepte vor, an denen seit längerem gearbeitet wurde.

Immer deutlicher wird, daß der Angriff auf die Tarifverträge ein Kernstück dieser Pläne ist. Erneut soll Arbed-Saarstahl in dieser Hinsicht zum Vorreiter gemacht werden. Als Bedingung für weitere Subventionszahlungen verlangen die Arbed-Betriebsführung, die beteiligten Banken, die Bundesregierung und die saarländische Landesregierung die Herabsetzung der in den Sozialplänen für Arbed vertraglich vereinbarten Ausgleichszahlungen für vorzeitig „ausscheidende“ Beschäftigte von 90% auf 82% des letzten Nettolohns. Gleichzeitig soll die IG Metall für die nächsten drei Jahre auf jede Lohnerhöhung verzichten. Um dies durchzusetzen, hat Arbed-Saarstahl Ende letzter Woche bereits seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband erklärt.

Schluckt die IG Metall diese neuen Vorstöße wie im letzten Jahr die Weihnachtsgeldkürzung, so wäre damit der vor einem Jahr geäußerte „Vorschlag“ des saarländischen Wirtschaftsministers, für das Saarland gesonderte Tarife auszuhandeln und das Saarland in ein „Niedriglohnland“ zu verwandeln, praktisch umgesetzt. Zudem würde eine solche Lohndifferenzierung die Stahltarife insgesamt dem Einsturz näher bringen.

Daß den Stahlmonopolen wie den hinter ihnen stehenden Banken die Liquiditätsschwierigkeiten einzelner Stahlkonzerne hierzu gerade recht sind, liegt auf der Hand. Krupp kün-

digte inzwischen die – ebenfalls tarifvertragswidrige – Verschiebung der Weihnachtsgeldauszahlung an. Die Belegschaft von Krupp-Südwestfalen in Dillingen führte dagegen am 11. November einen Warnstreik durch. Verhindert ist auch dieser Vorstoß damit noch nicht.

Quellenhinweis: „Handelsblatt“ 14.10. – 11.11.83 „Wirtschaftswoche“ vom 21.10.83. – (wof)

Türkei-Wahlen „Nicht demokratisch im strengen Sinne“

Die Parlamentswahlen in der Türkei, die am 6.11.83, drei Jahre nach dem Putsch der Militärjunta, stattgefunden haben, hatten zum Ergebnis, daß die Partei des ehemaligen Wirtschaftsministers Özal mit einem Wahlergebnis von 45% der Stimmen eine Mehrheitsregierung bilden kann. Seine Partei wird im Parlament mit 211 Abgeordneten vertreten sein. Die Partei MDP unter Vorsitz von Ex-General Sunalp, deren Wahl Militärführer Evren im Fernsehen empfahl, erhielt nur 71 Sitze und 23,3% der Stimmen. Die Partei des ehemaligen Staatssekretärs bei der Militärjunta Calp, als Oppositionspartei gedacht, erzielte 30,4% und 117 Sitze.

Die westdeutsche Bourgeoisie ist zufrieden mit der Wahl Özals und schätzt ihn als Mann der „europäischen und amerikanischen Finanzkreise“ ein. Die Ana-P Özals hat sich die „freie Marktwirtschaft“ zum Ziel gesetzt und die Auflösung der Staatsbetriebe, wie der IWF es wünscht. Özal, selber Kapitalist und ehemaliger Vorsitzender des Metallkapitalistenverbandes in der Türkei, war bis 1982 Mitglied der Junta-Regierung und stellvertretender Ministerpräsident. Unter ihm waren die IWF-Forderungen nach Lohnstopp, Freigabe der Zinsen und Reduzierung der Staatsbetriebe durchgesetzt worden.

Die Reaktionen auf den Wahlausgang sind bisher – mit einigen Ausnahmen – relativ vorsichtig. Die Bundesregierung wertete es als „Zeichen von Demokratie“, daß sich Özal durchgesetzt hat, gleichzeitig wird von ihr Kritik am Wahlvorgang geübt, der nicht „westlichen Maßstäben“ genügt habe. In einer ersten Stellungnahme will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß die neue türkische Regierung den Weg zur „demokratischen Freizügigkeit“ (vermutlich des westdeutschen Kapitals) vollenden soll. Kai-Uwe von Hassel, im EG-Parlament zuständig für Fragen der Türkei, erklärte, das türkische Volk habe seine Chance zur freien Entscheidung genutzt und nun solle auch endlich der Widerstand gegen die Fortsetzung der europäischen Wirtschaftshilfe an die Türkei aufhören.

Für diese relative Vorsicht gibt es verschiedene Gründe. Am Ende der letzten Woche war das endgültige Wahlergebnis noch nicht klar, weil es Einspruch in etlichen Wahlbezirken gab. Das Kriegerrecht wurde von der Militärjunta um weitere vier Monate verlängert. Und Özal muß erst von Evren zum Regierungschef eingesetzt werden. Dem vorläufigen Endergebnis läßt sich entnehmen, daß trotz Wahlpflicht und Androhung von Strafe mindestens 1,57 Mio. Wahlberechtigte (Wahlbeteiligung von vermutlich zwischen 90 und 92%) nicht gewählt haben, weitere 1,18 Mio. haben ungültig gewählt und ca. 197 000 haben unabhängige Kandidaten gewählt. Das sind rund 3 Millionen von 19,7 Mio. Wahlberechtigten, die ihren Protest ausgedrückt haben. Und laut Wunsch der BRD und anderer IWF-Imperialisten wird die erste Maßnahme der neuen Regierung die Erhöhung der Preise für staatlich kontrollierte Produkte wie Benzin sein.

Quellenhinweise: FAZ, 9.11.83; Neue Zürcher Zeitung, 9.11.83; Handelsblatt; Deutschland-Union-Dienst v. 10.11.83; Hürriyet v. 9.11.83 – (eve)



Auch nach der Wahl gilt das Kriegerrecht: Gefangene Gewerkschafter

„Flexible Arbeitszeiten“

Bei Einführung der CNC-Werkzeugmaschinen drängen die Metallkapitalisten auf Ausweitung der Schicht

Im folgenden Artikel berichten wir darüber, wie die Metallkapitalisten die Arbeit durch Ausbau computergesteuerter Fertigung ändern. Die Darstellung beschreibt die Auswirkungen auf die Arbeiter nicht unter dem Gesichtspunkt der zunehmenden Entlassungen. Untersucht wird in einigen Punkten die Auswirkung auf die Lohnarbeiter an computergesteuerten Werkzeugmaschinen und in der gesamten

Produktion: Die Metallkapitalisten passen auf der Grundlage der Schichtarbeit an den computergesteuerten Fertigungsmaschinen die Arbeitszeiten im ganzen Produktionsprozeß dem jeweiligen Produktionsausstoß an und intensivieren die Arbeit im ganzen Betrieb. Die Metallkapitalisten beabsichtigen, die Schichtarbeit insgesamt auszudehnen und die bisherigen Grenzen der Arbeitszeit zu beseitigen.

„Flexibilität“ in Dreischicht

Wie die computergesteuerte Fertigung verstärkt einzusetzen ist, darüber führte der Boschkonzern Ende September in Hildesheim eine konzerninterne Tagung durch: „Die zukunftsweisende Gestaltung der industriellen Arbeitswelt unter verstärkter Nutzung der Elektronik und des Rechneinsatzes“. Ein Sprecher erklärte auf der Tagung, daß „Flexibilität, nämlich Anpassung, in der Natur eine Überlebensfrage bedeute“. Wenn also die Natur selber durch die Stimme der Kapitalisten „Flexibilität“, Teilzeitarbeit und Ausweitung der Schichtarbeit gebietet, wer sollte sich dann noch gegen die Ausweitung der Schicht stellen? Würde der nicht gar widernatürlich handeln? Aber nicht allein die Natur fordert ihr Recht. Der Bosch-Sprecher: „Der internationale Markt fordert heute ebenfalls hohe Flexibilität, der die Fertigungstechnik folgen muß.“ Dazu gehöre einerseits eine durchdachte Steuerung der Fertigungen und eine hohe Ausnutzung der Fertigungseinrichtungen. Eine hohe Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter sei andererseits geboten. „Flexibilität ist in der Fertigung die Antwort auf die Zwänge, die in einem bisher nicht gekannten Maß auf sie einwirken, von den Forderungen der Wirtschaftlichkeit bis zu denen des Reagierens auf den Markt. Und zwar Flexibilität bezogen auf die Maschinen und Anlagen wie auf die Mitarbeiter.“

Ein Beispiel für diese Flexibilität: Die Bosch-Geschäftsleitung führt im Blaupunkt-Werk Hildesheim ein neues Werkstattsteuerungssystem ein. Die Betriebszeitung des BWK für die Beschäftigten der Metallbranche in Niedersachsen berichtet:

– „Die neuen flexiblen Fertigungslinien, die gerade gebaut werden, sollen alle in Dreischicht betrieben werden.“

„Flexibilität bezogen auf die Mitarbeiter“ führen die Bosch-Kapitalisten zur Zeit bei Blaupunkt-Hildesheim vor:

– „800 befristete Einstellungen von Arbeitslosen, die an fast täglich wechselnden Behelfsarbeitsplätzen arbeiten und sich bis zur Höchstleistung schin-

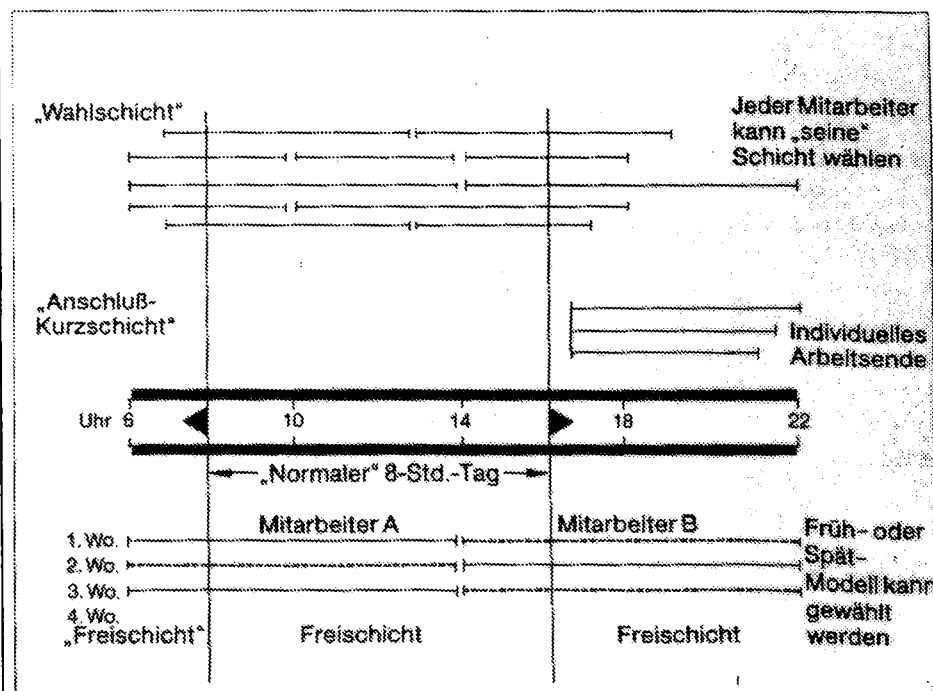
den, denn die Kapitalisten winken für eine kleine Zahl von Ausgewählten mit festen Anstellungen“ (Betriebszeitung des BWK).

Die technische Grundlage für die flexible Produktion in der Metallindustrie bilden die computergesteuerten Werkzeugmaschinen. Durch die Fertigung mit den computergesteuerten Werkzeugmaschinen können die Kapitalisten die Fertigungszeit der einzelnen Werkstücke stark verringern. Ohne langwierige Umrüstung der Maschinen können verschiedenartige Werkstücke produziert werden. Durch die Vernetzung der verschiedenen Fertigungsmaschinen können die Kapitalisten die Durchlaufzeit bis zur endgültigen Fertigstellung eines Werkstückes weiter verkürzen. Auf dieser technischen Grundlage verdichten und intensivieren die Kapitalisten die Arbeit an den computergesteuerten Fertigungsmaschinen und bei den dazugehörigen Arbeitsvorgängen. Ohne jede Pause sollen die Arbeiter an den Fertigungsmaschinen arbeiten.

Schicht in der Fertigung

Die Kapitalisten können jetzt die Zeit für die Fertigung der Werkstücke besser und genauer erfassen. Sie passen die Arbeitszeiten für die Vorbereitung der Fertigung (Lagerhaltung, Planung, Programmierung, Werkzeugbereitstellung, Instandhaltung) und für die nachfolgende Arbeit (Montage, Versand) an die Zeiten der Fertigung durch computergesteuerte Fertigungsmaschinen an. Die verschiedenen langen Zeitblöcke für die verschiedenen Arbeiten können sie so zu einer Zeiteinheit zusammenfassen. Die Kapitalisten bestimmen auf der Grundlage dieser Fertigung die Zeiteinteilung der gesamten Produktion neu und wollen die Mehrschicht- und Teilzeitarbeit auf den ganzen Betrieb ausdehnen. Die Bosch-Kapitalisten sprechen von einem „geschmeidigen Flußsystem vom Stoffeingang über die Montage bis zum Versand, in dem es im Idealfall kaum Stauseen, keine Felsbarrieren und Wasserfälle gibt.“

Die Kapitalisten wollen also durchsetzen: eine durchgängig laufende Fer-



Schichtarbeit je nach Produktionsbedarf. Aus: „Flexibilisierung der Arbeitszeit“, Broschüre des Bundesverbandes der Deutschen Industrie

IG Metall-Positionen zur Schichtarbeit verschlechtern sich

Die derzeit vorliegenden Beschlüsse des auf den 19./20.11. vertagten 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall gegen die Nacht- und Schichtarbeit fallen hinter die bisherigen Festlegungen zurück.

1977 lagen dem Gewerkschaftstag Anträge vor, die das Verbot der Schichtarbeit und von Nachtarbeit zwischen 20 und 6 Uhr forderten. In Anträgen an den 12. und an den 13. Gewerkschaftstag (1980) forderten IGM-Verwaltungsstellen, daß das Rentenalter bei Schichtarbeitern auf 55 Jahre zu senken ist. All diese Bestrebungen trugen dazu bei, daß 1980 der Gewerkschaftstag in der Entscheidung zur Tarifpolitik einen ausführlichen Abschnitt für die Einschränkung der Nacht- und Schichtarbeit beschloß. Gegen die zunehmende Ausweitung der Nacht- und Schichtarbeit erarbeitete die IG Metall 1981 u.a. „Kernpunkte einer Betriebsvereinbarung“ für programmgesteuerte Werkzeugmaschinen, in denen sie sich gegen die Schichtarbeit ausspricht und die Drei-Schicht-Arbeit grundsätzlich ablehnt. In Fällen, in denen die Schichtarbeit nicht verhindert werden kann, empfiehlt die IG Metall ihren Betriebsräten, dafür einzutreten, die zweite Schicht um eine Stunde zu verkürzen.

Den Kapitalisten gelang es, die Betriebsräte in Betriebsvereinbarungen zu zwingen, die die Ausweitung der Schichtarbeit ermöglichen. Zwar wehrten sich zu dieser Zeit viele Be-

triebsräte und die IG Metall gegen die Verlängerung des Arbeitstages durch Überstunden, aber mit der Ausweitung der Schichtarbeit setzten sich die Kapitalisten durch. Bei der „Reform der Arbeitszeitordnung“, die Arbeitsminister Ehrenberg (SPD) bereits 1981 einleitete, drängte die IG Metall nicht darauf, daß Nacht- und Schichtarbeit eingeschränkt werden. Dies wird mit bewirkt haben, daß nach dem Regierungswechsel die SPD in einem neuen Gesetzentwurf das Verbot von Überstunden bei Nachtarbeit gegenüber ihrem Referentenentwurf von 1981 fallen ließ und daß die CDU/CSU/FDP-Regierung das Nachtarbeitsverbot für Frauen erheblich lockerte.

Die Kampagne der IG Metall für die 35-Stunden-Woche und Verkürzung der Tagesarbeitszeit um eine Stunde könnte immerhin bewirken, die Vernutzung von Arbeitskräften rund um die Uhr auf 21 Stunden zu beschränken. Der IG Metall Hauptvorstand denkt da ganz anders. Hans Janßen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied, erklärte auf dem Gewerkschaftstag am 14. Oktober in der Kontroverse „35-Stunden-Woche oder 7-Stundentag“:

„In Drei-, Vier-Schicht-Betrieben in kontinuierlicher Arbeitsweise ist die Einhaltung eines 7-Stunden-Tages von vornherein nicht durchführbar, weil der Tag ja nur 24 Stunden rund um die Uhr hat. Ich kann mir auch vorstellen, daß es unterschiedliche Industriebetriebe gibt, die ihre Belegschaften aus einem riesigen Einzugsgebiet sammeln.

Dort gibt es ungemein viele Pendler. Ich kann mir vorstellen, daß es in einem solchen Betrieb der Wunsch der meisten Beschäftigten ist, nicht durch die Einführung des 7-Stunden-Tages lediglich zu längeren Wartezeiten auf Busbahnhöfen oder Bahnhöfen der Bundesbahn verurteilt zu sein. Es kann nicht ihr Wunsch sein, morgens genauso früh abfahren zu müssen, obwohl es auch später ginge, und abends den Heimweg nicht früher antreten zu können, obwohl man früher Feierabend hat.

... Diese 35-Stunden-Woche wird ähnlich wie früher die 40-Stunden-Woche mit dem 8-Stunden-Tag durch die Betriebsräte in den Betrieben umgesetzt. Das kann man nicht bei Einführung der 35-Stunden-Woche schon von vornherein festschreiben.“

Quellenhinweis: Materialien des IG Metall Gewerkschaftstages vom Oktober 1983; IGM, Welche Möglichkeiten zur Gestaltung der NC-Technik haben wir?, 1981



Steuerung einer CNC-Drehmaschine

tigungsproduktion und flexibel einzusetzende Arbeiter. Die Metallkapitalisten können dadurch die Durchlaufzeit für die Fertigstellung der Werkstücke verkürzen und den Kapitalvorschuß für ihre Produktion bedeutend senken. Gegenüber dem Konkurrenten, der nicht unter diesen Arbeitsbedingungen produzieren läßt, können sie Bestellarbeiten sehr viel rascher durchführen lassen.

1980 – 82: 60% mehr CNC-Maschinen

Die Zahl der Produktionsmittel für diese verschärfte Ausbeutung der Lohnarbeiter haben die westdeutschen Metallkapitalisten in den letzten Jahren sprunghaft erhöht.

Von 1980 bis Ende 1982 haben die Metallkapitalisten den Bestand der datengesteuerten Werkzeugmaschinen in ihren Fabriken um 60% von 25000 auf 40000 gesteigert. Über zwei Drittel dieser Maschinen stehen in Betrieben mit weniger als 1000 Beschäftigten. Die

15000 neuen Maschinen sind fast ausnahmslos CNC-Maschinen (CNC = computerized numerical control), deren Steuerung mittels eines Mikrocomputers erfolgt. Für diese 15000 neuen CNC-Maschinen haben die westdeutschen Metallkapitalisten im Durchschnitt pro Stück 350000 DM gezahlt, insgesamt 5,25 Mrd. DM. Woher haben die Kapitalisten das Kapital für diesen Investitionsschub? Die Maschinenbaukapitalisten nahmen den Hauptteil der CNC-Werkzeugmaschinen ab, zusammen mit dem Werkzeugmaschinenbau die Hälfte der Maschinen. Wie die anderen Metallkapitalisten haben die Maschinenbaukapitalisten den Reallohn der Metallarbeiter in den letzten Jahren gesenkt. Die Maschinenbaukapitalisten gaben bekannt, daß sie 1982 die Lohnsumme nur um 2,7% erhöhten. Die Gehaltssumme, in denen auch die Gehälter ihrer leitenden Angestellten enthalten sind, erhöhten sie um 4,7%. Geld genug haben die Kapitalisten für ihre Investitionen. Zum

Beispiel hat der größte Maschinenbaukonzern, die Gutehoffnungshütte, im Geschäftsjahr 1981/82 das Eigenkapital auf 2,3 Mrd. DM erhöht gegenüber 1980/81 mit 2 Mrd. DM. Die Gutehoffnungshütte steigerte das Aktienkapital von 486 Mio. DM (1980/81) auf 583 Mio. DM. Das Anlagevermögen stieg von 5,53 Mrd. DM auf 6,15 Mrd. DM. Das Kapital für den Kauf der neuen Maschinen haben die Kapitalisten aus der Arbeitskraft herausgepreßt. Den Preis für diese Arbeitskraft haben sie gesenkt.

Die gesenkten Löhne setzten die Kapitalisten als Druckmittel ein, um die Arbeiter an den CNC-Maschinen in Schicht zu zwingen. Über die Zunahme der Schichtarbeit bei der Umsetzung von Arbeitern an die CNC-Maschinen gibt eine Studie des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft (RkW), die von 1980 stammt, folgende Zahlen bekannt:

Vor der Umsetzung an CNC-Maschinen arbeiteten 44% der Arbeits-

Entschließung zur Tarifpolitik des 12. o. Gewerkschaftstages der IG Metall, 1977
„Allen Versuchen der Arbeitgeber und ihrer Verbände, die gegenwärtige wirtschaftliche Situation zum Nachteil der Arbeitnehmer auszunutzen, ist mit einer weiterhin aktiven Tarifpolitik zu begegnen ...

k) 6 Minuten Mindesteholzeit pro Stunde für alle Arbeitnehmer, 12 Minuten Mindesteholzeit pro Stunde für alle Arbeitnehmer, die in Nachtschicht arbeiten;

l) mindestens 3 Minuten persönliche Zeit pro Stunde für alle Arbeitnehmer, mindestens 6 Minuten pro Stunde persönliche Zeit für alle Arbeitnehmer, die in Nachtschichtarbeit arbeiten;

m) die Vereinbarungen zumutbarer Bedingungen bei Nacht- und Schichtarbeit.“

Entschließung zur Tarifpolitik des 13. o. Gewerkschaftstages der IG Metall, 1980

„Die zunehmende Schicht- und Nachtarbeit und die damit verbundene soziale und gesundheitliche Beanspruchung erfordern besondere Tarifbestimmungen für Schicht- und Nachtarbeit:

- Strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht-/Wechselschichtarbeit;

- kürzere Schichtarbeitszeit;

- zusätzlicher Urlaub bzw. Freischichten;

- Festlegung der Leistungsnormen unter Berücksichtigung der biologischen, sozialen und sonstigen Bedingungen der Schichtarbeit;

- Anpassung der Schichtpläne an die sozialen und gesellschaftlichen Bedürfnisse der Schichtarbeiter;

- Verbesserung der Gesundheitsvorsorge und des Arbeitsschutzes;

- Ermöglichung des Wechsels aus der Schichtarbeit in Normalarbeitszeit (Verdienstsicherung, zumutbare Arbeitsplätze, Umschulung);

- Herabsetzung der Lebensarbeitszeit für Schichtarbeiter;

- 12 Minuten Mindesteholzeit pro Stunde bei Nachtschichtarbeit;

- längere Eholzeit bei entsprechend höhe-

rer Beanspruchung;

- mindestens 6 Minuten persönliche Zeit pro Stunde bei Nachtschichtarbeit.“

Kernpunkte einer Betriebsvereinbarung bei der Einführung und dem Einsatz programmgesteuerter Werkzeugmaschinen der IG Metall, Abteilung Automation/Technologie, November 1981

„Nicht selten wird von seiten der Arbeitgeber bei der Einführung von programmgesteuerten Werkzeugmaschinen die Forderung nach Ausweitung der Schichtarbeit erhoben. Schichtarbeit sollte aber aus gewerkschaftlicher Sicht auf ein absolutes Mindestmaß beschränkt werden. Die Arbeit im Drei-Schicht-Betrieb sollte an programmgesteuerten Werkzeugmaschinen abgelehnt werden.

Auch ein Ausgleich in Geld für die Einführung und Ausweitung der Schichtarbeit sollte nach Möglichkeit verhindert werden. Geld kann und soll Gesundheit nicht ersetzen.

Wenn Schichtarbeit nicht ganz verhindert werden kann, sind ein Ausgleich in Freizeit und zusätzliche Eholzeiten anzustreben.“

Entschließung zur Tarifpolitik des 14. o. Gewerkschaftstages der IG Metall, 1983

„Die Humanisierung der Arbeit zielt auf die Wahrung und Entfaltung der Menschenwürde im Betrieb und auf die Gestaltung der technischen Entwicklung mit dem Ziel humaner und qualifizierter Arbeitsplätze ab. Dazu gehören: ...

- sechs Minuten Mindesteholzeit pro Stunde für alle Arbeitnehmer; zwölf Minuten pro Stunde bei Nachtschichtarbeit; Vereinbarung der Pausenregelungen für Eholzeiten;

- mindestens drei Minuten persönliche Zeit pro Stunde, bei Nachtschichtarbeit mindestens sechs Minuten; ...

- strengere Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Nacht- und Wechselschichtarbeit sowie von Mehrarbeit für die davon betroffenen Arbeitnehmer;

- kürzere Schicht-, Jahres- und Lebensarbeitszeit für Schichtarbeiter;

- Verdienstsicherung, Umschulung und das Angebot zumutbarer Arbeitsplätze bei Wechsel aus Schicht- und Normalarbeitszeit.“

Entschließung zu Rationalisierung und technischer Wandel des 14. o. Gewerkschaftstages der IG Metall 1983

„In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften Rationalisierung und technischen Wandel nie grundsätzlich in Frage gestellt. Diese Grundhaltung stützte sich auf Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung, Reallohnsteigerungen und verbesserte Arbeits- und Lebensqualität ... Schon heute ist die IG Metall wachsendem Druck aus den Betrieben ausgesetzt, gegenüber Rationalisierung und technischem Wandel eine entschieden kritische Position zu beziehen. Die IG Metall tritt auch weiterhin entschieden gegen alle Maßnahmen von Rationalisierung und technischem Wandel ein, die nicht den Maßstäben einer menschengerechten Gestaltung der Arbeitswelt sowie sozialen Gesichtspunkten entsprechen. Dabei werden die Bestimmungen des Grundgesetzes im Hinblick auf die Würde des Menschen, die Entfaltung der Persönlichkeit, Freiheit und körperliche Unversehrtheit, freie Meinungsäußerung sowie die Gleichbehandlung vor dem Gesetz Maßstab sein. Dazu sind Kriterien zu entwickeln und vorzugeben, die es Vertrauensleuten und Betriebsräten, aber auch der Organisation insgesamt ermöglichen, diese politische Auseinandersetzung vor Ort und in der Öffentlichkeit offensiv zu führen ...

Die gewerkschaftliche Politik zur sozialen Beherrschung von Rationalisierung und technischem Wandel ist vorrangig auf die Gestaltung der folgenden Technologie- und Arbeitsbereiche zu konzentrieren, die sich aufgrund ihrer Schlüsselstellung und Verbreitung im Rationalisierungsprozeß anbieten:

- Gestaltung des Einsatzes der CNC-Technologie ...“

kräfte im 2-Schicht-Betrieb. Im 3-Schicht-Betrieb arbeitete keiner. An den CNC-Werkzeugmaschinen arbeiten jetzt 58% im 2-Schicht-Betrieb und 4% im 3-Schicht-Betrieb. 62% arbeiten also in Schicht. Etwa 15% der neuen Maschinen setzten die Kapitalisten nicht in der Produktion ein, sondern z.B. im Werkzeugbau. An den Maschinen, die sie in der Produktion installierten, verlangten die Kapitalisten fast ausnahmslos die Einführung von Schichtarbeit.

Mehr Facharbeiter in Schicht

Bei der Einführung der CNC-Maschinen gelang es den Kapitalisten, mehr Facharbeiter in Schichtarbeit zu drücken. Von den Facharbeitern mußten nach der Umsetzung 34% mehr als vor der Umsetzung Schicht arbeiten. An den CNC-Maschinen arbeiten etwa 50% Facharbeiter.

Die Arbeit besteht an knapp der Hälfte der Maschinen nur aus Entladen, Beschicken, Bedienungs- und

Überwachungstätigkeit. Jede Tätigkeit, die ein größeres Maß an Kenntnissen verlangt, lassen die Kapitalisten an diesen Maschinen nicht die Maschinenbediener verrichten, sondern durch Einrichter, Kontrolleure und durch die Arbeitsvorbereitung. Als Maschinenbediener stellten die Kapitalisten hier in der Mehrzahl Ungelernte für einen niedrigeren Lohn an die Maschinen. An den anderen Maschinen setzten die Kapitalisten in der Mehrzahl Facharbeiter ein, die die CNC-Maschinen auch einrichten und kontrollieren. Zu einem geringen Prozentsatz programmieren diese Facharbeiter die Maschinen selber.

Für die Arbeit an den CNC-Maschinen erhöhten die Kapitalisten den Lohn. Ein Grund ist, die Umsetzung in Mehrschichtarbeit auszudrücken. An den CNC-Maschinen verlangen die Kapitalisten von den Arbeitern eine sehr viel höhere Konzentration in der Überwachung der Maschinen. Jede Stillstandszeit soll vermieden werden.

Nach der RKW-Studie haben die Kapitalisten den tariflichen Lohn von 107,8% des tariflichen Ecklohns vor der Umsetzung auf 111,2% nach der Umsetzung erhöht. Die unteren Löhne wurden von durchschnittlich 96,1% auf 102% heraufgesetzt. Sobald die Maschinen eingefahren sind, stellen die Kapitalisten mehr Ungelernte an die Maschinen. Nachdem z.B. bei MAN München die neuen CNC-Maschinen erprobt worden waren, zogen die Kapitalisten die Facharbeiter ab und ließen die Arbeit an den CNC-Maschinen häufig durch Arbeiterinnen verrichten, die nur einen Lohn unter dem Facharbeiterecklohn erhielten. Nach der RKW-Studie waren 1980 ¾ der Arbeiter an den CNC-Maschinen im Zeitlohn, die übrigen erhielten Prämienlohn oder arbeiteten im Akkordlohn.

Ein Teil der Arbeiter muß zwei Maschinen bedienen. Die Arbeiter beschicken und entladen eine Maschine während des Fertigstellungsvorgangs an der anderen Maschine.

Kapitalistengründe für Schicht

Wie begründen die Kapitalisten die Schichtarbeit an den CNC-Maschinen? Zum Beispiel erklärte das Vorstandsmitglied der Zahnradfabrik Friedrichshafen, G. Kühn, Anfang des Jahres: „Jede Maschine, jedes Schneidwerkzeug, jede Vorrichtung, die nicht genutzt wird, verursachen unnötige Kosten. Natürlich wird keine Energie verbraucht und nichts abgenutzt. Die Kosten liegen im Kapitaleinsatz. Wenn es nun gelingt, diese Maschine besser zu nutzen – etwa im Mehrschichtbetrieb – ... dann wird aus dem Kapital mehr herausgeholt als bei geringerer Nutzungszeit. Da die Maschinen immer teurer werden, fällt dieser Rationalisierungsfaktor ständig mehr ins Gewicht.“

„Aus dem Kapital mehr herausgeholt im Mehrschichtbetrieb“? Wie ist der tatsächliche Vorgang, wenn die Kapitalisten die Arbeiter zur Mehrschichtarbeit zwingen? Im Vergleich zum Kapitalisten, der acht Stunden die Arbeiter ausbeutet, beutet der Kapitalist, der mit derselben Anlage zwei Schichten arbeiten läßt, die doppelte Anzahl Arbeiter aus. Das Ausbeutungs-

ergebnis, der Mehrwert, ist doppelt so groß. Wollte ein Kapitalist, der keine Schicht arbeiten läßt, die doppelte Zahl Arbeiter ausbeuten, müßte er die doppelte Anzahl Maschinen aufstellen. Er müßte aber die doppelte Menge Kapital für die zusätzlichen Maschinen anwenden.

Wie stellt sich in der Rechnung der Kapitalisten der Vorgang der erhöhten Ausbeutung in Mehrschichtarbeit dar? Als Kostensenkung. Die Kapitalisten berechnen die Einzelkosten = Fertigungszeit $\times$ Maschinenstundensatz + Kosten für die Qualitätskontrolle, Nacharbeit, Ausschuß. Die Fertigungszeit an den CNC-Maschinen ist gegenüber den konventionellen Werkzeugmaschinen im Durchschnitt um 40% kürzer. Die Kosten für die Kontrolle usw. sinken ebenfalls beträchtlich. Schon wenn die Arbeiter nicht in Schicht arbeiten, können die Kapitalisten ihre Kosten gegenüber konventionellen Maschinen zwischen 30 und 40% senken. Die RKW-Studie gibt an, daß die Kapitalisten bei Normalschicht mit einer Dauer von meist vier Jahren rechnen für die Amortisation, bis sie das Kapital aufgehäuft haben für eine neue CNC-Maschine.

Durch die Mehrschichtarbeit senken die Kapitalisten den Maschinenstundensatz. Sie bestimmen den Maschinenstundensatz durch folgende Größen: Anschaffungswert, Abschreibungszeitraum, Zinsen und Instandhaltung, Raumkosten, Lohn- und Lohnnebenkosten, Werkzeugkosten, Gemeinkosten. Die Summe der jährlichen Kosten dieser Größen auf die Nutzungsdauer pro Jahr umgelegt ergibt den Maschinenstundensatz. Je höher die Nutzungsdauer und Laufzeit pro Jahr, je geringer fällt der Maschinenstundensatz aus. Die Kapitalisten, die in Mehrschicht arbeiten lassen, erzielen gegenüber dem Kapitalisten, der nicht in Schicht arbeiten läßt, einen Extraprofit. Sie können also im Konkurrenzkampf mit dem Preis heruntergehen und trotzdem noch einen höheren Profit realisieren als der Kapitalist, der die Arbeitskraft nicht in Schicht ernennt.

Die Metallkapitalisten erklären, die Ausdehnung der Schichtarbeit und die Anpassung der Arbeitszeiten an den Produktionsausstoß sei eine Frage des „Überlebens“. Sehen wir uns die Lage der Kapitalisten im Maschinenbau an, die den Großteil der CNC-Maschinen

Gewerkschaften aus Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden zur Schichtarbeit

In fast allen Mitgliedsländern der EG haben die Metallkapitalisten zwischen 1970 und 1975 die Arbeit in Zwei-, Drei-, Vierschicht, Teilzeit und Teilzeitschicht ausweiten können. Lediglich in den Niederlanden haben die Gewerkschaften planmäßig für die Einschränkung der Schichtarbeit gekämpft und dabei Erfolge errungen.

Belgien: Mehr als 23% der Arbeiter in der Metallindustrie arbeiten in Wechsel- oder Dreischicht. Die belgische Regierung unterstützt mit dem Hansenne-Plan systematisch die Bemühungen der Kapitalisten um Ausbeutung der Arbeiter zu jeder Tages- und Nachtzeit, in Teilzeit- und Teilzeitschichtarbeit. Unter der Bezeichnung „Arbeitsplatzbeschaffung“ und „kostenneutrale Verkürzung der Arbeitszeit“ bietet die Regierung den Kapitalisten Ausnahmegenehmigungen von der Arbeitszeitgesetzgebung an. Sie zahlt Subventionen, wenn die Kapitalisten mehr Arbeiter als zuvor bei verkürzter Arbeitszeit und gekürzten Löhnen in Schicht- und Teilzeitschicht ausbeuten. Die Beseitigung dieses Programms hat die sozialistische Metallgewerkschaft CMB auf ihrem Kongreß im Oktober dieses Jahres ausdrücklich gefordert. Außerdem beschloß der CMB, dafür

einzutreten, daß „bei gesundheitsschädlichen Arbeiten die Arbeitszeit verkürzt“ wird über die insgesamt geforderte Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden hinaus. Der CMB betrachtet als erwiesen, daß Nachtarbeit zu den gesundheitsschädlichen Arbeiten gehört.

Frankreich: Knapp 20% der Arbeiter in der metallverarbeitenden Industrie arbeiten in Schicht, davon etwa 75% regelmäßig auch in Nachtschichten. Die Gewerkschaften haben durchsetzen können, daß die gesetzliche Arbeitszeit für Arbeiter in vollkontinuierlicher Schicht ab 1. Januar 1983 nur noch 35 Stunden bei vollem Lohnausgleich beträgt, diese Regelung enthält allerdings keine besondere Verkürzung der Nachtarbeit, und es gilt nur die allgemeine Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden. Der Gewerkschaftsbund CGT fordert das Verbot der Nachtarbeit in allen Fällen, in denen diese „Arbeit aus Profitgründen von den Unternehmern verlangt wird“. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter in der CGT fordert, die Arbeitszeit für Dreischichtarbeiter in der Metallindustrie auf höchstens 33 Stunden zu begrenzen und das Rentenalter für Arbeiter, die mehr als 15 Jahre in Schichten gearbeitet haben, auf 50 Jahre zu senken. In der Begründung führt sie neben der

Behauptung, daß damit Arbeitsplätze geschaffen würden, an, daß Nacht- und Schichtarbeit immer gesundheitsschädlich seien.

Italien: Die italienischen Gewerkschaften haben lange Zeit die Einführung von Schichtarbeit von den Kapitalisten nicht bekämpft, weil dadurch Arbeitsplätze geschaffen würden. Der Anteil der Schichtarbeiter ist in der Metallindustrie mit 27,4% einer der höchsten in den EG-Mitgliedstaaten. Auch auf einer von den drei Gewerkschaftsbünden im Juni 1982 durchgeführten „Nationalen Arbeitsmarktkonferenz“ einigten sich die Gewerkschaften wiederum auf eine Forde-



Plakat des FNV (Niederlande) für kürzere Arbeitszeit in Schicht

in ihren Fabriken aufstellten. Der Exportanteil des westdeutschen Maschinenbaus liegt bei über 60%. Der Anteil am Weltexport betrug 1980 21,8%. Der Anteil der computergesteuerten Werkzeugmaschinen am gesamten Werkzeugmaschinenpark der westdeutschen Metallkapitalisten betrug 1980 2%. Jede neue CNC-Maschine ersetzte durchschnittlich drei konventionelle Werkzeugmaschinen. In den USA war der Anteil 1980 mit 2,3% nicht sehr viel höher. Die westdeutschen Metallkapitalisten konnten den Anteil der computergesteuerten Werkzeugmaschinen 1982 auf 3,2% steigern. Damit sind die westdeutschen Maschinenbaukapitalisten auf dem Sprung, die Konkurrenz auf dem Weltmarkt zurückzuschlagen.

Weil sie in der Konkurrenzschlacht einen entscheidenden Vorsprung gewinnen wollen, fordern die Metallkapitalisten die „längere Nutzungsdauer“ der Maschinen und Mehrschichtarbeit an den CNC-Maschinen.

Quellenhinweis: Wirtschaftl. u. soziale Auswirkungen des CNC-Werkzeugmaschineneinsatzes, Hrsg. RKW, 1981; Bosch-Zünder 8/83; K.-J. Schmidt, Techn.-wirtschaftl. Aspekte des Mikroprozessor- und Mikrocomputereinsatzes im Industriebetrieb, 1980; Informationsdienst des Instituts der dtsh. Wirtschaft, 2.9.82.; VDI-Berichte 404, 1981 – (gba, jöd, sul, uld)

rung, die den Kampf gegen schlechte Arbeitsbedingungen abhängig macht von der Bereitschaft der Kapitalisten, mehr Arbeiter oder mindestens gleich viele Arbeiter auszubeuten: „Angesichts der technologischen Innovation und ihrer negativen Effekte auf die Beschäftigung und im Hinblick auf gesundheitsschädliche oder besonders unangenehme Arbeiten muß eine abgestimmte Verkürzung der Arbeitszeit gefordert werden, die zugleich zu einer Vergrößerung der Belegschaftsstärken führen muß.“

Niederlande: 1970 arbeiteten noch über 35% der Lohnabhängigen der metallverarbeitenden Industrie in Schicht, 1975 nur noch 22%. Die Metallgewerkschaft FNV hat seit 1970 Pläne für einzelne Betriebe aufgestellt, in denen sie jährliche Ziele für den Abbau von Schichtarbeit festlegt. Im Philipps-Werk in Eindhoven z.B. hat sie erreicht, daß der Anteil der Schichtarbeiter in der Produktion zwischen 1976 und 1981 von 10,6% auf 6,3% zurückging. Der FNV fordert, daß die Arbeit zwischen 20.00 und 6.00 Uhr nur 60% der normalen Tagesarbeitszeit bei gleichem Grundlohn und Beibehaltung der Schichtzuschläge betragen darf.

Quellenhinweis: RKW, Gestaltung der Arbeitszeit in ausgewählten Industrieländern, Eschborn 1981; Dokumente des CMB (Belgien) v. 30.10.83, des CGIL (Italien) v. 25.6.82, Industriebond FNV (Niederlande) zum Schichtplan bei Philipps v. Juli 1982; Arbeits- und Sozialpolitik Nr. 5/83

Wer durch Nachtarbeit krank wird, soll selber schuld sein

Diese „Einsicht“ verlangen die Kapitalisten von der bürgerlichen Arbeitsmedizin. Sie entspricht der Praxis der Kapitalisten, aus dem vollen Arbeitsmarkt werksärztlich geprüftes Menschenmaterial auszusuchen bzw. verschlissene Arbeitskräfte dort wieder abzuladen. Die Kapitalisten fordern professorale Absegnung ihrer Anforderungen, um größeren Spielraum für Angriffe auf die Arbeiterbewegung zwecks Ausdehnung der Schichtarbeit zu haben.

Mit unglaublicher Kaltschnäuzigkeit liquidieren die zuständigen Professoren bisher anerkannte wissenschaftliche Positionen über die gesundheitsschädlichen Wirkungen von Nacht- und Schichtarbeit mit der Behauptung, sie seien ideologisch verbrämt, statistisch angeblich nicht haltbar und zu sehr an den subjektiven Empfindungen der Nacht- und Schichtarbeiter orientiert.

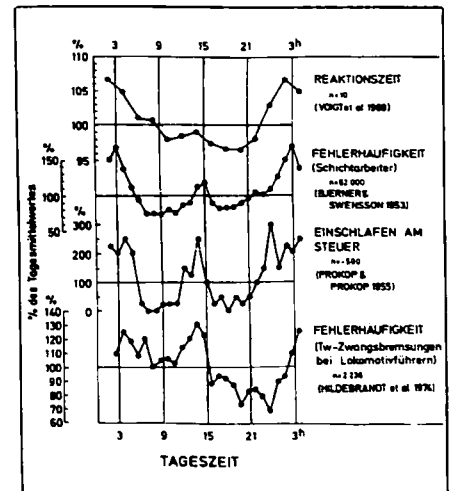
Im allgemein gängigen Lehrbuch für Arbeitsmedizin von H. Valentin u.a. aus dem Jahre 1971 hieß es noch: „... Auf Grund dieser Überlegungen ergibt sich, daß Nachtarbeit immer ein pathogener (= krankmachender, d. Verf.) Faktor bleibt, da es eine Umstellung des Organismus auf die veränderte Lebensweise unter diesen Bedingungen nicht gibt ... Leute der Nachtschicht müssen arbeiten, wenn alle körperlichen Vorgänge verlangsamt sind ... Nachtarbeit ist darum von Natur aus für die Mehrzahl der Menschen etwas Unmenschliches, eine Abweichung von immanenten Naturgesetzen ... Eine Einführung von kontinuierlicher Arbeit (= Schichtarbeit, d. Verf.) aus Gründen der bloßen Gewinnsteigerung ist aus arbeitsmedizinischer Sicht immer abzulehnen ...“

Dieselbe Professorenmannschaft kommt in der zweiten überarbeiteten und erweiterten Auflage ihres Lehrbuches im Jahre 1979 zu der Ansicht, daß die Nachtarbeit bei den 3,8 Millionen Nachtschichtarbeitern in der BRD „biologische Anpassungsprozesse in Gang setzt“.

Aus der Tatsache, daß sich die Nachtschichtarbeiter zwar alle übermüdet und schlecht fühlen, aber keineswegs sofort an einem Magengeschwür erkranken, schließen sie, „daß es offensichtlich Personen gibt, die Schichtarbeit aus persönlichen oder situativen Gründen nicht ver-

kraften können und dann auf Schichtarbeit mit Erkrankungen reagieren. Der Anteil dieser Gruppe an der Arbeitsbevölkerung wird auf Grund arbeitsmedizinischer Erfahrungen heute mit etwa 10–20% angesetzt ...“

Wenn also ein Nachtschichtarbeiter krank wird, ist entweder seine Wohnung nicht geeignet, oder geht seine Frau arbeiten oder sind die Kin-



Nachts ist die Fehler- und Unfallhäufigkeit am höchsten. Arbeitsmedizinische Gegenvorschläge sehen größere Kontrolle, Wecksignale etc. vor. Der Einsatz von Drogen wird nicht ausgeschlossen.

der schlecht erzogen, alles sog. „situative Gründe“; es kann aber auch an seinem „rigiden“ oder „introvertierten“ Charakter liegen, wenn er dann sein Magengeschwür hat.

So bleibt auch kein Grund mehr für die Arbeitsschutzbestimmungen, die die Nachtarbeit von Frauen verbieten. „Grundsätzlich wird man nicht davon ausgehen dürfen, daß der weibliche Organismus gegenüber den geschilderten Einflüssen empfindlicher ist als der männliche“, so Prof. G. Lehnert, Mitautor des oben genannten Lehrbuches. Das Problem sei einzig die häusliche Belastung der Frauen.

Dieses „Wissen“ ist seit der neuen Ausbildungsordnung für Medizinstudenten Prüfungsstoff beim ärztlichen Staatsexamen und Stoff von Fortbildungsseminaren der Bundesärztekammer.

Quellenhinweis: Arbeitsmedizin, ein kurzgefaßtes Lehrbuch für Ärzte und Studenten, von H. Valentin, W. Klosterkötter, G. Lehnert, H. Petry, J. Rutenfranz, G. Weber, H.G. Wenzel, H. Wittgens, 1971 und 1979; Biologische Rhythmen und Arbeit, hrsg. v. G. Hildebrandt, 1976

Bosch-Siemens: Lohnforderung aufgestellt

München. Die VK-Leitungen verschiedener Traunreuter Betriebe haben sich auf einem Seminar der Verwaltungsstelle Rosenheim dafür ausgesprochen, den Kampf um die 35-Stunden-Woche mit einer Festgeldforderung zu verbinden. Auf ihrer letzten Sitzung haben daraufhin die Vertrauensleute im Bosch-Siemens-Hausgerätekwerk Traunreut folgende Forderung beschlossen: Ausgleich der Preissteigerungsrate im DM-Betrag der Facharbeiterecklohngruppe für alle gleich. Bei einer Preissteigerungsrate von 3 bis 3,2% ergäbe sich – nach der Siemens-Arbeitsbewertung – eine Forderung von 60 DM.

Briefe an Kohl für Volksbefragung

Paderborn. Mitglieder und Mitarbeiter des Fachschaftsrates Elektrotechnik der Gesamthochschule schreiben in einen Brief an Bundeskanzler Kohl u.a.: „Herr Kohl, aus ... Umfrageergebnissen können auch Sie ablesen, daß gegenwärtig nicht einmal Ihre engere Anhängerschaft bereit ist, für die Expansionsziele der westdeut-

München. Aus Anlaß des 60. Jahrestages des Hitlerputsches sowie des 45. der Reichskristallnacht am 9.11. kündigte die faschistische „Aktionsfront nationaler Sozialisten“ (ANS) einen Marsch auf die Feldherrenhalle an. U.a. ein „Antifaschistisches Forum“ plante Gegenmaßnahmen. Am 7.11. löste die Polizei eine Versammlung der ANS auf und nahm 35 vorläufig fest. Auch den Neonaziführer Kühnen ließ sie wieder laufen. Am 9.11. fanden vor der Feldherrenhalle Mahnwachen (Bild) und eine Kundgebung der SPD mit 400 Teilnehmern statt.

schen Imperialisten mit Atomraketen in den Krieg zu ziehen. Sie können nun auch nicht mehr darauf verweisen, mit der Wahl vom 6. März hätte die Mehrheit der Wähler auch gleichzeitig Ihre Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß gegeben.“ Sie fordern Kohl auf, die notwendigen Schritte zur Durchführung einer Volksbefragung einzuleiten. Die Mehrheit einer Klasse am Bildungszentrum für informationsverarbeitende Berufe, Paderborn, fordert den Bundeskanzler auf, einem entsprechenden Gesetz zuzustimmen.



Seit Ende letzter Woche streiken in Brasilien 60000 Arbeiter bei VW, Mercedes-Benz, Ford und Saab, deren Werke in einem Vorort von Sao Paulo liegen. Die Arbeiter fordern die Angleichung der Oktoberlöhne zu 100% an die Inflationsrate von derzeit über 175%. Die Kapitalisten bestehen auf einer Anpassung von nur 80%, wie die Regierung in einer Verordnung festgelegt hatte. Der Arbeitsminister hat diesen Streik für illegal erklärt. Nach mehreren großen Streiks und Demonstrationen der Gewerkschaften in den letzten Monaten (Bild: Demonstration der Metallarbeiter in Sao Paulo) gegen die Kürzungsmaßnahmen der Regierung, die den Forderungen des Internationalen Währungsfonds nachgekommen war, hatte das Parlament zweimal Verordnungen der Regierung wieder aufgehoben. In der letzten Woche stimmte das Parlament einer neuen Verordnung zu, die eine zukünftige Senkung der Lohnanpassung auf 87,5% vorsieht. An der Durchsetzung niedrigerer Löhne haben insbesondere die VW-Kapitalisten großes Interesse. Sie planen, in den nächsten vier Jahren bei VW do Brasil 2,1 Mrd. DM zu investieren.



„Solange geputzt wird, wird keiner entlassen“

Hamburg. Mindestens bis zum 30.6.84 soll beim Gesamthafenbetrieb (GHB) keiner mit der Begründung „Arbeitsmangel“ entlassen werden. Diese Zusage des paritätisch mit ÖTV-Vertretern besetzten Vorstandes wurde von vielen Arbeitern mit Erleichterung aufgenommen, weil nach wie vor beim GHB viele Arbeiter wöchentlich für drei Tage Kurzarbeit haben und auch darüber hinaus noch Arbeiter nicht vermittelt werden können (dann muß der GHB den Garantilohn von 100% bezahlen). Die ÖTV-Vertreter im Vorstand des GHB haben auf die vielen Doppelschichten hingewiesen, die in den Einzelbetrieben gemacht werden, und gesagt, daß sie keiner Entlassung wegen Arbeitsmangel zustimmen, solange noch Doppelschichten gemacht werden. Der GHB ist den Hafenkapitalisten ein Dorn im Auge, weil er den Minimalstandard der Hafenarbeiter sichert.

Manöver immer kriegsähnlicher

Göttingen. Bis zum 7.11. dauerte das Manöver „Eternal Triangel“ der britischen Rheinarmee in Südniedersachsen, direkt an der Grenze zur DDR. 102 Haushaltungen von 200 aus Güntersen schrieben eine Erklärung: „Wie nie zuvor fühlen wir uns belästigt durch den Tag und Nacht andauernden Lärm der vielen Panzer. Unsere Kinder können kaum schlafen, sind beim Überqueren der Straßen ständiger Gefahr ausgesetzt ... Die Beschädigung von Äckern, Wiesen, Straßen und Hausgär-

ten empfinden wir als rückstandslos, haben kein Verständnis dafür, daß mitten im Ort Übungsgefechte stattfinden, die viele an den letzten Krieg erinnern.“ Bei dem Manöver gab es 183 Unfälle, 41 Personen wurden verletzt, sieben getötet, der Sachschaden ist noch nicht überschaubar. Aufgrund der Proteste trat eine Versammlung der Gemeindefraktoren des Landkreises Göttingen zusammen. Die Bundeswehrverwaltung erklärte, in Zukunft müßten dem Zivilverkehr mehr Beschränkungen auferlegt und besser informiert werden. Das Oberlandesgericht Celle entschied jetzt, daß zu Manöverzeiten jeder Kraftfahrer mit Erdreich auf der Fahrbahn zu rechnen habe. Kommt es aufgrund dessen zum Unfall, ist er selbst der Schuldige.

Tarifabschluß im Einzelhandel

Stuttgart. Mitte Oktober stimmte die Große Tarifkommission der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) Baden-Württemberg, Bereich Einzelhandel, einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,2% ab 1.4. 1983 zu. Durch Warnstreiks während der Sommermonate konnten zusätzliche Strukturverbesserungen durchgesetzt werden: Höhere Eingruppierung von Kraftfahrern; Anhebung um ein Tätigkeitsjahr in Tarifgruppe 3. Außerdem wurde die Zusage erreicht, weitere Strukturverhandlungen sofort aufzunehmen. Andererseits mußte die HBV „zähneknirschend“ Einbußen hinnehmen, wie ein Nullmonat, bei den Auszubildenden gar fünf.

Überstunden

Arbeitszeitverkürzung muß mit Begrenzung der Mehrarbeit verbunden werden

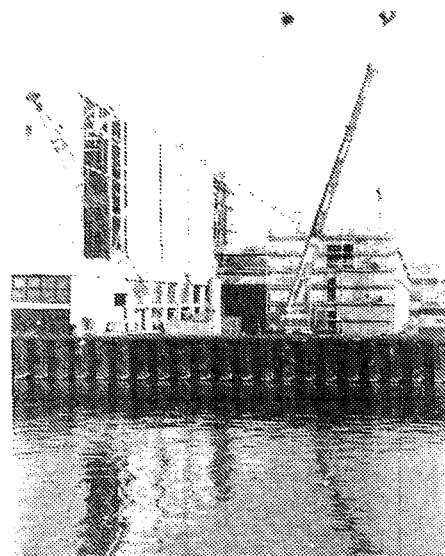
Heilbronn. In Vorbereitung auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche hat die Verwaltungsstelle Heilbronn/Neckarsulm der IG Metall eine Untersuchung über die Mehrarbeit in ihrem Bereich angestellt. Der Skandal, der dabei herauskam, ist nicht ungewöhnlich für die Metallindustrie. 600 000 Überstunden wurden im Bereich der Verwaltungsstelle allein im ersten Halbjahr 1983 gefahren. Den Löwenanteil davon hat Audi NSU mit 430 000 Überstunden. Folge von zehn im ersten Halbjahr durchgeführten Sonderschichten. Weiter beteiligt sind: (in Klammer die Stunden) Karl Schmidt (57 300), Kaco (23 100), Fiat Automobil AG (10 100), Drögmöller (14 000), Telefunken Elektronik (7 700) und Schmalbach-Lubeca (20 000).

„Wir müssen lernen, mit Kurzarbeit ebenso zu leben, wie mit Sonderschichten“, hatte der frühere VW-Vorstandsvorsitzende Toni Schmücker das bei VW und Audi praktizierte System zusammengefaßt. Statt „einstellen – rauswerfen, je nach Konjunktur“ sollte mit der „Personalpolitik der mittleren Linie“ eine im wesentlichen gleichstarke Stammebelegschaft durch alle Konjunkturzyklen gehalten werden. Diese dann aber je nach Auftragslage eben Sonderschichten fahren oder kurzarbeiten. Der darin vorgesehene Verzicht auf Massenentlassungen war wohl entscheidend für die Zustimmung der Betriebsräte. Noch nie hatte diese Politik allerdings zu knapp 20 Sonderschichten in einem Jahr geführt.

Während in früheren Jahren als „Anerkennung“ z.B. für fünf Sonderschichten ein Tag Sonderurlaub bezahlt wurde, kommt Audi diesmal auch noch billig weg. Gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit werden 400 bis 550 DM brutto im November ausbezahlt. Ausdrücklich auch als „Anerkennung“ für künftige Sonderschichten. Parallel zu den Sonderschichten wurde die Tagesstückzahl gesteigert. So weit, daß bestimmte Bereiche und Abteilungen selbst mit Doppelschicht an sechs Tagen pro Woche nicht mithalten konnten. Die einzig erkennbare Gegenwehr des Betriebsrates führte dazu, daß dort nicht noch die Bestimmungen der Arbeitszeitordnung mit 60 Wochenstunden durchbrochen wurden, sondern zusätzliche Nachtschichten, z.T. mit Neueingestellten eingeführt wurden. Damit ist Audi seinen Wünschen nach höherer Auslastung der modernen und teuren Anlagen näher gekommen. Für Nachtschicht gilt

bereits heute per Betriebsvereinbarung die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, die Arbeitszeit geht von 23 Uhr bis 6 Uhr, bezahlt werden 8 Stunden plus betrieblich festgelegten 10 DM. In diesem Sinn, so ist inoffiziell zu hören, könne man sich auch generell mit der 35-Stunden-Woche anfreunden.

Neben automatisierten Pressen, Schweißstraßen und Lackiererei, die höher ausgelastet werden sollen, steht als nächstes die Intensivierung der Arbeit in der von Handarbeit geprägten



200 Millionen DM-Projekt: Montagehalle bei Audi-Neckarsulm zur „Produktivitätssteigerung“.

Wagenmontage an. Nach dem Vorbild der „Halle 54“ in Wolfsburg wird eine neue Montagehalle errichtet. Die Tageskapazität soll damit von 440 auf über 600 Wagen steigen. Neben „mehr Platz für die Mitarbeiter“ sollen vor allem „modernste Montagetechniken und schnellerer Materialdurchfluß“ eingeführt werden.

Bei derart umgestalteten Arbeitsplätzen ergibt sich eine Differenzierung der jetzt stark besetzten Lohngruppe 6 und 7. Das bisher verwendete System der analytischen Arbeitsplatzbewertung erweist sich als untauglich, Abgruppierungen zu verhindern. Ohne konkrete Forderungen aufzustellen, arbeitet der Betriebsrat an Alternativen.

Zur Unterstützung des Kampfes um die 35-Stunden-Woche hat die IG Metall nun eine Umfrage begonnen, die Veränderungen der Arbeit, steigenden Leistungsdruck usw. erfassen hilft. Fragen zu Lohn und Gehalt sind aller-

dings sorgfältig ausgeklammert. Obwohl der Gewerkschaftstag es abgelehnt hat, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit Forderungen gegen Leistungsverdichtung zu verbinden, hat nun die Tariffkommission der IG Metall Baden-Württemberg bekräftigt, mit entsprechenden Forderungen in den Tarifikampf zu gehen. Zuvor hatte sich dieses Vorgehen als Meinungsbild u.a. der Verwaltungsstelle Heilbronn/Neckarsulm ergeben. Die Tariffkommission hat die Betriebsräte u.a. aufgefordert, „ihr Mitbestimmungsrecht wegen der massiven Auswirkungen der unternehmerischen Mehrarbeitspraxis auf Arbeitsplätze und Gesundheit streng und restriktiv zu handhaben“.

Die Heilbronner Verwaltungsstelle fordert als Fazit der Überstundenuntersuchung: „Zusammen mit der Forderung 35-Stunden-Woche muß eine Begrenzung der Mehrarbeit verlangt werden. Dazu ist ein neues Arbeitszeitgesetz notwendig, um die Regelarbeitszeit auf täglich 8 Stunden und wöchentlich 40 Stunden zu begrenzen. Mehrarbeit darf nur noch aufgrund tariflicher Regelungen zulässig sein und muß durch Freizeitausgleich abgegolten werden.“ Der von der Bezirksleitung Stuttgart der IGM entworfene Tarifvertrag zur 35-Stunden-Woche begrenzt Mehrarbeit auf 9 Stunden täglich, höchstens 10 wöchentlich während längstens 8 Wochen. Gegen die gesundheitliche Ruinierung sollen die Überstunden als Freizeitausgleich abgegolten werden.

Quellenhinweis: Audi NSU Geschäftsbericht 1981, 1982; „Metall“ Nr. 17/83; „Metall-Nachrichten“ Nr. 8, Baden-Württemberg – (bes)

IG Bau Steine Erden Gegen Abbau von Schlechtwettergeld

Kiel. Laut Haushaltsbegleitgesetz '84 der Regierung wird das Schlechtwettergeld bzw. Arbeitslosengeld oder Kurzarbeitergeld von 68% auf 63% gekürzt. Die Kapitalisten sollen die in jedem Schlechtwettermonat (November bis April) anfallenden Kosten für die ersten acht Anfallstunden selber tragen, anstatt wie bisher das Arbeitsamt. Diese Kürzungen werden begründet mit dem Zwang zur rascheren Arbeitsaufnahme und „Einsicht“ der Bauarbeiter in die Notwendigkeit, zumutbaren Ortswechsel zu vollziehen.

Was hat das für Auswirkungen? Die Kürzung beim Schlechtwettergeld für Arbeiter ohne Kinder, (Facharbeiter)-Stundenlohn 14,92 DM Lohnsteuerklasse 3, beträgt pro Ausfalltag 4,24 DM netto. Kurzarbeitergeld oder Schlechtwettergeld 7,16 DM minus

6,63 DM Kurzarbeitergeld nach dem Haushaltsbegleitgesetz = 0,53 DM × 8 Stunden, ergibt 4,24 DM Verlust.

Wenn die Kapitalisten die ersten acht Stunden Schlechtwettergeld selber tragen müssen, werden saisonbedingt noch mehr Bauarbeiter gekündigt oder aber bei jedem Wind und Wetter arbeiten müssen. Für die erzwungene Arbeitslosigkeit haben die Reaktionäre die nächste Frechheit parat. Ein Beispiel: Anspruch auf Arbeitslosengeld setzt Anwartschaft voraus – mindestens 240 Kalendertage Beschäftigungszeit innerhalb der letzten drei Jahre. Unser Facharbeiter hat einen Anspruch auf 104 Tage Arbeitslosengeld (bei einem Jahr ununterbrochener Beschäftigung). Er wird vom 2. Januar 1984 bis 21. April 1984 arbeitslos. Er erhält für 96 Tage Arbeitslosengeld. Am 5. November 1984 wird er wieder arbeitslos. Da er die Anwartschaft von 240 Kalendertagen seit dem 21. April

noch nicht wieder erfüllt hat, bekommt er nur für acht Tage Arbeitslosengeld (Restanspruch 104 minus 96 = 8), also bis zum 13.11.84. Hinzu kommt bei kürzerer Betriebszugehörigkeit weniger oder kein Kündigungsschutz, weniger Urlaubsgeld, weniger oder kein Kündigungsschutz, weniger Urlaubsanspruch beim 13. Monatseinkommen. Kürzere Beschäftigungszeit bedeutet weniger Rente, weniger oder keine ZVK-Rentenbeihilfe.

Bis Ende September sind von der IG Bau Steine Erden 300 000 Unterschriften gegen den Abbau des Schlechtwettergeldes gesammelt worden und Norbert Blüm überreicht worden. Noch auf dem Gewerkschaftstag hatte dieser dreist behauptet, daß die Absenkung des Arbeitslosengeldes sich in der Regierungserklärung nicht wiederfinden werde. Der Gewerkschaftsbeirat prüft jetzt, ob ein Streik gegen die Schlechtwettergeldregelung möglich ist. – (lus)

kann er etwa ein Jahr sein durch Arbeitslosengeld gemindertem Einkommen ausgleichen.

Bei Versetzungen auf einen bisher schlechter bezahlten Arbeitsplatz bei MAN erhält der Betroffene Verdienstausschleich, Tarifierhöhungen werden allerdings nach einem Jahr jeweils zur Hälfte auf den Verdienstausschleich anrechenbar. Bei Versetzung an einen anderen MAN-Standort wird der Umzug mit 3000 DM abgegolten, zusätzlich ein Mietausschleich für zwei Jahre bezahlt. Über 58jährige erhalten bei Kündigung pro Monat 20% des Bruttomonatsarbeitsverdienstes als Ausgleich.

Der Sozialplan und die Entlassungen werden nach wie vor hart umkämpft. Eine Einheit darüber gibt es in den MAN-Werken nicht. In Salzgitter/Braunschweig hat die IGM mit der Belegschaft trotz Unterschrift unter den Sozialplan weiter Kampfmaßnahmen organisiert und auch erreicht, daß die über 1000 Entlassungen bis März 1984 ausgesetzt sind. Die IGM in Augsburg hat am 28.10. eine Kundgebung mit 6000 Teilnehmern, darunter Delegationen aus allen MAN-Werken, durchgeführt.

Der Betriebsrat und die IGM in München haben bisher von Aktionen abgesehen, da dort offensichtlich die Meinung vorherrscht, daß mit den 400 zu entlassenden Angestellten und der Schwer-LKW-Verlagerung nach München alles gegessen sei. Er hat sich auch bislang nicht zu dem Verkauf von 287 Werkswohnungen für 24 Millionen DM an eine Schweizer Gesellschaft geäußert, was Mieterhöhungen und Verlust der Wohnung für die Werksangehörigen bedeutet. Es bringt Probleme mit sich, daß der Betriebsrat in München ziemlich weitgehend zu Zugeständnissen bereit ist, in der Hoffnung, so Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist kurzfristig angesichts der Pläne der Kapitalisten.

Dem neuen Aufsichtsratsvorsitzenden K. Götte (Allianz-Versicherung) wird nachgesagt, daß er sich genauestens in den MAN-Werken umgesehen hat, und in „Unternehmenskreisen“ geht man lt. „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.11. davon aus, daß er „zunächst einmal bei der MAN für Ruhe sorgen und sodann versuchen wird, sein Sanierungskonzept schnell zu verwirklichen“. Das wird die Belegschaft mehr als nur neue Arbeitsplätze kosten.

Wird der Kampf gegen die MAN-Sanierung auf den Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze beschränkt, führt das schnell dazu, daß eine Belegschaft gegen die andere ins Feld geführt wird. So forderte der Münchner Betriebsratsvorsitzende auf einer Betriebsversammlung, daß die Stadt keine Mercedes-Busse mehr kauft, und der Vertrauenskörper-Vorsitzende begrüßte

GHH/MAN-Sanierung

Kapitalisten verlangen Opfer für den „Erhalt von Arbeitsplätzen“

München. „Profit-Center“ nennt es das „Handelsblatt“, was der Gute-Hoffnungshütte- und der MAN-Konzern gegenwärtig aufziehen: Verlagerung des Dieselmotorenbaus aus Augsburg zu der MAN-eigenen B&W Diesel A/S in Kopenhagen, Verlagerung des Schwer-LKW-Baus von Salzgitter nach München, Rationalisierung mit McKinsey, CAD/CAM, Personalüberwachung mit Paisy – der Effekt: nach Angaben des Konzerns 2500 Arbeitsplätze überflüssig, nach Schätzung der IG Metall mindestens 5000. Der Gesamtbetriebsrat stimmte im Oktober

einem Sozialplan zu, der im Geldvolumen gegenüber der bisherigen Abfindungsregelung Vorteile hat.

Die Abfindungssumme errechnet sich aus: Lebensjahre × Dienstjahre × Bruttomonatsarbeitsverdienst: 105, plus ein Grundbetrag für alle von 3000 DM, plus 1000 DM pro auf der Lohnsteuerkarte eingetragene(n) Kind, die Höchstabfindungssumme kann nicht mehr als 18 Bruttomonatsgehälter betragen. Für einen Arbeiter im Zeitlohn mit LG 6, 30 Jahre alt, 5 Jahre bei MAN beschäftigt, 1 Kind, macht das knapp 7000 DM an Abfindung, damit



Senkung im „Gemeinkostenbereich“: Durch Einführung rechnergesteuerter Prüfprogramme werden Kontrolleure ersetzt.

eher die LKW-Verlagerung von Salzgitter nach München, weil damit die Arbeitsplätze in München gesichert seien.

Gegen einen Redebeitrag einer Arbeiterin, die angriff, daß es den Hauptaktionären, der Allianz, Commerzbank und Familie Haniel bei den Entlassungen um die Steigerung der Profite geht, wandte sich der Betriebsratsvorsitzende. Das Kapital der Allianz stamme von kleinen Leuten, und es sei in deren Interesse, wenn diese „gut“ damit umgehe. „Gut“ heißt profitabel – also weiter Kapitalexpert in Billiglohnländer, weiter Rationalisierung, weiter Entlassungen, um der Konkurrenz Marktanteile abzugeben. Das Interesse der Belegschaften ist aber nicht, daß es den Aktionären gut geht, sondern daß sie einen Lohn haben, der zum Leben reicht, und die, die keine Arbeit haben, nicht ins Elend gedrückt werden. Der Konzern steht bis 31.12. unter Lieferdruck – der Betriebsrat könnte da einiges in puncto Sozialplan rausholen und gleichzeitig auch zeigen, daß die Belegschaft nicht alles in Kauf nehmen wird, was noch auf sie zukommt. – (dar)

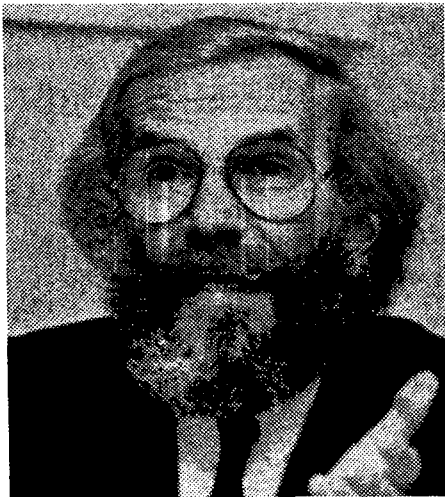
VAW Hannover **Die Entlassungen sind zurückgezogen worden**

Hannover. Die Unternehmensleitung der bundeseigenen Vereinigten Aluminium-Werke AG (VAW) hatte Ende August dem Betriebsrat des Zweigwerkes Hannover Vorschläge zur Herabgruppierung der meisten Belegschaftsmitglieder auf den Tisch gelegt. Es ging um Lohnsenkungen zwischen 200 und 500 DM. Gegen diese Vorschläge der von Arbeitsdirektor Huthoff eingesetzten Kommission hatten am 1. September Hunderte für über zwölf Stunden die Arbeit niedergelegt.

Als Folge dieses Streiks erhielten die Betriebsräte H.-J. Kuck und W. Minninger die fristlose Kündigung, da Arbeitsdirektor Huthoff ihnen eine führende Rolle beim Streik zum Vorwurf machte. Sechs leitende Mitarbeiter und Ausbilder wurden auf weniger qualifizierte Arbeitsplätze versetzt, über 600 Streikende erhielten eine schriftliche Abmahnung mit der Androhung von Schadensersatzforderungen für den Produktionsausfall, und zehn Betriebsratsmitglieder sollten auf Antrag der Geschäftsleitung vom Amtsgericht ihres Amtes enthoben werden.

Nach mehreren Verhandlungen zwischen einem Mitglied der Personalleitung aus Bonn, dem Landesverband

der Arbeitgeberverbände, der IG Metall sowie einem Rechtsanwalt als Vertreter des Betriebsrates einigte man sich am 30.10. auf einen außergerichtlichen Vergleich, dem am 2.11.83 der VAW-Vorstand Bonn ebenfalls zustimmte: Die beiden Betriebsräte Kuck und Minninger werden nicht entlassen, sämtliche Betriebsratsmitglieder bleiben weiterhin im Amt. Die Abgruppie-



Arbeitsdirektor Alfred Huthoff

rung der sechs leitenden Angestellten, darunter vier Ausbilder, wird rückgängig gemacht. Sämtliche Schadensersatzforderungen gegenüber den Streikenden werden zurückgenommen. Der VAW-Vorstand gab eine Rücknahmeerklärung für sämtliche noch vor dem Arbeitsgericht anhängigen Verfahren ab. Nach der Presseberichterstattung erhalten die Betriebsräte eine Abmahnung – auf zwei Jahre befristet – für Verhalten beim Streik, in der auch ein Verbot der Wiederholung eines Streiks enthalten sein soll. In Hannover soll eine paritätisch besetzte Kommission gebildet werden, die untersuchen wird, wie und in welchem Umfang eine Neugliederung der Lohngruppen vorgenommen werden kann. Offenbar ermutigt, hat der Vorstand jetzt angekündigt, eine Überprüfung der Tarifgruppen im Angestelltenbereich vorzunehmen. – (wog)

Kommunalkongreß **Höhere Werte, damit** **„Opfer einen Sinn haben“**

München. „Den Bürgern Heimat geben“ war das Motto des Bundeskongresses der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU (KPV) am 20. bis 22. Oktober in München. Trotz Aufmarsch von vier Bundesministern – Geißler, Schneider, Stoltenberg, Zimmermann – als Hauptreferenten hatte der Kongreß keine gute Presse. Die „Süddeutsche Zeitung“ urteilte:

„Inhaltlich gesehen, taten sich die Redner aus Bonn jedenfalls sehr schwer, den KPV-Vertretern begründete Hoffnung auf einen finanziellen Aufschwung der Städte und Gemeinden zu machen.“

Sachlich Neues konnten die Minister auch nicht bieten. Sie propagierten die bekannten Unionsforderungen: Zimmermann die Zuzugsbeschränkung und „Förderung der Rückkehrbereitschaft“ der Ausländer, „Integration“ von Ausländern nur, wenn sie die Grundwerte der Verfassung anerkennen, „auf übersteigerte nationalreligiöse Verhaltensweisen“ verzichten und sich „an mitteleuropäischen Bildungsmaßstäben orientieren“. Durch Unterbringung von Asylbewerbern in Gemeinschaftsunterkünften und Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt in Sachleistungen hätten die Kommunen „einen ganz wesentlichen Beitrag“ zur Senkung der Asylantenzahlen geleistet.

– Schneider will durch Förderung von Wohnungseigentum „die Selbstverantwortung und Eigeninitiative der Familien“ stärken und ihnen so „größere Sicherheit und Unabhängigkeit“ verschaffen. „Der Staat soll in erster Linie Rahmenbedingungen schaffen, die die private Initiative und Leistungsbereitschaft fördern.“ Für Bevölkerungsgruppen, „die sich trotz eigener Anstrengungen am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können“, reicht ihm „Erhaltung des vorhandenen kostengünstigen Sozialwohnungsbestandes als Versorgungsreserve und im Rahmen der Subjektförderung das Wohngeld“.

– Geißler will „eine Gesellschaft, in der wieder alte Tugenden – man kann auch sagen: christliche Tugenden – zu Elementen der Politik werden: Mehr Eigenverantwortung, mehr Hilfe zur Selbsthilfe, Subsidiarität, Nächstenliebe, Solidarität“, um „von diesem kollektivistischen bürokratischen Trend unserer Gesellschaft wieder hinzulenken zu einer menschlichen Gesellschaft“. Also Krankenhäuser, „die nicht den stationären, den apparativen Leistungen das Übergewicht (geben) gegenüber den personalen Leistungen“, Pflege in und durch die Familien statt im Pflegeheim, Unterhaltung von bedürftigen Alten durch Verwandte „zweiten oder entfernten Grades“ statt durch den Steuerzahler via Sozialhilfe.

Sachlich also nichts Neues. Aber zur Begründung nicht mehr nur „Gesundung der Wirtschaft“, sondern vor allem höhere Werte, von christlich bis rassistisch. Heiner Geißler: „Die Menschen sind ja bereit, Opfer zu bringen, ... wenn sie davon überzeugt sind, daß diese Opfer einen Sinn haben.“ Mit dieser Propaganda tut sich ein erheblicher Teil der bürgerlichen Presse offenbar noch schwer. – (pek)

Graue Wölfe

Türkische Antifaschisten angeklagt: Gericht zielt auf hohe Freiheitsstrafen

Hannover. „Türkenkrawalle“ und „Türkenprozeß“ sind die Stichworte, unter denen die Presse über ein Verfahren vor der großen Strafkammer des Landgerichts berichtet. Den beiden angeklagten Antifaschisten Hasan und Orhan Öner wird „versuchter Totschlag, schwerer Landfriedensbruch“ vorgeworfen. Sie waren am 21.5.83, ebenso wie 25 weitere, bei einer Protestaktion gegen eine Veranstaltung der faschistischen türkischen Partei MHP, besser bekannt unter dem Namen Graue Wölfe, von der Polizei verhaftet worden (vgl. Pol. Ber. 11/83 und 21/83). Unter dem Tarnnamen „Idealistenverein“ hatten die Grauen Wölfe einen Saal der Stadthalle gemietet. Polizeipräsident und Oberbürgermeister lehnten ausdrücklich ein formgerecht beantragtes Verbot der Veran-



Vor der hannoverschen Stadthalle. Im Hintergrund die Faschisten.

staltung bzw. eine Auflösung des Mietvertrages ab. Unter dem Vorwand, den Faschisten Zugang zu verschaffen, löst die Polizei die Demonstration auf. Seither werden H. und O. Öner, Vater und Sohn, in Haft gehalten. Die Haftentlassung wurde immer wieder mit der „Schwere des Vorwurfs“ abgelehnt, der zuständige Staatsanwalt äußerte in der Presse: Eine Verurteilung wegen versuchten Totschlags müsse nicht Ergebnis der Verhandlung sein – „die Angeklagten müßten sich nur zu den Vorwürfen äußern“. Dieses Dringen auf „sich äußern“ ist eine besondere Gemeinheit der Staatsanwaltschaft. Gemeint sind damit Reueerklärungen. Kein „öffentliches Interesse“ bestehe an Bestrafung, falls die Angeklagte K. erkläre, „sie wolle es nicht wieder tun“, lockte der Staatsanwalt. Sie er-

klärte das nicht und wurde verurteilt, weil der Richter nicht „an ein gemeinsames Demokratieverständnis“ glaubte. Gegen Abgabe einer „Erklärung“ und 500 DM „Buße“ wurde das Verfahren gegen H. am 4.11. eingestellt.

Bis zu einer Stunde Wartezeit, Personalienkontrolle, Taschen ausleeren, Leibesvisitation sind der Eintrittspreis für Besucher des „Öner-Prozesses“. Im Nebenraum des Gerichtssaals sitzen ca. 20 Polizisten im Kampfanzug. Alles Teil der vom Richter erlassenen „Sicherheitsverfügung“. Ständig droht Richter Kausch mit dem Ausschluß der Öffentlichkeit, vier Stunden lang wurde sie bisher ausgeschlossen.

Kurzer Prozeß, vier Verhandlungstage für 13 Zeugen der Anklage, war der Plan des Gerichts. Als die Verteidiger auch Fragen an den Zeugen hatten, verlegte sich das Gericht auf Verschleppung des Prozesses. Einmal wird die Verhandlung nach einer Stunde abgebrochen, weil der Richter wegen Grippe „verhandlungsunfähig“ ist, ein andermal, weil die Schöffin Kopfschmerzen hat. Ungefähr 15–20 Fragen kann die Verteidigung an den ersten Zeugen in den ersten fünf Ver-

handlungstagen stellen. 2/3 davon wurden als „unzulässig“ mit der pauschalen Begründung „ohne erkennbaren Zusammenhang zur Anklage“ abgelehnt. Ein Beispiel: Der Zeuge, damaliger Polizeieinsatzleiter, läßt durchblicken, daß er dem Gericht unbekannte Notizen bei sich hat.

Frage Rechtsanwalt: „Können Sie uns das Schriftstück vorlegen?“

Richter: „Das ist ein persönliches Schriftstück, das brauchen Sie nicht vorzulegen.“

Rechtsanwalt: „Herr Zeuge, ist es ein persönliches Schriftstück?“

Richter: „Frage unzulässig.“

Etwas später, Zeuge: „Es handelt sich um innerdienstliche Vermerke und einen Verlaufsbericht.“

Es gehe schließlich nur darum, „ob ein Türke einen Polizeibeamten niedergeschlagen habe“, begründet der Vorsitzende Richter diese Verhandlungsführung. Der entsprechende Befangenheitsantrag wurde abgelehnt. Hasan Öner trat aus Protest eine Woche lang in den Hungerstreik. Das Gericht weigerte sich, „unzulässige“ Themenkomplexe zu benennen, drohte aber an, bei weiteren „unzulässigen“ Fragen den Wahlverteidigern das Fragerecht zu entziehen und Pflichtverteidiger beizuordnen. Einer der beiden Wahlverteidiger wurde daraufhin Pflichtverteidiger, durfte aber nur noch *schriftlich eingereichte* Fragen stellen. Am siebten Verhandlungstag verläßt das Gericht den Saal, weil es

Die Rechtslage: Verbot faschistischer Veranstaltungen ist zwingend! Das Gericht: „Unerheblich“!

Als „unerheblich“ wies das Gericht einen Beweisantrag im ersten „21.5.-Prozeß“ zurück, in dem die Rechtswidrigkeit einer Duldung der Grauen Wölfe-Veranstaltung nachgewiesen wurde. Für die Forderung „Verbot aller faschistischen Betätigung“ ist die Argumentation des Antrages von grundsätzlicher Bedeutung. Im folgenden einige Auszüge:

„... Der Polizeieinsatz gegen die Gegendemonstranten war daher generell rechtswidrig ... (Mit Art. 139 GG) werden nationalistische und faschistische Bestrebungen ausdrücklich einem Sonderrecht unterstellt. Als solches gelten die Prinzipien des Potsdamer Abkommens vom 2.8. 1945 ... (und das) auf dem Potsdamer Abkommen beruhende Kontrollratsgesetz Nr. 8



21.5.83: Graue Wölfe marschieren ein, Antifaschist wird verhaftet.

sich die Ausführungen der Rechtsanwälte „nicht mehr anhören will“. Nach Rückkehr nimmt der Richter nicht mal mehr schriftliche Anträge von den Rechtsanwälten an. Das Gericht bricht die Sitzung ab.

Insgesamt sind bisher 18 Anklagen erhoben worden. Ungefähr zehn davon zielen auf hohe Freiheitsstrafen ab. Vorwürfe sind u.a. „schwere Körperverletzung“, „schwerer Landfriedensbruch“. Die Zusammenlegung der Verfahren wurde ausnahmslos abgelehnt. Alle „Zeugen“ sind Polizisten. Die übrigen Verfahren sind gekennzeichnet von der exzessiven Auslegung des Vorwurfs „Nötigung“. „Die Vernichtung zahlreicher Menschenleben durch die Baader-Meinhof-Bande“ zeigte, wohin es führen würde, wenn „politische Meinungen mit Gewalt durchgesetzt werden sollen. Und Gewalt übt schon aus, wer mit einer Menschenkette einen Saaleingang blockiert“. So der Staatsanwalt im Prozeß gegen S. am 28.10. Das beantragte Urteil, 20 Tagessätze à 18 DM, wurde gefällt.

Erst schwach entwickelt ist bisher die Solidaritätsbewegung, insbesondere in den Gewerkschaften. Solidaritätsadressen sollten an die 5. Strafkammer des Landgerichts Hannover, Volgersweg 1, und die im Quellenhinweis genannte Adresse gesandt werden.

Quellenhinweis: Prozeßinfo 1-7; Graue Wölfe in Hannover - Dokumentation, 1,50 DM, herausgegeben vom „Solidaritätskomitee 21. Mai“ c/o Denecke, Raschplatzpavillon, Lister Meile 4, 3000 Hannover - (Mak)

vom 30.11. 1945. (Dort) wird verboten, „schriftlich, mündlich oder anderweitig betriebene Propaganda oder Agitation, die darauf abzielt, militärische oder nationalsozialistischen Geist oder derartige Einrichtungen zu erhalten, wieder ins Leben zu rufen oder zu fördern.“

... Für ein Ermessen der Behörde bei der Zulassung faschistischer Veranstaltungen ist kein Raum ... In Übereinstimmung mit den über Art. 139 GG fortgeltenden Prinzipien des Potsdamer Abkommens usw. erklärte die Bundesregierung bereits am 31.7. 1970 gegenüber den Vereinten Nationen:

... Das ausdrückliche Verbot von nazistischen Organisationen und der Tatsache, daß man nazistischen Tendenzen vorbeugt, folgen gleichermaßen aus den Grundgesetz und zwar in der Richtung, daß die von den Alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist ...“

ÖTV-Veranstaltung Wehrgerichtsbarkeit im Dritten Weltkrieg

Ulm. Diente die Bundeswehr wirklich der Abschreckung, wären keine Kriegsgerichte an der Front erforderlich, die Zivilgerichte im Land würden ausreichen, folgerte Richter Vultejus, Mitglied des Bundesvorstands der ÖTV-Fachgruppe Richter und Staatsanwälte in seinem Vortrag auf einer Veranstaltung der ÖTV in Ulm im Rahmen der Friedenswoche. Er ist diesen Kriegsge-



Deutsche Justiz: stets zu treuen Diensten, gestern wie morgen

richten seit längerem auf der Spur. Der Bundesvorstand dieser ÖTV-Fachgruppe lehnt eine Wehrgerichtsbarkeit ab und fordert daher die Streichung des Art.96, Abs.2 des GG, der die Möglichkeit ihrer Einrichtung vorsieht. Richter Vultejus versucht im Bundestag eine solide Basis zu gewinnen, um diese „verfassungswidrigen Vorgänge“ zum Diskussionsgegenstand zu machen.

Obleich der Bundestag bis heute niemals einen Gesetzentwurf für die Bildung von Wehrgerichten vorgelegt bekam, es daher ein solches Gesetz in der BRD nicht geben kann, stehen seit 1962 ca. 900 Richter, Staatsanwälte und Justizbeamte für den Kriegsfall bereit und werden in Seminaren bei der Truppe durch die Lösung von fiktiven Fällen nach völlig ausformulierten Gesetzestexten geschult. Auch die Ex-Justizminister Jahn und Vogel haben an derartigen Geheimübungen teilgenommen. Für ihre gefällige Bereitschaft kassieren die künftigen Kriegsrichter heute monatlich zusätzlich 80 DM, im Kriegsfall erhöht sich dieser Sold auf 600 DM/Monat.

Eingesetzt werden nur die sich freiwillig meldenden Richter der Truppendienstgerichte und der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Nicht zugelassen sind

alle anderen Zweige (z.B. Arbeitsrichter) und Frauen, da letzteren der Kombattantenstatus nicht zuerkannt werden könne. Der Richter soll also Teil der kämpfenden Truppe sein und den Rang eines Brigadegenerals bekleiden. Schon heute trägt er den Einberufungsbefehl für den Tag X in der Tasche und hat für die kommende Nachkriegszeit auch schon ausgesorgt: dieses „Gesetz“ garantiert ihm das Recht auf eine spätere bevorzugte Einstellung in den öffentlichen Dienst.

Eine Kriegsgerichtsinstanz besteht aus einem Berufsrichter und zwei Militärschöffen (1 Offizier und 1 Dienstgrad des Angeklagten), die vom Kommandeur der Einheit ausgewählt werden. Soldaten unter dem Dienstgrad des Angeklagten dürfen dem Prozeß nicht beiwohnen. Im Bedarfsfalle prüft das Oberwehrgericht als 2. Instanz schriftlich, ob wesentliche Bedenken gegen das Urteil der 1. Instanz bestehen. Rechtsmittel durch den Angeklagten gegen das Urteil sind ausgeschlossen. Beweisanträge werden nur dann zugelassen, wenn sie nicht zur Verzögerung des Verfahrens führen. Die Ladungsfrist beträgt ganze 12 Stunden, die Berufungsfrist 2 Tage, und schließlich kann jeder Soldat nach vollendetem 21. Lebensjahr als Pflichtverteidiger eingesetzt werden.

In diesem ominösen Gesetz, dessen einzige „rechtliche“ Grundlage ein bewilligter Haushaltstitel ist, gibt es keine Strafbestimmung gegen das Verheizen von Untergebenen. Die Todesstrafe ist bis jetzt noch nicht vorgesehen. Jedoch hat der neue Verfassungsrichter R. Herzog in einem Aufsatz bereits dargelegt, daß ihre Einführung verfassungsgemäß sei. Und Kriegsgerichte ohne die Möglichkeit, die Todesstrafe zu verhängen, sind tatsächlich relativ wirkungslos. Schöpfer dieses Werks ist ein ehemaliger Staatsanwalt am NS-Sondergericht in Innsbruck, heute Ministerialdirigent im Bundesjustizministerium, also ein Fachmann. - (tfr)

Ausländische Arbeiter Arbeitsamt verweigert Arbeitslosenhilfe

Hamburg. Wie bereits in „Politische Berichte“ Nr. 22/83, S. 3 berichtet, sorgt das Arbeitsamt Hamburg seit April 1983 durch Ablehnung von Arbeitserlaubnisanträgen dafür, daß keine offene Stelle, die mit einem westdeutschen Arbeiter oder einem aus EG-Staaten besetzt werden kann, an einen Nicht-EG-Ausländer geht. Darüber hinaus liefert die Nichterteilung der Arbeitserlaubnis die gesetzliche Handhabe, um Arbeitslosenversiche-

rungsansprüche der ausländischen Lohnabhängigen zu beseitigen. Ausländern, die einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe stellen, verweigert das Arbeitsamt seit einigen Monaten die Zahlung mit folgender Begründung: „Ihrem Antrag ... kann nicht entsprochen werden ... Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich ... für Sie als verschlossen erwiesen. Trotz einjähriger Vermittlungsbemühungen ließ sich für Sie keine Dauerbeschäftigung finden, für die Ihnen eine Arbeitserlaubnis erteilt werden kann.“ So einfach ist das: keine Arbeitserlaubnis = keine Dauerbeschäftigung = keine Arbeitslosenhilfe (und mit der Begründung kann auch das Arbeitslosengeld gestrichen werden).

Bekanntlich vergeht kaum ein Tag, an dem sich Vertreter der Kapitalistenverbände, Regierung oder Parteien nicht über zu hohe Sozialversicherungsleistungen beschweren. Es spricht also viel dafür, daß derzeit die Beseitigung von Arbeitslosenversicherungsansprüchen im großen Stil eingeleitet wird. Zwecks Spaltung wird dabei wahrscheinlich schön abgestuft vorgegangen. Jetzt, gewissermaßen als Test, ist der rechtloseste Teil der Lohnabhängigen dran. Dann, bei fehlender Gegenwehr der gesamten Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, vielleicht die Behinderten, Männer über 50, Frauen, die nur 20 Stunden pro Woche arbeiten können, usw. Die dafür nötigen Gesetzesbestimmungen sind eh längst vorhanden. Die obige Entscheidung des Arbeitsamtes beruht auf den §§ 134 und 103 Arbeitsförderungs-gesetz. Wie das Arbeitslosengeld wird Arbeitslosenhilfe danach nur demjenigen gezahlt, der der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht (oder, wie es im obigen Schreiben des Arbeitsamtes heißt: dem der Arbeitsmarkt nicht verschlossen ist). Nicht zur Verfügung steht, wer eine zumutbare Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes nicht ausüben kann und darf. Und genau das kann auf jeden zutreffen! - (bab)

Umweltschutz „Investitionshindernis abbauen!“

Düsseldorf. „Opfer von Industrie und Verbrauchern“ verlange das neue Umweltprogramm, so Ministerpräsident Rau im Landtag. Tatsächlich kann von Opfern der Industrie keine Rede sein, sondern ist das gesamte Konzept, das 1984 verabschiedet werden soll, unter erheblichem Druck der Großindustrie und der CDU zustande gekommen. Schon 1982 reagierte die Landes-SPD

auf Forderungen der Bleihütten und Metallwerke mit dem „Abstandserlaß“, der die Ansiedlung direkt neben den Wohnungen der Arbeiterbevölkerung ermöglicht und eine noch größere Schwermetallbelastung für diese nach sich gezogen hat.

92% der Braun-, 90% der Steinkohle, 50% der elektrischen Energie, 75% Stahl und Eisen, 42% aller chemischen Produkte der BRD werden heute in NRW produziert. Krankheitsuntersuchungen deuten darauf hin, daß die Verschmutzung der wesentlichsten Grundstoffe Luft und Wasser schon sehr weit gediehen ist. Mit der Propaganda „Interessenausgleich zwischen den Belangen der Wirtschaft und den Erfordernissen eines intakten Naturhaushalts“ als Leitlinie legt die SPD fest: „Die Kosten sind nicht allein dem Verursacher anzulasten.“ Eine „breite Kostenverteilung“, sprich höhere Gebühren, wird angestrebt. Beschlossen werden soll der „Waldpfennig“, von den Niedrigverdienenden genommen, der Großindustrie wie Rheinbraun als Investitionshilfen gegeben. Die Subventionierung zweier Bleihütten soll fortgesetzt werden, obwohl die Belastung durch die Bleihütte im Raum Stollberg größer geworden ist und sogar die Nahrungsmittelproduktion unmöglich macht.

Umweltschutzausgaben als „Investitionshindernis“ abzubauen, hatten CDU und SPD schon 1982 als Ziel genannt. Ausnahmegesetze und Sonderregelungen für die Großindustrie werden mehr als bisher angestrebt. Beispiele aus den letzten Jahren: Erstens: Die Scholl KG, ein Ableger von Rheinbraun, darf in einer „Wasserschutzzone“ in der Nähe des Wasserwerks in Rösrath u.a. große Mengen Chrom ins Grundwasser leiten. Zweitens: Für eine lächerliche Gebühr von 37851 DM erteilte 1981 die Landesregierung Bayer die Erlaubnis, jeden Monat 38000 t Sulfate und 35000 t Chloride in den Rhein zu schütten. Drittens: ESSO erhält 1982 eine bis 1987 befristete „Ausnahmegenehmigung von Umweltauflagen“ zur „Verbesserung der Produktionsbedingungen.“

Bei Mehrbedarf an öffentlichem Trinkwasser soll dieser nicht aus dem qualitativ besseren Grundwasser entnommen werden (75% fördert die Industrie), sondern aus neuen und teuren Talsperren. Stärkere Verlagerung der Kosten und Folgekosten der Industrie auf die ärmeren Haushalte ist nach diesem Umweltprogramm der Landes-SPD zu erwarten. Oppositionsführer Worms (CDU) stellt deshalb auch bei der SPD einen „erfreulichen Lernprozeß“ fest, da „verschiedene Programmpunkte bereits in einem Landes-Antrag der CDU enthalten seien“.

Quellenhinweis: Umweltprogramm und Grundlagen NRW, Oktober 1983 - (dam)

Kommunalwahlen 1984 In Augsburg keine grün- alternative Liste

Augsburg. Die Bemühungen, zu den Kommunalwahlen in Bayern am 18. März 1984 eine gemeinsame Liste der Grünen und Alternativen zu bilden, sind gescheitert. Die DKP hatte im Juli den Grünen, den Liberalen Demokraten (der sozialliberalen Abspaltung aus der FDP) und der Alternativen Liste (AL) den Vorschlag einer Listenverbindung mit folgenden thematischen Schwerpunkten unterbreitet: Frieden, Umweltschutz, Ausbildung, Frauenrechte. Die Tatsache, daß dieser DKP-Vorschlag weit eher die Lokalpresse erreichte als die angeschriebenen Parteien, reichte diesen zur Ablehnung des Vorschlags.

In der Alternativen Liste, die sich vor knapp einem Jahr zusammenge-funden hat, waren zunächst die Meinungen über eine eigene Kandidatur geteilt. Eine knappe Mehrheit sprach sich dagegen aus, da die Gruppe programmatisch noch nicht weit genug sei.

Die Grünen bereiteten ihre Kandidatur in Arbeitskreisen vor und gaben bekannt, daß über endgültige Wahlplattform und Kandidatenliste in einer öffentlichen Versammlung Ende Oktober entschieden würde. Es wurde auch festgelegt, daß sich Vertreter von Bürgerinitiativen und von der AL um Plätze auf der Liste bewerben könnten. Daraufhin konzentrierte die AL ihre Absichten darauf, einige Punkte des Programmtextes ändern zu lassen und den 3. Platz der Liste zu erhalten, den sie als den letzten einigermaßen sicheren Platz betrachtet (der Augsburger Stadtrat hat 60 Sitze). Weder zur Programmänderung noch zur Überlassung von Platz 3 fanden sich die Grünen bereit. An weiter hinten liegenden Plätzen hatte die AL kein Interesse, wie sich auch kein Vertreter einer Bürgerinitiative, der nicht bei den Grünen organisiert ist, um einen Platz bemühte. Das politische Spektrum, das nun durch die Liste der Grünen repräsentiert wird, ist daher sehr klein und eher konservativ-ökologisch bestimmt. Daher gibt es jetzt in der AL Überlegungen, gemeinsam mit den Liberalen Demokraten zu kandidieren, die inzwischen ihre Kandidatur angemeldet haben.

In ihrem Wahlprogramm sind die Grünen sehr beredt in Sachen Müll, Luft, Energie, Gesundheit, aber beunruhigend knapp in punkto Haushalt und Finanzen. So äußern sie sich überhaupt nicht zum Hebesatz für Grund- und Gewerbesteuer und zur Gebührenpolitik der Stadtwerke. - (mil)

„Mehr Leistung um zu sparen?“ – Jede Intensivierung und Lohnsenkung muß abgelehnt werden

Braunschweig. Wie lange müßt Ihr als Gebäudereiniger bei der privaten Firma arbeiten und was bekommt Ihr dafür?

Ich arbeite wie viele Frauen bei uns zwei Stunden am Tag ohne Steuerkarte für 7,60 DM die Stunde. Der Tarif ist eigentlich 8,41 DM die Stunde, aber da hätte ich nur etwas über 5 DM netto, wenn ich halbtags arbeiten würde.

Und was ist mit den Sozialleistungen?

Ja, da kriegen wir nichts. Wenn du krank wirst, gibt's nichts, Rente auch nicht, Betriebsrenten gibt es sowieso nicht. Die zahlen oft nicht mal die tariflichen Sachen. Selbst in den Bereichen, wo ganztags gearbeitet wird, gibt es keine Überstundenbezahlung und keine Erschwerniszuschläge, obwohl die tariflich vereinbart sind. Wenn ein Kollege krank wird, müssen die anderen die Arbeit unentgeltlich mitmachen. Bei einem Kollegen haben sie neulich 10% der Arbeiter entlassen und der Rest soll jetzt die ganze Arbeit machen, ohne einen Pfennig mehr. Aber die haben auch keinen Betriebsrat.

Ist die Arbeit denn zu schaffen?

Wenn du dich ranhältst, schaffst du es. Aber ich mach' ja auch nur zwei Stunden. Aber zweimal zwei Stunden mach' ich schon deshalb nicht, weil ich dann fast sechs Stunden unterwegs wär'. Die Fahrzeit zwischen den Arbeitsorten bezahlen die doch nicht, nur die nackte Arbeitszeit. Wenn man bedenkt, daß wir 10% weniger als Tarif kriegen, aber normalerweise auch um die 10% krank sind, sind wir praktisch um unsere ganzen Versicherungsbeiträge betrogen, auch was die Firma zahlen muß. Das wäre $\frac{1}{3}$ mehr. Und der Staat unterstützt das durch die Steuern, wenn man mehr als rund 400 DM im Monat hat. Viele von denen, die länger arbeiten, haben doch schon Rückenschmerzen. Bei der Reinigungsfirma, die hier vorher war, waren sogar 70-jährige Frauen dabei, die teilweise 30 Jahre hier gearbeitet haben, um zurechtzukommen. Dann kam die Ausschreibung und unsere Firma hatte gewonnen. Deshalb sind jetzt fast nur noch Frauen im jüngeren und mittleren Alter hier.

Warum machst Du die Arbeit hier?

Na gern mach' ich die bestimmt nicht, aber wir brauchen Geld, sonst kommen wir einfach nicht hin. Da wo ganztags gearbeitet wird, sind neben den Ausländern jetzt auch viele Gelernte dabei.

Unter den Schlagzeilen „Mehr Leistung, um zu sparen“ und „Keine Reinigungskraft wird entlassen“ versucht die bürgerliche Presse in Braunschweig, das Programm der Dienstaufsicht nach Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit bei der Gebäudereinigung als tragbar zu verkaufen. Bei der Schulgebäudereinigung sollen als erster Schritt von derzeit 10,8 Mio. DM 4,1 Mio. DM „eingespart“ werden: 1. Durch Erhöhung des privatisierten Anteils von 20% auf ein Drittel (Einsparung 0,7 Mio. DM), von 266 städtischen Stellen entfallen dadurch 45; 2. Durch Umstellung auf 2-Tage-Turnus (Einsparung 2 Mio. DM) entfallen weitere 44 Stellen; 3. Durch Erhöhung der Leistung der städtischen Bediensteten von bisher 160 qm/Std. auf 200 qm/Std. im Durchschnitt (Ein-

gegenüber 10,49 DM im öffentlichen Dienst; außerdem zahlen sie keine vermögenswirksamen Leistungen, keine Betriebsrente, kaum soziale Aufwendungen u.a.m., sofern sie überhaupt die tariflichen Leistungen zahlen (vgl. Interview); Zweitens haben sie die Leistung von 160 qm/Std. hochgeschraubt, selbst die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung geht von 160 qm/Std. als Durchschnitt aus und das bedeutet, daß darüberhinaus nur noch wenig Reserven vorhanden sind. In Bremen sind 120 qm/Std. bei den Schulen Durchschnitt. Drittens erhalten die städtischen Kräfte 52 Wochen lang ihre Löhne (39 Schulwochen, sechs Wochen Ferien, zweimal Grundreinigung im Jahr), die Privatfirmen zahlen nur 48 Wochen Lohn aus (39 Schulwochen, 3



In verschiedenen Bereichen hat die ÖTV auch die Rücknahme von Privatisierungen erreichen können.

sparung 1,4 Mio. DM) entfallen weitere 40 Stellen. Wie „ausgewogen“! Als zweiter Schritt sollen weitere Privatisierungen vorgenommen werden.

Nachdem das Gewebesteueraufkommen in Braunschweig durch den Wegfall der Lohnsummensteuer um 20 Mio. DM verringert ist und auch VW-Leasing einen städtischen Investitionszuschuß von acht Mio. DM erhalten hat, „läßt jetzt die prekäre Haushaltslage keine andere Wahl, als die angestrebten Einsparungsmaßnahmen sobald als möglich einzuleiten“ (Ausschußvorlage vom 22.2.83). Privatisierung der gesamten Schulreinigung ist das Ziel, da die Privatfirmen angeblich um 38,7% billiger sind. Erstens zahlen sie nur einen Tariflohn von 8,41 DM

Wochen bezahlten Mindesturlaub, 6 Wochen insgesamt für Grundreinigung).

Die Proteste der ÖTV gegen die Privatisierung insbesondere wegen der „sozialpolitischen Aspekte“ läßt die Verwaltung nicht stehen. Die für die Stadt tätigen Betriebe hätten ihre Beschäftigten alle sozialversichert; es gäbe bei Privatreinigungen nicht mehr Klagen als bei der Säuberung in Eigenregie“ (BZ 4.5.83). Abgesehen davon, daß es nicht stimmt, daß alle Beschäftigten der für die Stadt tätigen Betriebe sozialversichert sind, wird von der Dienstaufsicht unterstellt, daß Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit zur Durchsetzung der „Sparziele“ gerechtfertigt sind. Das sind in dieser Of-

Gewerkschaftliche Beschlüsse gegen Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen

In Niedersachsen führen z.Zt. die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und der DGB eine breite Kampagne gegen die Privatisierungspolitik der Wirtschaftsministerin Breuel (CDU), die vorerst in einer Kundgebung „gegen Sozialabbau durch Privatisierung“ am 19.11.83 in Hannover mündete. Die ÖTV-Mitglieder und -Funktionäre wurden aufgefordert, die Kundgebung (mit den Vorsitzenden von DGB, ÖTV, DPG, GdED) durch örtliche Pressearbeit, betriebliche und überbetriebliche Versammlungen, Informationsstände etc. vorzubereiten.

Die ÖTV legte mit Band 13 der Schriftenreihe „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“ im September eine umfangreiche Untersuchung über Stand und Auswirkungen der Privatisierung in Niedersachsen vor (vgl. Pol. Ber. 21/83, S. 21). Zwar wird die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen von allen DGB-Gewerkschaften abgelehnt, die Begründungen hierfür sind aber unterschiedlich.

Der letzte DGB-Bundeskongress beschloß im Mai 1982: „... bekräftigt noch einmal seine Ablehnung

jedlicher Tendenz zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Er fordert die politisch Verantwortlichen ... auf, ihre Entscheidung an der Erkenntnis auszurichten, daß die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen sozialstaatlichen Grundsätzen zuwiderläuft“.

Auf die Folgen der Privatisierung bezüglich Lohnhöhe, Arbeitsintensität und Sozialleistungen wird nicht eingegangen.

Der Beschluß des letzten ÖTV-Gewerkschaftstages (Juni 1980) reißt das Problem nur an:

„Es ist somit deutlich, Privatisierung führt in den meisten Fällen nicht zur billigeren Aufgabenerledigung, der Einfluß und die politische Kontrolle der öffentlichen Hand gehen verloren und nicht zuletzt haben die dort Beschäftigten erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen.“

Diese Nachteile treten allerdings bei der gewerkschaftlichen Argumentation gegen konkrete Privatisierungsmaßnahmen mehr in den Vordergrund.

So beschloß z.B. die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV in Braunschweig am 24.10.83, „fernerhin alles

zu tun, um weitere Privatisierung und Sparmaßnahmen bei der Eigenreinigung der Schulen abzuwehren“, weil diese „die Reinigungskräfte in erheblichem Umfang über ein normales Maß hinaus“ belasten.

Ebenso liefert die oben angeführte Broschüre umfangreiches Material, mit dem anhand der bisher in Niedersachsen durchgeführten Privatisierungen bewiesen wird, daß für die Lohnabhängigen Lohnsenkungen, Intensivierung der Arbeit, Verschlechterung der Arbeitssicherheit usw. die Folgen sind.



Private Müllabfuhr bei Überlandfahrten: keine Zeit zum Einsteigen in das Führerhaus

fenheit Neuheiten, da bisher die Sparvorschläge hauptsächlich durch Aufgabenabbau erreicht werden sollten, also ausdrücklich nicht durch Intensivierung der Arbeit. Aber die untersten Lohngruppen waren schon immer die Bereiche, wo die Dienstaufsicht mit Intensivierung und Lohnabbau am ehesten angesetzt hat.

Dagegen sind die Argumente der



Rückenschmerzen sind sehr häufig

ÖTV und des Personalrats schwach. Der Personalrat läßt sich sogar auf die Argumentation ein: daß „die finanzielle Situation (der Stadt, d.V.) ein Umdenken erforderlich macht ... bei unseren Mitarbeiterinnen ... um konkurrenzfähig zu sein ... Wir haben unsere Bereitschaft erklärt, um konkurrenzfähig zu sein, die qm-Zahlen je Stunde zu überprüfen. Diese Überlegungen finden allerdings ihre Grenzen bei einer zumutbaren Forderung wie z.B. 310 bis 340 qm zu leistende Reinigungsfläche je Stunde.“ (Gesamtpersonalrat 22.3.83) Selbst die Dienstaufsicht hatte zunächst nur eine Erhöhung von 160 qm/Std. auf 180 vorgeschlagen und den Durchschnittswert der Privatbetriebe mit 240 qm/Std. angegeben. Schließlich schlug die ÖTV vor, um nicht nur eine weitere Privatisierung zu verhindern, sondern auch die schon privatisierten Teile in den öffentlichen Dienst zu übernehmen, die Arbeitsleistung als Anreiz dazu von 160 auf 200 qm/Std. anzuheben. Dem Reinigungspersonal wurde gesagt, daß die Arbeitskräfte dann eben auch flüchtiger arbeiten sollten und nicht mehr so genau wie bisher, dann wäre das auch keine Mehrarbeit. Mit diesen Positionen war eine Gegenwehr praktisch nicht möglich.

Die Stadt beschloß das Programm wie geplant durchzuführen, auch die Privatisierung, und die Arbeitsleistung von 160 auf 210 qm/Std. zu erhöhen. „Wir halten uns an die Zusage, daß keine städtische Reinigungskraft entlassen wird. Die normale Fluktuation, das heißt das Ausscheiden der Frauen, bestimmt das Tempo der Sparmöglichkeiten.“ (BZ 4.5.83) So gibt sich die Dienstaufsicht noch sozial. Als ob die Intensivierung der Arbeit bei den städtischen Reinigungskräften nicht um fast 1/3 erhöht worden wäre, so als ob die Ausbeutung der Arbeiterinnen in den privatisierten Bereichen nicht um 80% gesteigert wird (Verdoppelung der Leistung und Lohnkürzung um fast ein Drittel). Reichst du ihnen den kleinen Finger, nehmen sie die ganze Hand: Die städtischen Dienstherrn haben die Zugeständnisse von Personalrat und ÖTV genutzt und haben gerade in den unteren Lohngruppen die Arbeit intensiviert. Das Druckmittel der Kapitalisten und ihrer Büttel, die Forderung nach Privatisierung, läßt sich doch am besten bekämpfen, wenn Gewerkschaft und Personalrat hartnäckig jede Intensivierung und Lohnsenkung bekämpfen und sich schon gar nicht auf die Argumente der Dienstherrn einlassen. - (jeb, ank, sac)

Intensivierung der Arbeit

Der Personalbedarf und damit die Höhe der Personalkosten für die Innenreinigung wird neben anderen Faktoren vor allem durch die Reinigungsleistung je Kraft/Stunde beeinflusst. Für die Reinigungsleistung gelten Richtwerte, die in qm je Stunde ausgedrückt werden und nach Objektarten unterschiedlich sind. Die Leistungsanforderungen der privaten Firmen liegen in der Regel 20–25% über den kommunalen Anforderungen. Bei der Privatisierung der Schulreinigung im Landkreis Diepholz wurde die Richtzahl pro Beschäftigte von 160 auf über 200 qm erhöht. Aber auch ohne Privatisierung wird die Arbeit intensiviert. So sorgt die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt) durch die „Empfehlung“ von Richtwerten dafür, daß ein möglichst „einheitlicher“ Standard im öffentlichen Dienst erreicht wird – jeweils orientiert an den Bedingungen in Orten, wo die Dienstherren in der Intensivierung besonders fortgeschritten sind. Zusammen mit der ständigen Privatisierungsdrohung beflügelt dies allerorten die Rationalisierung – das Ausmaß zeigt sich in Beispielen wie in folgendem Vergleich der Richtzahlen der KGSt mit den kommunalen Werten in Bremen (1977):

	Verw.-Geb.	Schulen	Kitas	Turnhallen	Krk.Häus.
Bremen	110	120	80	120	60
KGSt	130	160	90	220	–

Quellen: ÖTV Schriftenreihe „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“, Heft 8 (1979) und 13 (1983)

Bereits privatisierte Leistungen

(Anzahl der Gemeinden; Stand Januar 1983)

Abwasserbeseitigung	2	Liegenschaftsverwaltung	3
Alteinrichtungen	5	Müllabfuhr	169
Bäder	6	Parkplätze	4
Bauplanung	39	Restaurants	7
Bauschuttdeponien	2	Schlachthöfe	44
Bestattungen	6	Sportanlagen	7
Bildungsinstitute	3	Städtereinigung	45
Büchereien	1	Stadthallen	2
Erschließungsaufgaben	2	Stadt-sanierung	5
Friedhöfe	3	Straßenbeleuchtung	2
Gebäudereinigung	132	Verkehrsplanung	1
Grünflächenpflege	47	Verkehrszeichen	1
Hafenanlagen	6	Versorgungsbetriebe	10
Kanalreinigung	4	Weinberge	1
Kinderwohnheime	1	Winterdienst	2

Quelle: So wird privatisiert! Hrsg. v. der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer e.V., ASU, März 1983

Einkommensvergleich Privatwirtschaft – öffentlicher Dienst

(Berechnet entsprechend Tarifverträgen am Beispiel einer vierzigjährigen, verheirateten Bediensteten mit zwei Kindern, angegeben ist das Bruttomonatsentgelt, Stand 1981)

Tätigkeit	Entgelt ö.D.	privat
Putzfrau	2075	1496
Kantinenkoch	2423	1719
Kantinenhilfe	2149	1105
Textilreiniger	2423	1936
Wäschereihilfe	2075	1680
Landschaftsgärtner	2423	2122
Gärtnerhilfskraft	2226	1803
Linienomnibusfahrer	3047	2253
Lieferwagenfahrer	2309	1677
Kfz-Mechaniker	2423	2015
Sanitärinstallateur	2423	2179
Elektriker	2423	2159
Druckerei-Facharbeiter	2309	2257
Druckereihelfer, Kopierer	2226	1669
Phonotypistin	2751	2534
EDV-Locherin	2873	2319

Quelle: So wird privatisiert! ASU, 1983

Stand der Privatisierung der Schulreinigung in Niedersachsen
(Angaben in Prozent, Stand 1981)

Celle	100	Hannover	80
Hildesheim	58	Lüneburg	75
Wolfsburg	93	Oldenburg	20–27
Salzgitter	20–27	Wilhelmshaven	20–27
Braunschweig (1983)	20		

Quelle: BWK-Nachrichtenheft, Serie 05, Woche 20/83

Positionen der Landesregierung Niedersachsen

Mit ihrem Beschluß vom 17.7.79 zur Privatisierung ... hat die niedersächsische Landesregierung einen bedeutsamen ordnungspolitischen Akzent gesetzt. Die Privatisierung ist Teil der Gesamtbemühungen ... einen „Entstaatlichungsprozeß“ in allen Lebensbereichen in Gang zu setzen. Die Initiative der Landesregierung hat bereits zu Erfolgen geführt ... Das Problembewußtsein hinsichtlich der Ausweitung staatlicher Betätigung ist geschärft worden, das Kostenbewußtsein ist gestiegen ... Verbände und Institutionen fühlen sich ermutigt, ihre Forderung auf Verzicht der öffentlichen Hand auf wirtschaftliche Betätigung nachhaltiger zu vertreten ... Wenn es dem Land gelingt, in seinem eigenen Bereich weitere und überzeugende Beispiele zu präsentieren, wird das nicht ohne Auswirkungen auf das Verhalten der Kommunen bleiben.

Jahreswirtschaftsbericht 1981

Auch im kommunalen Bereich ist die Bereitschaft, weitere Privatisierungsmaßnahmen ins Auge zu fassen, in der letzten Zeit merklich gestiegen ... Diese Bemühungen werden von der Landesregierung unterstützt. Sie hat den Kommunen angeboten, sich an den Kosten für die notwendigen Privatisierungsuntersuchungen zu beteiligen ... Die Landesregierung verspricht sich hiervon die Gewinnung weiterer Erfahrungen auch für den Landesbereich und die Verfestigung von Einzelergebnissen zu allgemein gültigen Aussagen.

Jahreswirtschaftsbericht 1982

Positionen der Kapitalisten

Der wirtschaftende Staat verstößt gegen das Subsidiaritätsprinzip, entzieht den Privaten Handlungsfelder und verletzt das Wirtschaftlichkeitsgebot der Verfassung ... Der politische Einsatz für Privatisierung liegt im Interesse der Verbraucher, weil Privatisierung die Produktionskosten senkt; Privatisierung belebt den Wettbewerb und schafft neue produk-

tive Arbeitsplätze. Das größte Privatisierungspotential liegt in den Gemeinden. Der überwiegende Teil ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und ihres Wirtschaftsvermögens ist privatisierungsfähig. Hier muß energisch die Rückgabe an Private betrieben werden: Weil gerade bei knapper werdenden Mitteln Wettbewerb, Leistung, Selbständigkeit unentbehrlich sind und die Bürger einen wirtschaftenden Staat nicht mehr länger bezahlen können.

... Für jede Gemeinde muß daher der Subsidiaritätsgrundsatz gelten: Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nicht errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn eine solche Betätigung durch Privatunternehmen übernommen werden kann.

Quelle: So wird privatisiert!, ASU, 1983

Gebäudereinigung im öffentlichen Dienst

Den privaten Reinigungsfirmen ist es in den vergangenen Jahren mehr und mehr gelungen, sich Eingang in den öffentlichen Dienst zu verschaffen ... Nach den Angaben privater Gebäudereiniger sind allein in den im Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks vertretenen Betrieben rund 190 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Der Marktanteil dieses Handwerkes bei den Reinigungsaufgaben der öffentlichen Hand soll mittlerweile rund 20% erreicht haben (bei steigender Tendenz), während er bei der Industrie etwa 30% und beim privatwirtschaftlichen Dienstleistungsgewerbe sogar rund 40% beträgt. Wieviel öffentlich beschäftigte Arbeitnehmer dieser Aufgabensparte zugerechnet werden können, ist nicht eindeutig erkennbar, denn darüber gibt es keine offizielle Statistik. Allein in Hamburg waren 1975 rund 8 700 Putzfrauen mit der Pflege und Säuberung von Schulen, Krankenhäusern, Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen beschäftigt. Der Anteil der Fremdreinigung in Hamburg betrug damals nur 9%, in Hannover aber 70% und in München sogar 90%.

Quelle: ÖTV „Zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen“, Heft 5, 1977

Kanada: Protest gegen Bundeswehrtiefflüge

Auf einer Rundreise durch die Bundesrepublik vom 1. bis 11. November 1983 protestierten kanadische Innuits (Eskimos) aus der Provinz Labrador gegen die Zerstörung ihrer Lebensbedingungen durch Übungsflüge der westdeutschen Bundeswehr. Sechs Geschwader der westdeutschen Luftwaffe sind im kanadischen Stützpunkt Goose Bay stationiert. Seit 1980 terrorisieren sie mit Tiefflügen in 15 bis 30 m Höhe die ganze Region, in der Tausende von Innuits leben. Um die Vereinnahmung der Region für ihre Kriegssübungen in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen, behauptet die Bundesregierung ebenso wie die kanadische Regierung, entgegen den Tatsachen, Labrador sei ein zumeist unbewohntes und menschenleeres Land. Die Eskimos würden viel weiter im Norden wohnen. Mit diesen Behauptungen formuliert sie offensichtlich das angestrebte Ziel, die Innuits aus dieser Region vollständig zu vertreiben. Die Karibu-Herden, eine Art Rentier, Hauptnahrungsmittel und Lebensgrundlage der Innuits, werden durch den Lärm und den Dreck der

Kommunalwahlen in Peru

Am 13.11. errangen in den Bürgermeister- und Kommunalwahlen in Peru die reformistischen und revisionistischen Parteien sowie die Sozialdemokraten Mehrheiten. In der Hauptstadt Lima gewann der Bürgermeisterkandidat der Vereinigten Linken (IU). Im ganzen Land bekamen die Sozialdemokraten die meisten Sitze. Dies ist Ausdruck des Widerstandes gegen die Politik des nationalen Ausverkaufs, mit der die konservative Regierungspartei „Volksaktion“ die verstaatlichten Betriebe zugunsten von US- und westdeutschen Konzernen ruiniert. Seit



Ende Juni hatten die Arbeiter der Fisch-, Bau- und Stahlindustrie monatelang gestreikt. Ihnen hatten sich Tausende von Universitätsangestellten angeschlossen. Hauptforderungen waren die Wiedereröff-

nung der Minen, die Aufhebung des am 30. Mai verhängten Ausnahmezustandes und die Änderung der Wirtschaftspolitik. Nicht zur Wahl stand die kommunistische Guerillaorganisation „Sendero Luminoso“ (Leuchtender Weg), die zum Wahlboykott aufgerufen hatte. In drei Provinzen der Region Ayacucho bestand das Kriegsrecht weiter und wurden die Wahlen abgesagt. Dort kämpft die Guerilla erfolgreich gegen Armee und Polizei und die von der Regierung unterstützten Killerbanden, die die Bauern durch Verüben von Massakern und Folterungen in Sendero-Verkleidung von der Verbindung mit den Revolutionären abschrecken sollen.

Phantom-Tiefflüge in ihren Lebensgewohnheiten gestört und vertrieben. Gegen die Proteste der Innuits hat die Bundesregierung sich bisher taub gestellt.

Landrover für den PAC

Über 65000 DM hat der Arbeitskreis Afrika (Akafrak) Münster gemeinsam mit anderen Organisationen für ein Flüchtlingslager des Pan Afri-

canist Congress of Azania (PAC) in Tansania gesammelt. Aus den Geldern der Spendensammlung konnten zwei Landrover vom Typ Toyota Hilux und ein Unimog 406 gekauft und dem PAC zur Verfügung gestellt werden. In dem Lager leben vor allem Frauen und Kinder, die die Siedlerrepublik verlassen mußten, weil sie oder Angehörige vom südafrikanischen Siedlerregime verfolgt werden. Der PAC hat sein Hauptquartier in Tansania.

Chrysler: Streik gegen Überstundenzwang

Nach fünf Tagen Streik der 3200 Arbeiter des US-Chrysler-Werkes in Twinsburg, Ohio, mußten die Kapitalisten den Forderungen der Arbeiter nachgeben. Die Chrysler-Kapitalisten hatten laufend Sonderschichten und Überstunden angeordnet. Teile der Belegschaft hatten sieben Tage in der Woche arbeiten müssen. Die Arbeiter hatten die Kapitalisten und ihren Zwang zur Überarbeit für den tödlichen Unfall eines Arbeiters an einer Presse verantwortlich gemacht. Da im Werk Twinsburg Karosserie-Preßteile für alle anderen Chrysler-Werke hergestellt werden, zwang der Streik die Kapitalisten, sechs Montagewerke stillzulegen. Nach der jetzt abgeschlossenen Vereinbarung müssen die Kapitalisten die Sonderschichten und die Zahl der Überstunden, sowie die dauernden Umsetzungen im Betrieb einschränken und die Pausen verlängern.

Erklärung der Führung der PLO und der al-Fatah

Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Schlußklärung der Konferenz der regionalen Komitees der al-Fatah und der PLO-Vertreter im Ausland vom 9.11.:

„In einer Zeit, da die zionistischen Streitkräfte unsere arabisch-palästinensische Heimat besetzt halten, Siedlungen in der Westbank und im Gaza-Streifen errichten und die Annexion der syrisch-arabischen

Golan-Höhen erklären, in einer Zeit, da der zionistische Feind den Südlibanon besetzt ... während israelische Kampfbomber in den arabischen Himmel steigen, um unsere Revolutionäre und Kämpfer zu bombardieren und die Flotte des Feindes in unseren Territorial-Gewässern präsent ist mit Rückendeckung der imperialistischen Mächte ... Genau zu dieser Zeit richtet das

syrische Regime seine Artillerie und Raketenwerfer auf den Norden Libanons ... Wir haben seit Beginn dieser dubiosen Aktionen von seiten des syrischen Regimes darauf bestanden, den Dialog wieder aufzunehmen. Wir haben uns von Position zu Position zurückgezogen, um Zusammenstöße zu vermeiden in dem Glauben, daß die wesentlichste Front mit dem zionistischen Feind und den imperialistischen Mächten bestehe ... Der Oberbefehl von Yassir Arafat in dieser Schlacht ist Ausdruck dessen, daß diese Schlacht eine lebenswichtige und strategische ist, deren letztendlicher Ausgang nicht nur mit dem Kampf unserer Revolution und der Revolution unserer arabischen Nation, sondern mit dem Kampf aller um Freiheit und Frieden kämpfenden Völker in der Welt verbunden ist ... Wir rufen auf zur Einheit unserer Bewegung, jetzt wo wir der Schlacht um die Verteidigung der Legitimität und der Unabhängigkeit der palästinensischen Beschlußfassung gegenüberstehen ...“



Großbritannien:

Lohnkampf bei Shell

Mit 75% zu 25% beschlossen 1750 Fahrer und Ladearbeiter der britischen Ölfirma Shell am 11. November einen Überstundenstreik gegen das 4,5%-Angebot der Kapitalisten. Die Gewerkschaft fordert „erhebliche Lohnerhöhungen“. Wenn bis zum 21.11. kein höheres Angebot vorliegt, wollen die Fahrer streiken. In zwei Shell-Raffinerien führen die Arbeiter seit vier Wochen Streiks durch.

Schrittweise schränkt Thatcher Gewerkschaftsrechte ein

Am 24. Oktober brachte der neue Arbeitsminister der Regierung Thatcher, Tom King, das lang angekündigte Gewerkschaftsgesetz im Parlament ein. Die Regierung hofft, daß das Gesetz im Sommer 1984 in Kraft tritt. Es bestimmt:

- Mindestens alle fünf Jahre müssen die Vorstände der Gewerkschaften in geheimer Wahl von den Mitgliedern gewählt werden;

- ein Streik ist illegal, wenn die Gewerkschaft nicht vorher eine geheime Urabstimmung durchgeführt hat; und

- alle zehn Jahre muß eine erneute Urabstimmung durchgeführt werden, ob die Gewerkschaft einen „politischen Fond“ haben soll, d.h. die Labour-Partei finanziell unterstützt.

Die meisten Gewerkschaften führten seit Jahrzehnten geheime Wahlen für ihre Vorstände durch. Die neue Festlegung dient vor allem dazu zu behaupten, die britischen Gewerkschaften seien undemokratisch – und damit die beiden anderen Festlegungen leichter durchsetzen zu können.

Die Festlegung, daß eine Urabstimmung durchgeführt werden *muß*, greift das Streikrecht weiter an. Denn falls eine Gewerkschaft diese Urabstimmung nicht durchführt, weil sie an dem bisherigen Prinzip der Streikbeschlußfassung auf Versammlungen festhält, verlieren sie und ihre Mitglieder die Immunität vor Schadensersatzklagen, die sie sonst bei einem Streik haben. Es wird auch viel schwieriger für eine Gewerkschaft, einen spontan begonnenen Streik offiziell zu machen.

Die erneute Urabstimmung über die Gruppenmitgliedschaften in der Labour-Partei im Abstand von zehn Jahren ersetzt die bisherige Regelung, nach der eine Gewerkschaft nur einmal eine solche Abstimmung durchführen muß. Bislang schon hatte jedes Gewerkschaftsmitglied das individuelle Recht, die Zahlung des politischen Beitrags für die Labour-Partei zu verweigern. Es geht Thatcher nicht um „mehr Demokratie“. Die Tory-Partei hatte vor der Wahl offen erklärt, daß sie das „häßliche Gesicht des Sozialismus“ – und damit meint sie die Labour-Partei – verschwinden lassen wolle. Die Labour-Partei hält sich überhaupt nur über die Gruppenmitgliedschaft von Gewerkschaften und deren Beitragszahlungen. Schließlich ist sie als parlamentarische Interessenvertretung der Gewerkschaften gegründet worden. Das neue Gesetz ist ein er-

ster Schritt, den Gewerkschaften politische Aktionen ganz zu verbieten.

In ihren Angriffen gegen die Gewerkschaften hat die Regierung Thatcher von ihren Vorgängern gelernt. Edward Heath hatte 1971 versucht, mit einem Schlag die Gewerkschaften weitestgehend zu entrecchten. Er scheiterte und mußte nach einer großen Streikbewegung zurücktreten. Margaret Thatcher wiederholte diesen Fehler nicht. Während sie kräftig gegen die „gewerkschaftliche Übermacht“ und deren Verantwortung für die schlechte britische Wirtschaftslage polemisierte, ging ihre Gesetzgebung Schritt für Schritt vor. Schrittweise wurden die Gesetze dann auch zur Anwendung gebracht.

Kernstück der bisherigen Gesetzgebung ist das „Beschäftigungsgesetz“ (Employment Act) vom Juli 1980. Das Gesetz hatte drei Hauptziele. Es schränkte das Recht eines Arbeiters ein, gegen eine ungerechtfertigte Ent-



In Zukunft verboten: Streiks ohne Urabstimmung

lassung zu klagen und nahm Frauen einen großen Teil der Mutterschutzrechte. Zweitens verbot es die Unterstützung eines Streiks durch Streiks oder andere Maßnahmen, wie z.B. die Aufstellung von Streikposten vor Betrieben, die Streikbrecherarbeiten durchführen. Zur Durchsetzung wurde hieran beteiligten Arbeitern die Immunität vor Schadensersatzforderungen durch die Unternehmer genommen. Aber auch strafrechtlich können sie belangt werden. Drittens sollte mit dem Gesetz die Mitgliederwerbung in den Betrieben eingeschränkt und die 100%-Gewerkschaftsmitgliedschaft in vielen Be-

trieben, der „closed shop“, abgeschafft werden.

In zahlreichen, wenig bekannt gewordenen Fällen wurden inzwischen Arbeiter wegen „indirekten Streiks“ zu Geldstrafen verurteilt. Die Auseinandersetzung um die „closed shops“ ist in vollem Gange.

Zu den neuesten Schritten des britischen Staates gegen die Gewerkschaften auf Grundlage der neuen Gesetze gehört das Urteil gegen die Postarbeitsgewerkschaft. Im Zuge ihrer Privatisierungskampagne läßt die Regierung inzwischen private Telefongesellschaften zu, die Fernleitungen billiger anbieten als die staatliche Fernmeldegesellschaft British Telecom. Die Gewerkschaften sind gegen die Privatisierung, sie befürchten mit Recht schlechtere Bedingungen bei den neuen Firmen und sagen, durch diese Zulassung würde das Gesamtnetz, z.B. die Versorgung ländlicher Gebiete, langfristig ruiniert. Deshalb weigern sich die Fernmeldehandwerker, die Fernleitungen von Mercury Communications, einer großen Privattelefonfirma, an die Ortsnetze von British Telecom anzuschließen. Nachdem ein Gericht diese Weigerung zunächst als legitime Arbeitskampfmaßnahme bezeichnete, hob das Revisionsgericht das Urteil auf und erklärte, es sei kein Arbeitskampf. Die Gewerkschaft wird jetzt auf Schadensersatz verklagt.

Quellenhinweis: Economist, Labour Research, Financial Times, versch. Ausgaben – (hef)

Italien

Die Kapitalisten brauchen Geld

Im fünften Anlauf hat die italienische Regierung jetzt ein Mammut-Dekret zur Kürzung von Versicherungsleistungen, garniert mit einigen weiteren Gemeinheiten, im Parlament durchgeboxt. Viermal hatten die Abgeordneten die entsprechende, sofort wirksame Notverordnung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Zweimonatsfrist gebilligt. Viermal hatte die Regierung daraufhin das eben verfallene Dekret einfach noch mal erlassen. Auch jetzt hat Craxi die fristgerechte Zustimmung nur erpressen können, indem er die Abstimmung mit der Vertrauensfrage verband.

Das Dekret hat es in sich: Die „Selbstbeteiligung“ bei Arzneimitteln und Laborleistungen wird ein weiteres Mal erhöht, teils verdoppelt. Zum „Ausgleich“ wird jetzt auch den Handels- und Agrarkapitalisten (wie schon bisher den Industriellen) ein Teil der Krankenversicherungsbeiträge erlassen. Nur übernimmt diesmal nicht der

Staat den Beitragsausfall, sondern büdet ihn frech der Sozialversicherung auf. Kranke, die bei einem Kontrollbesuch nicht zu Hause angetroffen werden, kriegen das Krankengeld für die gesamte Dauer der Krankheit gestrichen.

Renten werden nicht mehr auf das Minimum von 320000 Lire (ca. 530 DM; ca. $\frac{2}{3}$ aller Renten) aufgestockt, wenn der Rentner aus anderer Quelle ein doppelt so hohes Einkommen bezieht. Schließlich dürfen die Kapitalisten künftig auch Arbeiter, die sie z.B. durch Unfälle selbst zu halben Krüppeln geschunden haben, bei der Behindertenquote mitzählen.

Während die Kapitalisten und auch ein DC-Minister lauthals weitere Lohnkürzungen durch weitere „Dämpfung“ oder gar Beseitigung der Inflationszuschläge fordern, holt die Regierung mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1984 zum nächsten Schlag gegen die Arbeiterbevölkerung aus: „Selbstbeteiligung“ auch an bisher als lebenswichtig eingestuften Medikamenten und Vollzahlung aller anderen; Kürzung der Inflationsanpassung von Renten über 64000 Lire um bis zu einem Viertel der Preissteigerungsrate, während eine Anpassung an die Einkommensentwicklung nur noch alle drei Jahre (bisher jährlich) stattfinden soll; Streichung der Familienzuschläge für – etwas – besser Verdienende über ca. 3500 DM Bruttofamilieneinkommen.

Die Gewerkschaften haben Dekret und Haushaltsentwurf angegriffen, aber keine Zugeständnisse erreichen können. Anhaltender Streit zwischen und innerhalb der Richtungsgewerkschaften über eine staatlich regulierte „Einkommenspolitik“ erschwert die nötige Einigung auf unverzichtbare Forderungen.

Quellenhinweis: Unità, Okt./Nov. 1983; Rassegna Sindacale 38/1983 – (ulg)



400000 Hafentarbeiter, Seeleute und Lkw-Fahrer streikten in der letzten Woche gemeinsam zwei Tage. 40000 demonstrierten in Rom für Lohnsicherung und Tarifvertrag, bessere Sozialversicherung und Übergangshilfe für „überschüssige“ Hafentarbeiter.

US-Gewerkschaften Einwände gegen die Intervention in Mittelamerika

Einige Mitgliedsgewerkschaften des US-amerikanischen Gewerkschaftsbundes AFL-CIO haben am 7. November gemeinsam mit Bürgerrechtsorganisationen, Vertretern einiger Kirchen und einzelnen Kongreßabgeordneten eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Aggression der USA gegen Grenada verurteilen und eine grundlegende Änderung der Politik der USA gegenüber allen mittelamerikanischen Staaten verlangen. Zu den unterzeichnenden Gewerkschaften gehören unter anderem die Gewerkschaft der Automobilarbeiter (UAW), die ca. 1,3 Mio. Mitglieder hat, die Gewerkschaft der Staats-, Landes- und Kommunalbeschäftigten (AFSCME) mit 0,9 Mio. Mitgliedern und die Gewerkschaft der Beschäftigten im Handel und Nahrungsmittelgewerbe (UFCW) mit 1,2 Mio. Mitgliedern.

Die Unterzeichner wenden sich gegen die offene Anwendung militärischer Gewalt von den USA gegen andere Staaten, jedoch nicht gegen die ökonomische Expansion und die Nutzung anderer, scheinbar friedlicher Mittel der imperialistischen Einflußnahme. Sie erklären: „Selbst jene Amerikaner, die die Anwendung militärischer Gewalt durch die USA nicht kategorisch verurteilen, müssen jetzt erkennen, daß die Invasion in Grenada ein gigantischer Schritt in Richtung auf eine Weltkonfrontation und auf ein neues Vietnam in Mittelamerika und in der Karibik ist.“ Ein wichtiger Grund für die Ablehnung der US-Aggression ist der erbitterte und langandauernde Kampf, den die Völker Mittelamerikas gegen die imperialistische Ausplünderung und Unterdrückung führen, das zeigt die Anspielung auf die Niederlage der USA in Vietnam.

Schon im August dieses Jahres hatten die Vorstände von zwölf Gewerkschaften, darunter UAW, AFSCME und UFCW, den AFL-CIO-Vorsitzenden Kirkland aufgefordert, aus einer Kommission der Reagan-Regierung für Zentralamerika auszutreten. Nach einer Reise durch El Salvador erklärten Delegierte der Gewerkschaften, sie hätten keinen Anhaltspunkt für den von der Regierung behaupteten „Fortschritt der Demokratie“ gefunden. Die Delegation wandte sich gegen die militärische Unterstützung der Junta, forderte aber gleichzeitig andere imperialistische Einmischung: durch Entwicklungshilfe solle das soziale Elend in der Region gemildert werden.

Das „Wall Street Journal“ bemerkt beunruhigt, daß allerdings einzelne Ge-

werkschaften schärfere Kritik üben. Sie verlangen, daß der AFL-CIO seine internationale Tätigkeit ändern müsse. Es gehe nicht an, daß die Gewerkschaften die gegen die Arbeiter und die Gewerkschaften gerichtete Politik der Regierung im Inneren angriffen, aber die militaristische Außenpolitik der Regierung mittrügen. Die UAW hatte auf ihrem Kongreß im Mai dieses Jahres einen Beschluß gefaßt, gegen die Unterdrückung der Gewerkschaften anderer Länder durch „autoritäre Regierungen“ aufzutreten, „auch wenn die US-Regierung aus sogenannten strategischen Gründen diese Regierungen unterstützt“.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, US-Ausgabe, v. 25.10.83; Unsere Zeit, 8.11.83; Solidarity, Zeitung der UAW, Mai 1983 – (ulg)

Republik Südafrika Parlamentsreform soll den Widerstand spalten

Am 2. November stimmten in einem Referendum zwei Drittel der weißen Bevölkerung der Republik Südafrika für einen von der Regierung vorgelegten Verfassungsentwurf. Im Anschluß daran soll die farbige und asiatische Bevölkerung befragt werden. Einige ihrer Organisationen hatten sich zur Unterstützung der Verfassungsreform bereit erklärt. Nach dem Willen der regierenden Nationalpartei unter Ministerpräsident P.W. Botha soll das System der Apartheid, der strikten Rassenentrennung unter Ausschluß der gesamten nichtweißen Bevölkerung von der Staatsverwaltung und Regierung, abgelöst werden durch ein „konkordanzdemokratisches System“. Trotz der demagogischen Verwendung des Begriffes „Konkordanz“, also Eintracht und Übereinstimmung, treten die spalterischen Absichten der Regierung klar hervor. Im Rahmen eines Dreikammerparlaments, besetzt im Verhältnis 4:2:1 durch Weiße, Mischlinge und Asiaten, soll über die den Gruppen „zukunftsmächtige ethnischen Fragen“ – darunter fallen Schul-, Gesundheits- und Wohnungswesen – getrennt beraten und entschieden werden. Gemeinsame Obliegenheiten sollen alle Fragen von nationalem Interesse sein, Verteidigung und Außenpolitik auf jeden Fall. Im übrigen befindet der Exekutivpräsident, was nationale Fragen sind. Bei Konflikten zwischen den Kammern entscheidet ein 60köpfiger Präsidialrat, der ebenfalls so zusammengesetzt ist, daß die Weißen die sichere Mehrheit haben, auch bei Koalitionen aller anderen Beteiligten. Verlangt der Exekutivpräsident von diesem Rat eine bindende Entscheidung, so ist diese endgültig unanfechtbar.

Die Schwarzen, also die große Mehrheit der Bevölkerung, sind von jeder Beteiligung und auch von der Befragung ausgeschlossen. Ihre Klassenorganisationen hatten zum Boykott oder zur Ablehnung des Verfassungsentwurfs aufgerufen. Ministerpräsident Botha wertete das Abstimmungsergebnis zusammen mit der erzielten Spaltung unter den Farbigen bereits als Ermächtigung, schärfere Unterdrückung gegenüber der schwarzen Bevölkerung anzukündigen. Seine mit der Reform verfolgte Absicht, ihre Organisationen



Präsident Botha nach der Abstimmung: „Mandat für evolutionäre Reform“

zu isolieren und zu zerschlagen, drückte er triumphierend gleich nach dem Wahltag aus. Er drohte dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), der dazu aufgerufen hatte, mit „Nein“ zu stimmen, er mache „gemeinsame Sache mit dem Staatsfeind diesseits und jenseits der Grenzen“. Die neue Verfassung werde „eine neue Gerechtigkeit für alle Bevölkerungsgruppen Südafrikas bringen: Was die Schwarzen betrifft, haben wir jetzt einen klaren Auftrag für evolutionäre Reform.“

Quellenhinweis: FAZ vom 2.11., 4.1. 1983; Wall Street Journal vom 4.11. 1983; Archiv der Gegenwart 20/83, 36/83 – (anl)

Argentinien Regierung soll die Gewerkschaften schwächen

Kaum stand der Wahlsieg der Unión Civica Radical (Radikale Bürgerliche Union, UCR) fest, äußerte sich die westeuropäische Presse über die Anforderungen der Imperialisten an die ab Dezember regierende Partei. Die allseits begrüßte „Rückkehr zur Demokratie“ sei noch nicht beendet. Die „FAZ“ droht: Alfonsins „Regierungsantritt bedeutet noch lange nicht, daß die Demokratie in Argentinien jetzt fest verankert wäre. Vorläufig ist das Militär am Ende ... Aus Argentinien wieder ein für die internationale Staatengemeinschaft kalkulierbares Staatswesen zu machen ist eine wichtige Auf-

gabe des neuen Präsidenten.“ Der französische „Quotidien de Paris“ kündigt an, daß die „soziale und politische Zerissenheit“ der Landes „nicht gegen die Militärs“ überwunden werden dürfe.

Von der zukünftigen Regierung erwarten die westeuropäischen Imperialisten dreierlei: Erstens soll ihr in Argentinien angelegtes Kapital unberührt bleiben. Zweitens soll Argentinien seinen Anspruch auf die Malvinen fallen lassen – so erwartet die britische „Times“ jetzt die Möglichkeit „der formellen Beendigung der Feindseligkeiten“, wenn Großbritannien in anderen Fragen Zugeständnisse mache. Drittens, darin sind sich die Kommentatoren der „Times“, des „Quotidien de Paris“, der „FAZ“ einig, müsse die Regierung der argentinischen Arbeiterbewegung das Kreuz brechen und die erstarkende Gewerkschaftsbewegung zerschlagen.

Das Wahlprogramm der UCR bietet für die Vorhaben der Regierung gegen die Arbeiterbewegung einige Anhaltspunkte: Zwar fordert die UCR die „Demilitarisierung“ der Polizei, sie hat aber zugleich den Aufbau einer Spezialeinheit zur Bekämpfung des „Terrorismus“ angekündigt, die den von der Militärjunta begonnenen Feldzug gegen die revolutionären und fortschrittlichen Organisationen der Arbeiter, Landarbeiter, Pächter und Indianer fortführen soll.

Staatliche Eingriffe in die Organisation der Gewerkschaften sind ein weiterer Programmpunkt: Die UCR will vor allem die zentralistische Organisation des Gewerkschaftsbundes CGT beseitigen und für alle Gewerkschaften Vorschriften über innergewerkschaftliche Wahlen und staatliche Überprüfung ihrer Finanzen erlassen. Außerdem sollen die von den Militärs in Staatseigentum überführten Unternehmen der CGT, die vor allem Konsumgenossenschaften, Baugenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften, Krankenhäuser, Schulen etc. umfaßten, in den Händen des Staates verbleiben. Unter diesen Bedingungen soll den Arbeitern ein beschränktes Koalitions- und Streikrecht zugestanden werden.

Den Imperialisten hingegen hat die UCR angekündigt, „bei vernünftigen Fristen und Zinsbedingungen“ werde Argentinien seine Auslandsschulden in Höhe von 40 Mrd. US-\$ „ohne größere Schwierigkeiten“ begleichen. Mit dem Hinweis, daß in den nächsten Jahren „alle den Gürtel enger schnallen müßten“ kündigte sie an, wie die Regierung die Mittel für Zins- und Zinseszinszahlungen beschaffen will: aus der Plünderung der Arbeiter und Bauern.

Quellenhinweis: Kölner Stadtanzeiger, Wall Street Journal, Times, Quotidien de Paris, FAZ v. 1., 2., 3.11.; Lateinamerika Nachrichten Nr. 120, November 1983 – (uld)

Indien

Punjab zum Aufruhrgebiet erklärt

Am 6.10. 1983 hat die indische Zentralregierung die Landesregierung und das Parlament des Bundesstaates Punjab suspendiert, Punjab und die Hauptstadt Chandigarh zum Aufruhrgebiet erklärt und die Gebiete mittels Militär unter „president's rule“ (direkte Leitung durch die Zentralregierung) gestellt. Unmittelbarer Anlaß war die Erschießung von sechs hinduistischen Bussassen durch bewaffnete Sikh.

1981 hatten die Sikh über ihre Partei Akali Dal einen 40 Punkte umfassenden Forderungskatalog veröffentlicht, den die Regierung unter I. Gandhi rundweg abgelehnt hatte. Die Forderungen sind im wesentlichen auf eine stärkere Selbständigkeit des Punjab gerichtet und eine bessere Stellung der Religionsgemeinschaft. Die Akali Dal Partei fordert eine bessere Beteiligung an zwischenstaatlichen Flußgewässern (zur Bewässerung), Eingliederung von Punjabi sprechenden Randdistrikten in angrenzenden Bundesstaaten in den Bundesstaat Punjab, größere Autonomie des Punjab innerhalb der Indischen Union, Erklärung des religiösen Zentrums der Sikh Amritsar zur heiligen Stadt.

1966 war ein Bundesstaat Haryana mit einer großen Mehrheit an Hindu und ein Bundesstaat Punjab mit Sikh-Mehrheit gegründet worden, wobei als gemeinsame politische Hauptstadt Chandigarh festgelegt wurde, so daß die politischen Interessenvertreter der Sikh stets in der Minderheit waren. In Haryana bilden die Sikh eine Mehrheit lediglich in Randgebieten.

Punjab ist eines der wichtigsten landwirtschaftlichen Gebiete Indiens und grenzt an Pakistan, so daß die Zentralregierung meint, dieses Gebiet besonders unter Kontrolle halten zu müssen. Zugeständnisse ließ die indische Regierung sich erst nach monatelangen Streiks und Demonstrationen abringen, wobei diese Zugeständnisse sich auf religiöse Punkte beschränkten. Nachdem die Akali Dal Partei die Zentralregierung zu Gesprächen gezwungen hatte, wurden die Gespräche über Monate hinausgezogen.

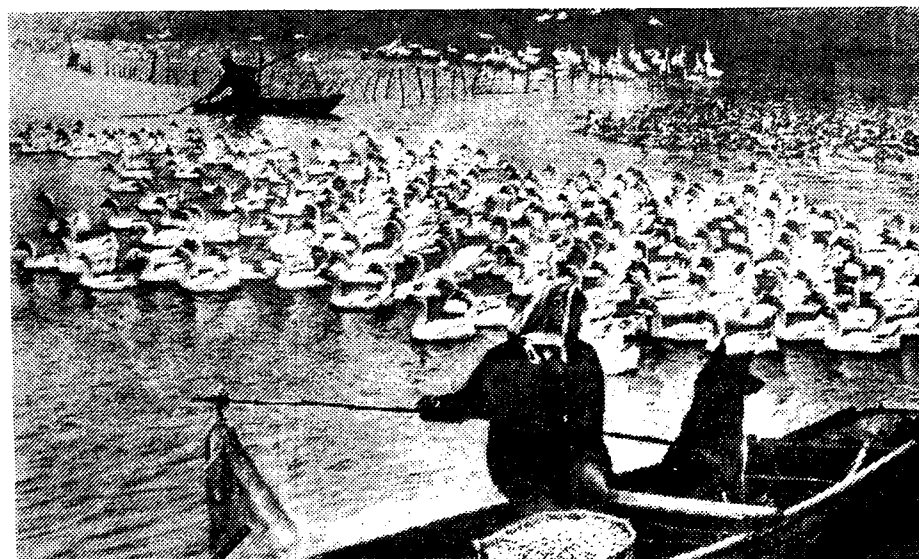
Die bewaffneten Auseinandersetzungen nahmen zu und waren willkommener Anlaß zur Intervention. Gegen die Suspendierung der Landesregierung fand am 7.10.1983 ein Generalstreik im Punjab statt.

Quellenhinweis: Far Eastern Economic Review, 20.10.1983; Neue Zürcher Zeitung, 20.10.1983; Hindustan Times, Delhi, 5.11.1983 – (cog)

Säuberungswelle gegen Parteilinke – Vorbereitung auf große Klassenkämpfe?

Vor wenigen Wochen hat das ZK der Kommunistischen Partei Chinas den Beginn einer auf drei Jahre angelegten Kampagne zur Säuberung der Partei verkündet. Ausgeschlossen werden sollen in erster Linie Linke, die die Kulturrevolution aktiv unterstützten und heute – sieben Jahre nach der putschartig vollzogenen Entmachtung der linken Parteiführung um die sog. Viererbande – gegen die jetzige Führung um Deng Xiaoping und deren Politik ar-

dieser Tagung im Herbst 1978 konnte Deng Xiaoping, 1977 rehabilitiert, den damaligen Parteichef Hua Guofeng isolieren und die Weichen für eine Änderung der Parteilinie stellen: Hauptaufgabe war fortan der Wirtschaftsaufbau und nicht mehr der Klassenkampf; mit dem Schlachtruf „Das Denken befreien“ zog die Partei gegen die Kulturrevolution und ihre theoretische Begründung durch Mao Zedong zu Felde; in der Landwirtschaft wurde



Geflügelzucht und Fischfang wird in den meisten Dörfern wieder privat betrieben. Die Einkommen der darauf spezialisierten Bauern sind besonders hoch. Inzwischen bleiben Anbauflächen brach, weil Getreideanbau den Bauern zu wenig einbringt.

beiten. Daß sich die Säuberung – in dem ZK-Dokument als „Konsolidierung“ und „Berichtigung des Arbeitsstils der Partei“ umschrieben – gegen Millionen Parteimitglieder richtet, geht aus dem Dokument (Beijing Rundschau 42/83) hervor: „Die ‚drei Kategorien von Menschen‘, d.h. jene, die im Gefolge der konterrevolutionären Cliques um Lin Biao und Jiang Qing durch ‚Rebellion‘ emporgekommen sind, diejenigen, die in hohem Maße fraktionistisch denken, und diejenigen, die Schlägerei, Zerstörung und Plünderung betrieben haben, sind noch nicht vollständig aus unserer Partei ausgesondert worden. Diese ernste Unreinheit in Ideologie, Arbeitsstil und Organisation gefährdet die Partei stark und muß entschlossen und wirksam beseitigt werden.“ Keine Rede von einer „Handvoll“ Oppositioneller, ein sonst üblicher Sprachgebrauch.

Hauptkriterium für die Überprüfung der Mitgliedschaft soll das Verhalten der Mitglieder seit der 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh sein. Auf

eine Teilprivatisierung eingeleitet, in der Industrie wurden marktwirtschaftliche Reformen durchgeführt; die „Öffnung zum Westen“ und die Eingliederung Chinas in die sog. internationale Arbeitsteilung wurden zum Programm erhoben. Die Stellung zu dieser Politik ist Maßstab für weitere Parteimitgliedschaft.

Widerstand gegen diese Politik gibt es nach wie vor, auch wenn die Führung um Deng Xiaoping ihre Position zweifellos gefestigt hat. Einige Belege: Der schon für Anfang 1981 angekündigte XII. Parteitag der KPCh konnte erst mit eineinhalbjähriger Verspätung stattfinden, weil weder in der Parteiführung und noch weniger in den Provinzen Einigkeit über die Abrechnung mit der Kulturrevolution und Mao Zedong und über die Absetzung des Parteichefs Hua Guofeng zu erzielen war. Von Armeeführern wurde entgegen der Parteidoktrin die „Gefahr von rechts“ als Hauptgefahr bezeichnet und u.a. die neue Landwirtschaftspolitik kritisiert. In verschiedenen Provin-

zen ist bis heute nicht die von der Beijinger Zentrale verkündete Politik umgesetzt.

Es wäre aber falsch, die gesamte Opposition gegen die Politik Deng Xiaopings als links und kulturrevolutionär zu bezeichnen. Teilweise handelt es sich um begrenzte Widersprüche in der herrschenden Partei- und Staatsbürokratie über das Ausmaß der Reformen, über die Orientierung am kapitalistischen Westen oder an der SU, über die Grenzen der individuellen Bereicherung und der Privilegien höherer Funktionäre. So ist schon seit einem Jahr eine Verkleinerung der Partei- und Staatsorgane im Gange; dabei verloren nicht nur Linke, sondern auch einige korrupte Bürokraten und Direktoren ihre Ämter. Und die anstehende Parteisäuberung wäre von vornherein diskreditiert, wenn sie sich nicht auch gegen Kader richten würde, die die neue Wirtschaftspolitik zur ungehemmten Bereicherung genutzt haben. Aber gegenüber solchen Kadern soll laut ZK-Dokument eher Nachsicht geübt werden, sofern sie bereuen und Geldbußen zahlen.

Ganz anders die Propaganda gegen die Parteilinke. Hu Yaobang, Generalsekretär der KPCh und damit Nachfolger Hua Guofengs als Parteichef, in einer Rede im März 1982 über die große Jugendarbeitslosigkeit in China: „Genossen, ihr könnt feststellen, daß in den letzten Jahren die giftigen Einflüsse der ultralinken Linie nicht beseitigt worden sind. Die Parteipolitik ist davon immer noch berührt. Rebellen, Anhänger der ‚Was-immer‘-Linie (1) und hartnäckige Reaktionäre, die mit der jetzigen Linie, den Prinzipien und der Politik der 3. Plenartagung unzufrieden sind, haben ihre Ideologien verschmolzen und ein ultralinkes ideologisches System entwickelt ... Sie trennen die sozialen Probleme von den Nachwirkungen der Kulturrevolution und machen dafür die jetzige Parteipolitik verantwortlich ... Sie verwirren die Leute mit Gerüchten, stiften Unruhe, stacheln Jugendliche zur Unzufriedenheit mit der Partei auf ...“

Das Zitat ist aufschlußreich: Offenbar verfügt die Linke über erheblichen Einfluß, obwohl ihre Auffassungen kaum publiziert werden können und die Linke ihrer Führer aus der Kulturrevolution beraubt ist. Und die Parteiführung sieht die aktuelle Gefahr, daß die Linke die offenbar wachsende Opposition unter den Massen gegen die Parteipolitik organisieren kann, eine Opposition, die sich auf Grundlage zunehmender sozialer Widersprüche und des Abbaus politischer und sozialer Errungenschaften des Sozialismus und der Kulturrevolution entwickelt. Damit ist für die Parteiführung um Deng Xiaoping die Säuberung, die die Linken der einzig legalen Organisations-

möglichkeit – nämlich innerhalb der Partei – berauben soll, dringlich, weil sonst der jetzige Parteikurs aktuell gefährdet ist.

Für die Verschärfung der sozialen Widersprüche gibt es viele Anzeichen: Die Ausbreitung der Warenwirtschaft und der Arbeitsteilung auf dem Lande hat die soziale Differenzierung unter den Bauern gefördert. Zwar hat sich der durchschnittliche Lebensstandard der Bauernfamilien deutlich erhöht, profitiert haben aber vor allem Familien mit vielen Arbeitskräften, die sich auf Landhandel und Nebengewerbe spezialisiert haben. Auf der anderen Seite steht ein zahlenmäßig erheblicher Teil der Bauernschaft, der in der Konkurrenz auf der Strecke bleibt, dem durch Änderung der Verteilung in den Kollektiven garantierte Mindestansprüche gestrichen sind und dem die Parteipropaganda zynisch zuruft: „Wer arm bleibt, ist ein dummer Bär!“

In den Städten hat die KPCh die Intelligenz mit Gehaltserhöhungen und Privilegien bedacht und damit deren wesentliche Rolle als Basis des jetzigen Parteikurses honoriert. Schon 1978 hatte Deng Xiaoping auf der Nationa-

len Wissenschaftskonferenz die Intelligenz als Teil des Proletariats bezeichnet, damit die Bedeutung des Widerspruchs zwischen Kopf- und Handarbeit in der sozialistischen Gesellschaft verneint und die Weichen für die erneute Privilegierung der Intelligenz gestellt.

Im Industrieproletariat hat die neue Wirtschaftspolitik die Spaltungslinien vertieft: Durch die Umstellung der Entlohnung auf Prämien- und Stücklohn wird das Einkommen der älteren Arbeiter, die im bisherigen achtstufigen Lohnsystem in den höchsten Lohngruppen eingestuft waren, gesenkt. Die Ausdehnung der Kollektivbetriebe in den Städten mit jetzt zwei Mio. Arbeitskräften hat ein schlechter bezahltes und sozial nicht abgesichertes Arbeiterheer geschaffen. Außerdem wird die Zahl der Saisonarbeiter immer größer, meist Bauern, die für einige Monate von den Staatsbetrieben angeheuert werden. Vor allem das neue Entlohnungssystem stößt auf Widerstand: Wenn individuelle Leistungsprämien verteilt werden, sorgen die Arbeitsgruppen durch ein Rotationssystem dafür, daß jeder einmal die höchste Prämie bekommt. Die Belegschaft

ten wehren sich dagegen, daß an die Stelle kollektiver Anstrengungen zur Produktionssteigerung heute Akkordvorgaben treten, die die Direktion einfach dekretiert nach den Leistungen der sog. „fortgeschrittenen Arbeiter“.

Diese Widersprüche werden gegenwärtig kaum manifest, weil demokratische Artikulationsmöglichkeiten wie Wandzeitungen und Demonstrationen illegalisiert sind. Und wenn man von der rasant wachsenden und drakonisch verfolgten Jugendkriminalität, einer hilflosen Rebellion gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, absieht, hat sich die Position der Führung um Deng Xiaoping scheinbar stabilisiert. Aber mit dieser Stabilisierung kann es rasch vorbei sein, weil die KPCh aufgrund leerer Staatskassen die bislang subventionierten Preise für Lebensmittel, Energie etc. erheblich erhöhen muß und eine weitere deutliche Steigerung der industriellen und Agrarproduktion auf der Grundlage der neuen Wirtschaftspolitik zumindest fraglich ist.

(1) Bezeichnung für die Parteifraktion um Hua Guofeng, der vertrat: „Wir müssen an allem festhalten, was Mao sagte.“

Quellenhinweis: Beijing Rundschau, China aktuell, Xinhua News, Issues and Studies (Taipeh), Far Eastern Ec. Review, jeweils div. Ausgaben; Le Monde diplomatique, Oktober 1983 – (wom)

Einkommensentwicklung der Bauernhaushalte in der VR China

Vor wenigen Wochen hat das Staatliche Statistikamt der VR China Daten über die Einkommensentwicklung der Bauernhaushalte vorgelegt, die in den 29 Provinzen, regierungsunmittelbaren Städten und autonomen Gebieten der VR China erhoben wurden. Ins Auge springt, daß sich das durchschnittliche Nettoeinkommen pro Kopf innerhalb von vier Jahren, von 1978 auf 1982, verdoppelt hat. Auch wenn man für den Zeitraum eine Preissteigerung von etwa 20% ansetzen kann (präzise Daten darüber liegen nicht vor), bleibt dennoch eine erhebliche Verbesserung des Lebensstandards der meisten Bauernfamilien. In das Nettoeinkommen gehen die von den Produktionskollektiven verteilten Naturalleistungen (Getreide etc.) mit ein. Der Beitrag der von den Kollektiven verteilten Geld- und Naturalleistungen am gesamten Nettoeinkommen ist in den vier Jahren ständig zurückgegangen auf jetzt knapp über 50%, während der Einkommensbeitrag des bäuerlichen Nebengewerbes (nicht unter Kontrolle der Kollektive) auf 38% des Nettoeinkommens gestiegen ist. Unter der Kategorie „Sonstige Einkommen“ verbergen sich u.a. staatliche Zuschüsse für Familien in materiellen Schwierigkeiten. Solche Familien mit

wenig Arbeitskräften, vielen Kindern, Kranken etc. hatten 1978 noch ein von den Kollektiven garantiertes und gezahltes Mindesteinkommen; diese Mindestgarantien sind durch staatliche Verordnungen inzwischen erheblich beschnitten; dafür sind andere Zahlungen eingetreten.

Die Zahlen erlauben keine Rückschlüsse auf die Verteilung der Haushaltseinkommen. Hinter den Durchschnittswerten verbirgt sich außerdem eine erhebliche regionale Streuung. Nach einer Weltbank-Untersuchung von 1980 differierten die Pro-Kopf-Einkommen der Bauern in den verschiedenen Provinzen um den Faktor 5. Es ist wahrscheinlich, daß diese Streuung noch zugenommen hat, weil von der Teilprivatisierung in der Landwirtschaft hauptsächlich die Bauern in fruchtbaren stadtnahen Gebieten, mit günstigen Absatzmöglichkeiten, profitieren.

Verschiedene Indizien sprechen dafür, daß die Polarisierung auch innerhalb der einzelnen Dörfer und Kollektive erheblich zugenommen hat. So mußte das ZK der KPCh in einem Dokument von Anfang 1983 ausdrücklich auf die fehlende Unterstützung für Familien in materiellen Schwierigkeiten hinweisen. Die Beijing-Rundschau widmete diesem Problem einen große-

Einkommen der Bauernhaushalte

	1978	1980	1982
Untersuchte Haushalte	6095	15914	22775
Personen je Haush.	5,74	5,54	5,46
Arbeitskräfte je Haushalt	2,27	2,45	2,58
Wohnfläche m ² pro Kopf	10,17	11,59	13,41
Pro-Kopf-Nettoeinkommen (Yuan)	133,6	191,3	270,1
davon aus:			
– Kollektiv	66,3%	56,6%	51,9%
– Nebengewerbe	26,8%	32,7%	38,1%
– sonst. Eink.	6,9%	10,7%	10,1%

Quelle: Beijing-Rundschau 43/83

ren Artikel. Auf der anderen Seite sind neue Verordnungen in Kraft, die der inzwischen entstandenen Schicht reicher Bauern weitere Anreize bieten: Haushalte dürfen Saisonarbeiter und bei handwerklichem Produktionsschwerpunkt Lehrlinge und Gesellen einstellen. Einzelhaushalte können alle Arten von landwirtschaftlichen Maschinen und LKWs kaufen und in den Bau von Lagerhäusern, Straßen, Bewässerungsanlagen und Kleinkraftwerken investieren. D.h. eine Modernisierung der Landwirtschaft, bei der wenige Familien das Monopol auf die wichtigsten Produktionsmittel bekommen.

Quellenhinweis: Beijing-Rundschau 43/83; Issues and Studies 5/83



War Games / Kriegsspiele

Spannender Film über Probleme der Kriegsführung per Computer mit einfältigem Schluß

Der 17jährige Schüler David widmet seine Freizeit und seine geschwänzte Schulzeit der Arbeit an seinem Heimcomputer. Soweit stellt er in den USA nichts Besonderes dar, denn Umgang mit dem Computer und Programmieren ist in den meisten Oberschulen Pflichtfach, weil die US-Regierung entschlossen ist, in dieser Generation eine breite Basis für die herauszuzüchtenden Spitzenkräfte in der Elektronikbranche zu schaffen. Schüler in der BRD, für die solcher Unterricht nicht selbstverständlich ist, können sich trotzdem mit diesem Jungen identifizieren. David hat herausbekommen, wie er den Schulcomputer anzapfen und seine schlechten Noten sowie die seiner Freundin korrigieren kann. Weiter läßt er den Computer Firmen, die Computerspiele herstellen, anrufen und knackt deren Codes, so daß er ständig mit interessanten Spielen versorgt ist. Damit kann er seiner Freundin imponieren.

Beiden fällt nicht auf, daß sie in den Ernstfall geraten, als sie mit einem unbekannten Computer, der ihnen auch Spiele wie Schach und Poker anbietet, das Spiel „Therm nuklearer Weltkrieg“ beginnen. Sie wissen nicht, daß sie sich in den Computer des Verteidigungsministeriums eingeschaltet haben, der von seinem Erfinder, Professor Falken, so programmiert worden ist, daß er ein begonnenes Spiel auf jeden Fall zu Ende spielt mit dem Ziel, es zu gewinnen. Da-

vid kann ihn nicht daran hindern. Die Polizei fängt ihn von der Straße weg und schleppt ihn zum Verhör. Jeder freut sich, daß es David aufgrund seiner technischen Kenntnisse und mit einfachen Mitteln gelingt zu fliehen.

Die folgenden Szenen werden realistisch dargestellt, angefangen von der nachgebauten Anlage des Verteidigungsministeriums bis zum Funktionieren der Menschen, die die Geräte zu bedienen haben. Zutreffend sind auch die vom Verteidigungsministerium angestellten Überlegungen, die Menschen, die letzten Endes per Knopfdruck den Weltkrieg auslösen, durch weitere Computer zu ersetzen, die nicht durch moralische Bedenken gehemmt werden, diesen Befehl auszuführen. Dennoch beeindruckt den Zuschauer hauptsächlich die falsche Vorspiegelung, daß Krieg ein Spiel ist, das auf Computerbildschirmen abrollt. Der Film enthält nichts über die bewegenden Gründe der Verantwortlichen für den Krieg und nichts über die Kriegsziele.

Diese Illusion wird unterstützt dadurch, daß der Computer zur handelnden Person neben den anderen Helden des Films erhoben wird. „Joshua“ ist nicht nur das Codewort, mit dem David sein Programm geknackt hat, auf Grund des Einfalls, daß Falken dafür den Namen seines tödlich verunglückten Sohns verwendet hat, sondern der Computer tritt selber unter diesem Namen auf

und spricht. Zwar wird im Film nebenbei die Erklärung geliefert, daß nur die Übersetzung bestimmter Impulse diese Stimme erzeugt, aber der Eindruck eines denkenden Lebewesens überwiegt.

Im Schlußakt sind nun alle Anstrengungen darauf gerichtet, diesen Joshua, einen Computer, der lernen kann, rechtzeitig zu der Überzeugung zu bringen, daß er dieses Spiel nicht gewinnen kann, und daher aufzugeben. Der Erfolg dieser Bemühungen bildet den Schluß des Films. Joshua stellt nun aus eigener Einsicht an seinen unter abenteuerlichen Umständen von den beiden Teenagern herbeigeholten Schöpfer, einen Rüstungsfachmann, der den Glauben an die Zukunft der Menschheit wiedergewonnen hat, die friedliche Frage: „Wie wäre es mit einer netten Partie Schach?“ Alle Falken werden zu Tauben.

Das Problem, an dem die Imperialisten weltweit arbeiten und zu dessen Lösung sie ihre hochbezahlten Wissenschaftler antreiben, nämlich die praktische Beantwortung der Frage, wie ein Weltkrieg gewinnbar gemacht wird, wird damit unterdrückt. Dementsprechend erscheint der oberste General als Mensch ohne imperialistische Absichten. Er reißt Witze und unterwirft sich der Vernunft des Computers, die doch bloß den erreichten und für die Imperialisten nicht befriedigenden Stand der Kriegstechnik widerspiegelt. - (anl)

Der Sündenfall umgekehrt

Daß nur Individualität, Naturverbundenheit und Pioniergeist den Fortbestand der Menschheit garantieren können, ist die Überzeugung, die K. Wilhelm in diesem Science Fiction propagiert. Die gesamte Erdbevölkerung geht in einer Umweltkatastrophe elend zugrunde, deren Ursache der Leser nur in der industriellen Nutzung der Naturschätze vermuten kann. Lediglich ein Familienclan in den USA kann sich retten, weil einige Mitglieder über ausreichende Weitsicht, wissenschaftliche und materielle Mittel verfügen, in abgeschiedener Gegend eine Überlebensstation einzurichten. Die Erhaltung der Art gelingt dem inzwischen sterilen Clan durch Genverpflanzung. Über Generationen kann die Gesellschaft überleben, die Produktion ihrer Lebensmittel betreibt sie kollektiv im Stil der siedelnden Einwanderer; ihre Fortpflanzung basiert auf der Gentechnologie, obwohl dies zunächst nur als Zwischenlösung bis zur Wiedererlangung der Fruchtbarkeit geplant war und längst keine biologische Notwendigkeit mehr ist. Dies führt zum Untergang der Gemeinschaft. Nur ein zufällig gezeugtes Individuum, das sich die Kenntnisse der Indianer und der ersten europäischen Siedler angeeignet hat, kann eine neue, nun steinzeitlich produzierende Gemeinschaft gründen. Die Natur hat sich durchgesetzt, der Sündenfall besteht nicht in der sexuellen Vereinigung, sondern in der Überwindung der sexuellen natürlichen Fortpflanzung.

Kate Wilhelm, Hier sangen früher Vögel, Heyne-Verlag, 5,80 DM - (uld)

Umwelt-Roman: Bergersdorf ist überall

Eine Chemiefabrik im Sauerland. Ein junger Arbeiter, in der Galvanik beschäftigt, stößt durch Zufall – beim Abkippen von Chemieabfällen auf die Werksdeponie – auf die Gefährlichkeit der Produktionsbedingungen und der -rückstände. Ein Hund ist auf die Deponie geraten und von den Abfällen zerfressen. Der Arbeiter geht der Sache nach, entnimmt Proben von den Chemieabfällen, wird vom Werksschutz entdeckt und bekommt die Papiere, weil er kein Schweigegeld will. Der Betriebsrat unternimmt nichts gegen die Kündigung, wegen der Arbeitsplätze. Der Arbei-

ter gibt nicht auf, versucht, die für Umweltschutz zuständigen Behörden einzuschalten. Die rühren sich schließlich und ordnen wegen der Gefährlichkeit der Abfälle und der Grundwassergefährdung durch die Deponie die sofortige Schließung der Galvanik an. 80 Arbeiter werden beurlaubt, und die Geschäftsleitung spricht von möglicher Werksschließung. Der Arbeiter wird von einem Teil seiner Kollegen jetzt offen angefeindet, weil sie in ihm die Ursache für die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze sehen. Das Ende der Geschichte: Der Betrieb darf weiter produzieren – die Abfälle müssen auf eine Sonderdeponie – und das Land NRW bezuschusst den Bau einer neuen Deponie. Die Klage des Arbeiters auf Wiedereinstellung endet mit einem Vergleich. – Enthüllungen über Umweltskandale, deren Verursachung durch kleine und große Kapitalisten und über das stillschweigende Einverständnis, mit dem die Staatsorgane die Gefährdung von Mensch und Umwelt decken, gibt es seit Jahren. Insofern trägt es wenig zur Aufklärung bei, daß der Autor, Mitglied des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt, bekannte Sachverhalte als Stoff zu einer realistischen Erzählung verarbeitet hat. Ihr simples Fazit: Wehrt euch, leistet Widerstand. Die Geschichte rüttelt nicht auf, ist eher langweilig. Eine realistische Beschreibung der Arbeitsbedingungen bei den Chemiekonzernen, der täglichen Gefährdung durch Schadstoffe, der Folgen der unerträglichen Schichtarbeit, wäre da dringender am Platze.

Wolfgang Kammer, Bergersdorf ist überall, Fischer-TB 5285: 8,80 DM – (wom)

Leider nur für ein kleines Publikum verfaßt

Die jetzt in der Reihe „fischer alternativ“ erschienene Sammlung von Diskussionsbeiträgen eines Seminars des Max-Planck-Instituts für Sozialwissenschaften behandelt eigentlich eine für die weitere politische Entwicklung in der BRD recht interessante Frage: „Was ist die Schattenseite der neuen sozialen Bewegungen (hiermit sind grüne und grün-alternative Bewegungen gemeint, d. Verf.), verbirgt sie womöglich einen ‚konservativen Aufbruch im bunten Gewand‘?“

Wer sich allerdings von dem Bändchen eine Klärung dieser Frage oder zumindest eine genaue Darstellung konservati-

ver Strömungen in diesen Bewegungen erwartet, sieht sich bei der Lektüre enttäuscht. Die Autoren der Aufsatzsammlung – alle Theoretiker oder Sprecher der grünen und grün-alternativen Bewegungen – wenden sich an ein in die Auseinandersetzung bereits eingeweihtes, dazu sozialwissenschaftlich und philosophisch vorgebildetes Publikum. Wer sich dennoch durch die zwölf Beiträge quälen will, erhält dann folgende Sammlung von Meinungen.

Der Schriftsteller Carl Amery sucht nach einer Verbindung von christlichem Konservatismus und grünen Bewegungen. Er erhält von W. Schäfer zur Antwort, wer den Schutz von Pflanzen und Tieren wolle, müsse deswegen noch lange kein Romantiker werden.

P. Dudek lehnt in seinem Beitrag jegliche Zusammenarbeit mit „national-revolutionären“ Kräften wie etwa dem Neofaschisten Henning Eichberg ab.

S. Meuschel wendet sich gegen den „linken Patriotismus“ und „deutsche Wiedervereinigungsbestrebungen“ – ist aber nicht grundsätzlich gegen Chauvinismus, denn sie findet die „europäische Einigung“ als „Voraussetzung der deutschen Neuvereinigung“ als Perspektive „ungleich sympathischer“.

Vier Aufsätze beschäftigen sich mit „konservativen Tendenzen in der Frauenbewegung“. Die Mehrheit der Autoren lehnt einen „biologisch begründeten Feminismus“ („Frauen von Natur friedfertiger und sanftermütiger“) ab. Mit dieser Argumentation sei keine Abgrenzung zur konservativen Mütterlichkeits-Propaganda möglich.

Die Sammlung von Aufsätzen schließt mit Beiträgen zu „Basisdemokratie und Gewaltfrage“. Während das Bundesvorstandsmitglied der Grünen M. Maren-Grisebach sich auf die BRD-Verfassung beruft, um Aktionen gegen die Staatsgewalt zu rechtfertigen („Widerstandsrecht“), argumentieren U. Rödel und G. Frankenberg staatstragend: Das Grundgesetz schütze die Meinungsfreiheit und der Rechtsstaat das Recht.

Der Leser, der sich für die Auseinandersetzung der grünen und grün-alternativen Bewegungen mit Konservatismus interessiert, vermißt vor allem eine Dokumentation der Auffassungen, gegen die die Autoren der Beiträge polemisieren.

W. Schäfer (Hrsg.), Neue Soziale Bewegungen, fischer alternativ 4166: 7,80 DM – (alk)

Main Battle Air Vehicle (MBAV)

Die Beweglichkeit mit der Feuerkraft in Einklang bringen

Der zum 1. Oktober 1983 in den Ruhestand getretene ehemalige Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa-Mitte, General Dr. Ferdinand von Senger und Etterlin, hat sich in einem Vortrag vor dem „Royal United Services Institute“ in London Gedanken gemacht über „Neue Dimensionen militärischer Operationen“. Der Vortrag findet sich abgedruckt in der diesjährigen August-Nummer der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde“ (EW).

Etterlin machte in seinem Vortrag u.a. folgende Ausführungen: „Die Militär- und Kriegsgeschichte nennt manche Beispiele dafür, daß entweder die überlegene Beweglichkeit oder die überlegene Feuerkraft einer Seite die Grundlage für eine erfolgreiche Operationsführung oder gar des Sieges war. Relativ selten aber sind die Beispiele, wo es gelang, beide Überlegenheitsfaktoren zu vereinen. Wenn dies der Fall war, war meist ein überwältigender Sieg die Folge.“ (EW 8/83, S. 363) Und den heutigen Stand ansprechend, fährt er fort: „Wir müssen unsere Beweglichkeit mit der gesteigerten Feuerkraft in Einklang bringen ... Es ist meine Überzeugung, daß nur ein Luftfahrzeug diese Möglichkeit eröffnet ... Wir brauchen ein Luftfahrzeug, daß den Schritt von dem Zwischenstadium der ‚Luftbeweglichkeit‘ zur ‚Luftmechanisierung‘ erlaubt. Das Transportmittel muß zum Kampfmittel werden.“ (ebd. S. 364)

Das von Senger und Etterlin vorgetragene Konzept sieht völlig eigenständige luftmechanisierte Verbände auf Divisionsebene vor. Grundlage der Kampfseinheiten soll ein „Main Battle Air Vehicle (MBAV)“, also ein Luftfahrzeug für die Hauptschlacht sein. Eigenschaften desselben: Höchstgeschwindigkeit ca. 300 km/h; Reichweite 600 km; Dauerschwebefähigkeit; Start- und Landefähigkeit in jedem Gelände; Allwetter-, Tiefstflug- und Nachtkampffähigkeit; Nutzlast 2 t, davon vorwiegend Waffen. Die taktisch und logistisch eigenständigen, von Bodentruppen unabhängigen Verbände sollen gegliedert sein in eine „luftmechanisierte Brigade“ als eigentliche Kampfseinheit, eine „Lufttransportbrigade für die logistische Unterstützung und eine „luftbewegliche Brigade“ zum Einsatz infanteristischer Kräfte, analog etwa den Panzergrenadiern, um „Gelände für längere Zeit zu halten“ (ebd. S. 365). Zusammengefaßt ergeben diese drei Komponenten die „luftmechanisierte Division“. Von Senger und Etterlin verspricht sich viel von diesem Konzept. Mit der zehnfach gesteigerten Aufmarschgeschwindigkeit, der nahezu unbegrenzten Möglichkeit der Auflockerung der Verbände und der Fähigkeit, weitaus rascher als bisher Feuerschwerpunkte zu bilden, soll diese Doktrin „den Kampf unter allen Wetterbedingungen und Geländebedingungen, im nuklearen und konventionellen Krieg, und in allen Gefechtsarten, sei es Angriff, Verteidigung oder Verzögerung, berücksichtigen“ (ebd. S. 365).

Die Darlegungen des jetzigen Generals i.R. handeln keineswegs etwa von einer Neuerung der Luftlandetruppen (LL) oder einer speziellen Variante einer „Schnellen Eingreiftruppe“ wie sie der US-Imperialismus entwickelt hat. Etterlin, der sich seit 20 Jahren mit dieser Thematik beschäftigt, geht von einer ganz grundlegenden Fragestellung aus. Wie nämlich wird es möglich, auch unter nuklearen Gefechtsbedingungen – die jede Kräfte- und Feuerkonzentration für Durchbruchs- und Umfassungsoperationen mit Vernichtung bedroht – diese notwendigen Schwerpunkte dennoch bilden zu können. Wie ferner darüberhinaus die Vernichtungsdrohung für gegnerische Konzentrationen noch zu steigern ist, und zwar ohne auf eigene Gefechtsfeldartillerie oder Panzerverbände, die bei Bereitstellung und Heranführung ohne eine gewisse Zusammenfassung nicht auskommen können, zurückgreifen zu müssen. Der heutige Ruhestandler hat schon als junger Major nicht viel von der Absolutheit der Nuklearwaffen gehalten und als wirklich ernstzunehmender Analytiker war ihm auch früh klar, daß die Kernwaffen raumgreifende Operationen nicht ersetzen können. In seinem 1961 erschienenen Aufsatz „Die Panzergrenadiere – Geschichte und Gestalt der mechanisierten Infanterie 1930 – 1960“ schreibt Etterlin: „Auf der Seite der Luftwaffe scheint man weiter denn je von der Einsicht entfernt zu sein, daß die sog. ‚absolute Waffe‘ nur eine Waffe der Zerstörung ist, die

weder ‚erobern‘ noch ‚halten‘ kann. Deshalb ist sie nicht absolut!“ (S. 196)

Interessant sind in diesem Zusammenhang auch seine Ausführungen über das durch diese Konzeption anzustrebende „Heer im Heere“. (z.B. in seinem Aufsatz „Vom Panzerkampfwagen zum Schwebekampfflugzeug“ in der „Wehrkunde 1/67“) Dabei nimmt er ausdrücklich Bezug auf die Erfahrungen mit der deutschen Panzerwaffe im Weltkrieg II. Diese Sache hat vor allem eine politische Seite. Die gesteigerten technischen Anforderungen, die dadurch bedingte höhere Vorgesetztendichte und die relative Loslösung von der Masse des Heeres hatten bei den Panzerverbänden zu einer Kaderung bzw. zu einer Abschwächung der politischen Anfälligkeit der Mannschaftsdienstgrade geführt. Bei luftmechanisierten Verbänden würde dieser Effekt mit Sicherheit auch eintreten.

Beunruhigend ist, daß von Etterlin glaubt, schon jetzt mit vorhandenen Kampfhubschrauberverbänden der NATO etwa sechs der beschriebenen Divisionen im Gefechtsabschnitt Europa-Mitte aufstellen zu können. Eines jedenfalls ist historisch gesichert: Steigerung der Beweglichkeit und Feuerkraft hat blutige deutsche Generalstradition.

Quellenhinweis: Wehrkunde 6/65, 1/67; Europäische Wehrkunde 8/83 - (thk)

Spartacus

Der Aufstand der Sklaven – vergebliche Rebellion?

Am 27.2. 1861 schreibt Karl Marx an Friedrich Engels: „Spartacus erscheint als der famosste Kerl, den die ganze antike Gesellschaft aufzuweisen hat. Großer General (kein Garibaldi), nobler Charakter, real representative des antiken Proletariats.“ Das Interesse an Spartacus, der den größten Sklavenaufstand des griechisch-römischen Altertums anführte (73 bis 71 v.u.Z.), ist seit je gespalten gewesen. Die Reaktion versucht, diesen Aufstand zu verschweigen oder als Tat räuberischer Mörder darzustellen. Die Erschütterung der Sklavenhalter über die dreijährige Rebellion von Zehntausenden von Sklaven, verarmten Bauern und Besitzlosen war so groß, daß auch ihre Schriftsteller kaum wagten, Nachricht davon zu geben. Voller Ekel erwähnen sie diese für sie widernatürliche Rebellion nur am Rande. Heute weiß „Der kleine Pauly“, bekanntes Lexikon der Antike, zu berichten: Spartacus „zog plündernd und mordend wie Hannibal nach Süden ...“ (Bd. 5, 297) Das 25bändige „Kindlers-Literatur-Lexikon“, das sonst jeden Schnipsel der Weltliteratur aufführt, verschweigt die fortschrittlichen Spartacus-Romane von Howard Fast und Arthur Koestler (s.u.). Die bürgerlichen Historiker verwenden viel Mühe darauf, die Existenz einer Sklavenhaltergesellschaft zu leugnen und vor allem die Sklavenerhebungen als minimale Randerscheinungen im bunten Treiben der antiken Gesellschaft für völlig bedeutungslos zu erklären, zumal sie ohne jeden Zusammenhang untereinander und isoliert von den Kämpfen anderer unterdrückter Schichten nur hier und da aufgetreten seien. Die jüngst als „dtv-wissenschaft“-Taschenbuch erschienene Abhandlung „Spartakus – Analyse eines Mythos“ ist für diese Tendenz beispielhaft; so heißt es „zum sogenannten ‚Heer‘ des Spartakus“ (S. 46): „Und vielleicht waren es eher die Römer als seine eigenen Anhänger, die aus ihm, der nicht mehr als ein launenhafter und gerissener Anführer großer Räuberbanden war, den erleuchteten Feldherrn eines imaginären, bestens organisierten Heeres machten, gegen das sie zu kämpfen glaubten.“ (S. 46 f.)

Auf der anderen Seite ist der Spartacusaufstand als Kampf des antiken Proletariats unter Führung des Spartacus begriffen worden, wie Marx an Engels geschrieben hat: als Markstein im lange andauernden Klassenkampf der Sklaven gegen die Sklavenhalter bis zu deren Untergang. Durch die Forschungen sowjetischer Historiker seit den 30er Jahren ist die Rolle der Sklaven als Hauptproduzenten der antiken Gesellschaft nachgewiesen und die politische Entwicklung der römischen Republik zum Imperialismus der Kaiserzeit bis zum Zusammenbruch des römischen Weltreichs als Geschichte der antiken Klassenkämpfe untersucht worden. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse hat Arthur Koestler seinen Roman in den 30er Jahren verfaßt, und auch Fast's Roman ergreift Partei für den Kampf der Sklaven gegen ihre Sklavenhalter.

Tatsächlich wurde mit dem Spartacusaufstand eine entscheidende Epoche der antiken Klassenkämpfe eröffnet. Der römische

Staat hatte in den vergangenen 300 Jahren neben den ältesten grundbesitzenden Patriziern als Ergebnis der sog. „Ständekämpfe“ zwischen einfachem Volk und Grundbesitzern einen Amtsadel herausgebildet, der die militärische Expansion in den gesamten Mittelmeerraum organisierte und im Innern ein umfangreiches Rechtswesen aufbaute, um die Besitztitel auf die geraubten Güter und Länder zu sichern. Anfängliche Formen der Versklavung der römischen Bürger durch Verschuldung wurden in Folge der militärischen Raubzüge bald durch den ständig wachsenden Strom kriegsgefangener Sklaven verdrängt. Während die Kriegsführung den Bauernstand dezimierte, die restlichen kleinen Bauern ins städtische Lumpenproletariat Roms verwandelte und die kleinen Höfe den riesigen Plantagen weniger Grundbesitzer zuführte, produzierten die Sklaven auf diesen Latifundien den gesellschaftlichen Reichtum. Der römische Rechtsstaat garantierte, daß Sklaven gar nicht erst als „Rechtssubjekt“, sondern nur als „Rechtsobjekt“ erscheinen konnten, als Arbeitskräfte also, die absolut rechtlos den Gesetzen des Sklavenmarktes und den Kalkulationen ihrer Ausbeuter (als „Gerätschaft mit menschlicher Stimme“, so der Agrarschriftsteller Varro um 40 v.u.Z.) unterworfen waren. Die billige Zufuhr der Sklavenmassen, gesteigert noch durch systematische Menschenjagden, die ganze Landstriche entvölkerten, ermöglichte ihren raschen Verschleiß.

Seit den frühesten Zeiten des römischen Staates wird von Sklavenaufständen berichtet: Schon 460 v.u.Z. besetzten 2500 Sklaven das Regierungszentrum Roms, zwischen 200 v.u.Z. und dem Spartacusaufstand 73–71 v.u.Z. häuften sich Rebellionen, die teilweise jahrelang andauern und erst durch massiven Einsatz der römischen Militärapparates niedergeschlagen werden können.

Wenige Jahrzehnte nach dem Aufstand wird die römische Republik in die Militärdiktatur der kaiserlichen Alleinherrscher verwandelt. Die Lage der Sklaven beginnt sich zu ändern:

- Es wird der unbedenkliche Einsatz beliebiger Mengen von Sklaven gesetzlich eingeschränkt: 59 v.u.Z. wird die „Einfuhr“ von Gladiatoren nach Rom begrenzt; Caesar bringt ein Gesetz durch, daß zur Feldarbeit mindestens ein Drittel freie Arbeiter einzusetzen sind; der Ankauf freier Lohnarbeit dehnt sich aus.

- Die Sklavenpreise steigen, weil statt Expansion immer mehr die Grenzsicherung nötig wird; die Sklaven können bessere Haltung (auch wegen ihres Nachwuchses als Quelle neuer Sklaven) erreichen.

- Die Freilassung von Sklaven steigt sprunghaft, obwohl sie seit langem mit einer 5%-Steuer belegt ist; sie ist rechtlich an vielerlei Formen der Rentenzahlung an den Herrn gebunden; bereits Kaiser Augustus versucht, die Freilassungen gesetzlich einzuschränken.

- Auf dem Land breitet sich das Kolonat aus: An die Stelle intensiver arbeitsteiliger Sklavengroßwirtschaft treten „freie“ Kolonen, die eine Parzelle bewirtschaften, für die sie Abgaben entrichten müssen.

- In der Sklavenhaltung werden Belohnungssysteme eingeführt, um das „Eigeninteresse“ der Sklaven zu fördern.

- Das römische Heer muß in großer Zahl Sklaven als Soldaten einsetzen (wie gelegentlich früher schon), für die damit die Freilassung erreicht wird.

- Die Sklavenflucht nimmt in der Kaiserzeit massenhafte Ausmaße an, da leicht eine neue Arbeit, wenn auch illegal, zu finden war. Keineswegs ist damit die Sklavenarbeit als Hauptform der Ausbeutung abgelöst worden. Trotzdem wird eine neue Epoche der Sklavenhaltergesellschaft eröffnet: Es findet eine Nivellierung zwischen völlig rechtlosen Sklaven, halbfreien Pächtern und freien Lohnarbeitern statt; gesetzliche Regelungen gegen das Mißhandeln und Töten von Sklaven folgen in der Kaiserzeit.

Die ökonomischen und politischen Einzelgründe für diese Entwicklung sind vielfältig, stattgefunden hat sie aber auf der Grundlage des jahrhundertelangen Kampfes der Sklaven gegen ihre totale Unterwerfung. Die Geschichte des Spartacusaufstandes zeigt die Gewalt dieses Kampfes.

73 v.u.Z. brach aus einer Gladiatorenschule in Capua, in der Sklaven aus Gallien und Thrakien für Schaukämpfe mit tödlichem Ausgang trainiert wurden, eine Gruppe von rund 70 Gladiatoren aus. Sie besiegte und entwaffnete die lokalen Ordnungskräfte und verschanzte sich unter großem Zulauf weiterer Sklaven und verarmter Bauern am Vesuv. Der Thraker Spartacus und der Kelte Krixos führten die Aufständischen an, die als erstes die 3000 Mann unter dem zunächst zuständigen römischen Befehlshaber am Vesuv durch Überraschungsangriff vernichtend schlugen. Auf ausdrücklichen Befehl des Senats in Rom rückte sodann Prätor

Varinius mit etwa 15000 Soldaten heran; die Rebellen griffen sich zuerst Teiltruppen heraus und schlugen den Rest dann in offener Feldschlacht. Ende 73 befehligten Spartacus und Krixos ca. 40000 Aufständische. Anfang 72 kam es zu einer Spaltung: Krixos wurde nach der Trennung mit etwa 10000 Rebellen von den Römern vernichtet. Spartacus besiegte auf dem Weg nach Norden beide Konsuln, die obersten regulären Befehlshaber der Römer, kehrte aber in der Po-Ebene wieder nach Süden um, auf seinem Weg wiederum siegreich gegen weitere Heere der Sklavenhalter. Jetzt setzte der Senat den Bankier und reichsten Mann Roms Crassus als Feldherrn über 45000 – 48000 Mann gegen die Sklaven in Bewegung. Diese wichen weiter nach Süden aus. Der Versuch, mit Hilfe der gut organisierten antirömischen Seeräuber nach Gallien überzusetzen, mißlang. Crassus ließ eine 53 km lange Mauer über das Festland ziehen, um die Aufständischen im äußersten Süden auszuhungern und auf die Hilfe des Pompeius zu warten. Spartacus durchbrach den Kessel, konnte aber schließlich, von mehreren Seiten bedroht, eine offene Feldschlacht nicht mehr vermeiden, und das Heer der Aufständischen wurde 71 vernichtet. Spartacus fiel wie die meisten im Kampf, einige Tausend konnten flüchten, 6000 Gefangene ließ Crassus zwischen Capua und Rom an der Via Appia, einer der großen Staatsstraßen, ans Kreuz schlagen. Unruhen in ganz Italien, vor allem im Süden, gingen aber weiter. Pompeius tötete im Norden einen Teil der Sklaven und heimste für diese Leistung den „Triumph“ als endgültiger Sieger über die Sklaven in Rom ein. Gerade diese Gegend allerdings wurde bis in die Kaiserzeit hinein für die Römer nicht mehr sicher. Noch 62 v.u.Z. mußte im Süden Italiens an dem Ort, wo Spartacus sich länger aufgehalten hatte, ein Prätor gegen rebellische Sklaven eingesetzt werden.

1951 hat der Amerikaner Howard Fast seinen Roman „Spartacus“ veröffentlicht (rororo 1981). Er schilderte den Zustand der Sklaven aus dem Rückblick des Jahres 71; die Sklavenhalter haben gesiegt, aber sind nach wie vor dabei, ihre Angst vor der Revolte der Sklaven zu verbergen hinter Rechtfertigungen ihrer Herrschaft und durch den Genuß ihres Luxuslebens. Beides wird von Fast in seiner Ekelhaftigkeit und Verlogenheit ausführlich geschildert. Der Aufstand selbst wird in Rückblenden erzählt: Wie

das Losbrechen der revolutionären Gewalt eine neue Solidarität unter den Rebellen herstellt, wie Spartacus von dem Gedanken der Zerstörung Roms beherrscht wird. Als Ziel schwebt ihm „eine neue Welt“ vor, in der es keine Herren und Sklaven gibt, aber das bleibt ein vager persönlicher Traum des Spartacus. Noch romanhafter ist in die Erzählung die Liebesgeschichte zwischen Spartacus und der germanischen Sklavin Varinia verwoben. Sie wird nach der Niederlage von einem reichen Emporkömmling, der an Rom verzweifelt, heimlich befreit. Hier verstärken sich Töne, die wie ein Vorblick auf die christliche Moral wirken. Der Sklavenhalter: „Waren die merkwürdigen Worte Varinias wahr – daß die Menschen rein und selbstlos werden konnten, wenn sie das Böse bekämpften?“ (259)

Der Roman „Die Gladiatoren“ von Arthur Koestler ist 1960 zuerst in deutscher Übersetzung erschienen, auch er schildert auf verschiedenen Ebenen das schmarotzende Leben der Sklavenhalter und die Kämpfe der Sklaven. Im Mittelpunkt stehen die Auseinandersetzungen unter den Revolutionären über den richtigen Weg zur Befreiung: Spartacus setzt auf die Gründung eines „Sonnenstaates“ mit Gemeineigentum und kollektiver Produktion. Er scheitert, weil sein Konzept nicht begriffen wird und nur unter hartem Zwang durchzusetzen wäre – vor der Alternative einer neuen Diktatur muß er sich für das Laufenlassen der spontanen Rebellion und damit für die vorausgesehene Niederlage entscheiden. Leider hat auch Koestler dem Spartacus einen jüdischen Essener als Berater an die Seite gestellt, quasi stellvertretend für die Bergpredigt – angeblich jenes „Programm, das Spartacus, der Sklaven-Messias, nicht zu verwirklichen vermochte“ (Nachwort, 339) Während beide Romane trotzdem aus dem Haß gegen Ausbeutung und Unterdrückung Partei ergreifen für den Aufstand der Sklaven, gibt es offen reaktionäre Darstellungen: Ein H.D. Stöver läßt Spartacus in seinem Roman (1977) als noblen Aristokraten in Konkurrenz mit edlen Römern treten, die ihrerseits schon so recht in christlicher Nächstenliebe daherkommen.

Quellenhinweis: Dokumentationen: W. Raith, Spartacus, Wagenbach Taschenbuch 84, 1981; R. Günther, Der Aufstand des Spartacus, Pahl-Rugenstein 1980; A. Guarino, Spartacus, dtv 1980. Romane: H. Fast, Spartacus, rororo 1981; A. Koestler, Die Gladiatoren, Ullstein 1983; H.D. Stöver, Spartacus, Knauer 1979 - (mak)

Kohle-/Kreidezeichnung



Parkbank im Hansaviertel (Münster) 1983, güv, Köln

Tabelle 1 zeigt die auf dem Arbeitsmarkt stattfindende Bewegung, soweit sie mit Arbeitslosigkeit verknüpft ist. Die bekannte Steigerung der Zahl der Arbeitslosen ist verbunden mit einer vermehrten Umwälzung von Arbeitskraft, mit Entlassungen und Einstellungen. Je größer die Reservearmee, desto schwungvoller dieser Umwälzungsprozeß, desto verheerender die Folgen für die Lohnabhängigen. Über diese erzwungenen Bewegungen setzen die Kapitalisten ihr Interesse an stets verfügbarer Arbeitskraft zu ihnen genehmen Bedingungen mittels Repulsion verschlissener Arbeitskräfte und Diktat der Bedingungen der Neueinstellung durch.

Die folgenden Angaben beziehen sich meist auf Arbeitslose oder Abgänger aus der Arbeitslosigkeit im Jahre 1977 (mangels neuerer Daten). Damals schmolz die Reservearmee ab. Der Monatsnettoverdienst fiel nach Arbeitslosigkeit im Durchschnitt nur wenig gegenüber der allgemeinen Entwicklung zurück - 26% hatten Einkommensverluste. Deutlich abgesondert ist aber bereits die Entwicklung bei den Männern über 30, die 80 DM Verlust hatten. Auch Frauen über 30 und Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen hatten Einkommensverluste. Verdienstverluste von im Durchschnitt 20% sind ausgewiesen für die über 40-jährigen wie für die Gruppe der länger als 12 Monate Arbeitslosen.

Ihre "Stellung verschlechtert" hatten 27% der Arbeitslosen, aber auch hier sind es bei den über 30-jährigen bereits 41%, bei denjenigen mit gesundheitlichen Einschränkungen 40%. Oft dürften also ältere durch jüngere Arbeitskräfte ersetzt werden, die dann mehr erhalten als zuvor, aber weniger, als der ältere Arbeiter oder Angestellte zuvor erhalten haben mag. 10% der Abgänger aus der Arbeitslosigkeit berichten über höhere körperliche Arbeitslasten - körperlich schwere Arbeit nimmt zu. Zahlreiche Angaben beweisen die Repulsion verschlissener Arbeitskraft. Unter den Arbeitslosen über 45 Jahre wie auch unter den wieder-

Informationen zum Arbeitsmarkt

holt Arbeitslosen sind deutlich überrepräsentiert Arbeiter, die zuvor Nacht- und Schichtarbeit oder körperlich schwere Arbeit ausführen mußten. Das gleiche gilt für Akkordarbeiter bezogen auf die über 45-jährigen. Unter den wiederholt Arbeitslosen wie unter den Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen - letztere stellen 26% der Arbeitslosen - sind alle Arten gesundheitlicher Verschleißerscheinungen wie Bandscheibenschäden oder Magenbeschwerden überrepräsentiert. Die Zahl der Arbeitskräfte, die durch diese Entwicklung unter Umstände ständiger Beschäftigung nach dem Muster von Tagelohnarbeit gebracht sind, dürfte wachsen und einige 100 000 betragen. Bei den dem Arbeitsamt angebotenen Stellen sind 1982 bereits 29,9% befristet (1980: 23,4%). 6% der Arbeitslosen im November 1981 kommen aus befristeten Arbeitsverhältnissen. Von den arbeitslosen Männern im November 1977 waren sogar 11% zuletzt befristet beschäftigt. Von den Abgängern aus der Arbeitslosigkeit im November 1977 waren 4 Monate später 27% bereits wieder arbeitslos.

Tabelle 2 sollte jenen zu denken geben, die der Ansicht anhängen, es gebe ein Beschäftigungsproblem in der BRD. Von 1973 auf 1982 stieg die Zahl der Personen im Alter von 16 bis 65 um 5,3% (Sp.1). Gleichzeitig wuchs die Zahl der abhängig Erwerbstätigen (Sp.4) "nur" um 2,5%. Immerhin: sie wuchs und wird auch voraussichtlich nicht wesentlich fallen, was schwerlich als Krise der Ausbeutung von Arbeitskraft durch Kapital gedeutet werden kann. Rechnen wir nun die bereits definitiv verschlissenen Arbeitskräfte (Sp.2) hinzu - ihre Zahl hat sich fast verdoppelt -, so stieg die sich ergebende Summe um 5,6%, also schneller, als die entsprechende Wohnbevölkerung. Es muß schließlich die aus demographischen Gründen wie wegen der Expansion des Bildungssystems stark

gestiegene Zahl von Schülern und Studenten im entsprechenden Alter, die im staatlichen Lehrbetrieb vernutzt werden, hinzuaddiert werden (Sp.3). Als Resultat erhalten wir die Ausnutzungsquote (Sp.8), die den Anteil der von Staat und Kapital trotz "Krise" vernutzten Arbeitskraft angibt: sie stieg im Zeitraum um immerhin 2 Prozentpunkte. Statt Beschäftigungskrise findet man auf dem Arbeitsmarkt vielmehr den Erfolg einer gigantischen Mobilisierung vor. Der Anteil und die Anzahl der Leute, die - gezwungenermaßen - bereit sind, ihre Arbeitskraft für anderer Leute Geschäfte und Zwecke zur Verfügung zu stellen, ist nämlich um 8 Prozentpunkte gestiegen (Sp.7). Hieraus rekrutiert das Kapital die Reservearmee. Sie wird durch verschärfte Abhängigkeit und Senkung des Lebensstandards der nichtbesitzenden Bevölkerung hervorgetrieben. Deshalb ist sich die Bourgeoisie eines "anhaltend hohen Niveaus der Arbeitslosigkeit" so sicher - komme da was wolle. (mas).

Quellen: Amtl. Nachr. der BfA: div. Hefte; Mitt. aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: div. Hefte; Stat. Bundesamt: div. Fachserien; Bundesmin. für Arbeit und Soz.: Forschungsbericht 60.

Tabelle 1: Arbeitsmarktbewegung

Jahr	Zugänge in die Arb.lo- sigkeit	Abgänge aus der Arb.lo- sigkeit	Zugänge plus Abgänge
1973	1877	1613	3490
1974	2795	2261	5056
1975	3450	3253	6703
1976	3256	3358	6614
1977	3315	3351	6666
1978	3081	3123	6204
1979	2844	2978	5822
1980	3084	2812	5896
1981	3531	2890	6421
1982	3707	3170	6877
1983	(3920)	(3470)	(7327)

Alle Angaben in 1000. Angaben in Klammern wurden geschätzt.

Tabelle 2: Bevölkerung der BRD von 16 bis 65 Jahren und Arbeitsmarkt (Angaben in 1000)

Jahr	(1): insge- samt	(2): davon Rentner	(3): davon Schüler und Studenten	(4): davon abhängig Er- werbstätige	(5): davon Arbeitslo- se	(6): davon "Stille Reserve"	(7): Mobili- sierungs- quote %	(8): Aus- nutzungs- quote %
1973	38753	(1160)	2224	23045	273	156	68,36	68,20
1974	38697	(1273)	2369	22998	582	206	69,89	68,84
1975	38588	1386	2482	22263	1074	480	70,69	67,72
1976	38645	1437	2557	22233	1060	561	70,89	67,87
1977	38807	1458	2668	22451	1030	613	71,65	68,49
1978	39043	(1530)	2754	22681	993	591	72,03	69,06
1979	39443	1602	2871	23065	876	554	72,32	69,82
1980	40063	1555	2996	23634	889	587	72,99	70,35
1981	40158	1739	3183	23757	1272	650	75,12	71,42
1982	40789	1952	(3330)	23632	1833	802	76,21	70,89
1983	(41000)	(2000)	(3500)	(23200)	(2300)	(945)	(76,78)	(70,00)

Sp. 3 enthält nicht Auszubildende, da in 4 enthalten. Sp. 4 enthält Soldaten. Sp. 6 nach Angaben des Inst. für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Spalte 7 = $(\text{Sp. } 3+4+5+6)/(\text{Sp. } 1-2) \times 100$. Spalte 8 = $(\text{Sp. } 2+3+4)/(\text{Sp. } 1) \times 100$. Zahlen in Klammern wurden geschätzt, da entsprechende Daten (noch) nicht vorlagen.

14. Gewerkschaftskongreß zu Lohnstruktur, Schichtarbeit und Arbeitszeitverkürzung

Arbeitszeitverkürzung:

"Die Delegierten des 14. Gewerkschaftskongresses fordern den Hauptvorstand auf:

1. Die Forderung nach 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum vorrangigen Gegenstand der Tarif- und Beamtenpolitik zu machen,
2. für die Verkürzung der Lebens- und Jahresarbeitszeit einzutreten,
3. eine rechtzeitige Abstimmung mit den Industriegewerkschaften und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB über das gemeinsame Vorgehen für die Tarifrunden sicherzustellen,
4. Mitgliedern und Funktionsträgern in verständlicher Form die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zusammenhänge und Hintergründe darzustellen und die Notwendigkeit unserer Forderungen zu begründen ..."

Mit der Billigung dieses Antrags waren weitergehende Anträge erledigt, in denen u.a. gefordert wurde:

- "Um die rechnerische Personalvermehrung durch Einstellungen zu nutzen, ist gleichsam die tägliche und wöchentliche zulässige Gesamtarbeitszeit tarifvertraglich zu regeln ...
 - Die tägliche Gesamtarbeitszeit darf 9 Stunden nicht überschreiten. Die arbeitsvertraglich festgelegte wöchentliche Arbeitszeit darf ... aus dringenden betrieblichen Gründen höchstens um 25% überschritten werden. Die Anordnung von Überzeitarbeit bedarf der Zustimmung der Personalvertretung. Die AZVO (Arbeitszeitverordnung) ist im gleichen Sinne zu ergänzen.
 - Damit die rechnerische Personalvermehrung ... nicht überwiegend zu befristeten Beschäftigungen genutzt wird, sind hierfür tarifvertragliche Begrenzungen erforderlich ...
 - Um Arbeitszeitregelungen auf dem Verordnungsweg gesetzlich einzugrenzen, ist die Änderung der Gesetzesgrundlage der Arbeitszeitverordnung zu beschleunigen ..."
- (Antrag 235, Frankfurt)

Ein weiterer Antrag, der neben der tarifvertraglichen Regelung definierter Arbeitsbedingungen eine Neufassung der Arbeitszeitordnung mit den Schwerpunkten: gesetzliche Absicherung der 40-Stunden-Woche, Begrenzung der Zahl an Überstunden pro Tag und Woche, Aufnahme von Strafbestimmungen bei Überschreiten der Höchstarbeitszeit verlangte (Antrag 236), wurde als Material an den Hauptvorstand überwiesen.

Schichtarbeit:

"1. Erhöhung des prozentualen Anteils schon bestehender Erholungszeiten für Schichtdienstleistende.

Arbeitszeitverkürzung & Intensivierung der Arbeit - zum Beispiel bei der Post

Der damalige Postminister Gscheidle machte 1981 bekannt: Die Zahl der Beschäftigten bei der Post ist in den letzten zehn Jahren um 8,5% angestiegen - der Verkehrsanstieg (Anzahl der Briefe, Pakete, Telefongespräche usw.) dagegen stieg im gleichen Zeitraum um 63%. Der Minister vergaß hinzuzufügen, daß 1974, also gleichfalls in diesem Zeitraum, die wöchentliche Arbeitszeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter bei der Post von 42 auf 40 Stunden verkürzt wurde. Allein diese Arbeitszeitverkürzung hätte eine Stellenanhebung von 4,8% nötig gemacht - tatsächlich stellte die Post nicht einmal halb so viel neu ein, wie zum Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung erforderlich war.

Die gewaltigen Rationalisierungen, die sich hinter diesen Zahlen verbergen, die immense Steigerung der Arbeitsintensität der Beschäftigten hat die Post vor allem durch Einführung eines Personalbemessungssystems durchgesetzt. Dieses System, das eigens für die Post und die öffentliche Verwaltung entwickelt wurde, ermittelt mithilfe von REFA-Methoden den Stellenbedarf des Dienstherrn. Systematisch wird jeder einzelne Arbeitsgang in buchstäblich jedem Bereich der Post nach "Luft", d.h. nach Möglichkeiten zur Rationalisierung und Stellenreduzierung durchgeführt.

1981 nun hat die Deutsche Postgewerkschaft mit einem Streik für alle Beschäftigten in Nachtschicht je nach Ausmaß der Nachtschichtarbeit eine bis vier Freischichten pro Jahr durchgekämpft. 1982 wurde dann für alle, die bis dahin weniger als 30 Tage/Jahr Urlaub hatten, d.h. für ca. 90% der Postbeschäftigten, der Urlaub um einen Tag verlängert. In der Stellenent-

Aus: BwK-Nachrichtenheft 05, Öffentliche Dienste, Woche 46/83

2. Bereitstellung zusätzlicher Erholungszeiten und Pausenregelungen für Beschäftigte im Schichtdienst mit besonderer Belastung.
3. Arbeitswissenschaftliche Bestandsaufnahme der Belastungsfaktoren im Schichtdienst mit dem Ziel, Mehrfachbelastungen sobald als möglich zu reduzieren.
4. Ausdehnung der Ruhezeiten zwischen zwei Dienstschichten und Anrechnung auf die Arbeitszeit, soweit die Ruhezeiten aus betrieblichen Gründen nicht eingehalten werden können.
5. Anrechnung von Bereitschaftszeiten (z.B. Bahnpostdienst) mit einem höheren Prozentsatz als bisher auf die Arbeitszeit ..."

Lohnstruktur:

Anträge an den Gewerkschaftstag, den Hauptvorstand und die Tarifkommission in künftigen Lohnaus-

wicklung schlug sich dies aber praktisch nicht nieder.

Eigentlich nämlich hätten sich diese beiden Maßnahmen in Neueinstellung von 4000 Beschäftigten (0,7%) niederschlagen müssen. Da auch das Verkehrsaufkommen weiter anstieg, wären insgesamt nach den Berechnungen der Post 1982 14000 neue Stellen notwendig gewesen. Tatsächlich wollte der oberste Dienstherr Gscheidle lediglich 2000 neue Stellen genehmigen. Erst nach der Ankündigung von Kampfmaßnahmen durch die DPG gestand er dann schließlich 6000 Neueinstellungen zu, 8000 zu wenig, um nur den Standard zu halten. Damit leitete das Postministerium zugleich eine neue Rationalisierungswelle ein.

Zum Beispiel wurde die Zeit, die bisher für das Lesen von Verfügungen vorgesehen wurde (2,8% der Arbeitszeit) um einen Prozentpunkt verkürzt - natürlich müssen die Beschäftigten jeweils die Verfügungen auch weiterhin lesen, wenn sie's in der Arbeitszeit nicht schaffen, dann eben in der Pause. Gegenwert für den Dienstherrn: 4000 Arbeitskräfte, die er einsparen konnte. Oder es wurde für die Beschäftigten, die 6 Tage in der Woche arbeiten, die tariflich nicht abgesicherte, aber praktizierte Regelung beseitigt, nach der ihre halbstündige Mittagspause in die Arbeitszeit einberechnet war, ihre Arbeitszeit wurde also um eine halbe Stunde verlängert. Gegenwert für den Dienstherrn: 1500 Arbeitskräfte, die nicht eingestellt wurden. Usw.usf.

So läßt sich für 1974 wie auch für 1981/82 feststellen: Trotz Verkürzung der Arbeitszeit mußten die Beschäftigten nicht weniger arbeiten, sondern im Gegenteil viel mehr. (Nach WSI-Mitteil. 4/83)

einandersetzungen eindeutig auf Sockel-, Mindest- und Festgeldbeträge festzulegen (220,223), wurden vom Gewerkschaftskongreß abgelehnt. Beschlossen wurde:

"Für den Fall, daß bei künftigen Arbeitszeitverkürzungen zwar ein voller Lohnausgleich erreichbar ist, die jährlichen Lohnsteigerungsraten dafür aber entscheidend gemindert werden, wird der Hauptvorstand beauftragt, für alle Lohn- und Gehaltserhöhungen, die zusammen mit der Verkürzung der Arbeitszeit bis hin zur 35-Stunden-Woche verhandelt werden, vorrangig soziale Komponenten zu berücksichtigen ..." (224, Stuttgart)

Quellen: Antragsmaterial und Tagesprotokolle des 14. Gewerkschaftskongresses der DPG

EG

Auseinandersetzungen unter den Imperialisten um den Ausbau



Die Meldungen der Presse über eine Krise in der EG häufen sich. Aus den Haushaltsauseinandersetzungen wird deutlich, daß sich die Mitgliedstaaten über neue Schwerpunkte in der Ausgestaltung der EG streiten. Was wollen die west-deutschen Imperialisten erreichen? Welche Interessen verbinden sie mit den Forderungen nach Ausbau „europäischer Industrien“, weiterer „Harmonisierung“? Was sind die Interessen der anderen Imperialisten?



Proletarischer Internationalismus

Klassenkämpfe in Südafrika: Die azanische Arbeiterbewegung erstarkt

Die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung Azanias ist von vielen Niederlagen und Rückschlägen begleitet. Auch heute ist das südafrikanische Siedlerregime bestrebt, die unabhängigen afrikanischen Gewerkschaften durch Terrorgesetze und Verfolgung ihrer Funktionäre und Mitglieder zu vernichten, um dem imperialistischen Kapital Südafrika als Ausbeutungsparadies zu erhalten.

Doch aller Terror, alle Einkerkungen und alle Spaltungsversuche des Regimes verhinderten die große Streikbewegung der vergangenen Jahre und den mächtigen Aufschwung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung nicht. Das azanische Proletariat beginnt seine Kraft als führende Klasse im Kampf für nationale und soziale Befreiung zu entfalten.

Universität Kiel

Immer schlechtere Studienbedingungen – Konkurrenz wächst



Stellenabbau beim Lehrkörper bei gestiegenen Studentenzahlen, die gesetzlichen Verschärfungen von Studien- und Prüfungsordnungen bei gleichzeitig gewachsenem Ermessensspielraum für professorale Willkür haben die Konkurrenz unter den Studenten verschärft. Durch finanzielle Einsparungen bei Bauten, Bibliotheken, Laborausstattung sind

die Arbeitsbedingungen untragbar geworden. Wie wirkt sich das auf den Tagesverlauf der Studenten aus? Wie sind die Lebensbedingungen von Studenten angesichts der Umstellung des (ohnehin begrenzten) BAFöGs auf Darlehen und der Tatsache, daß ein Großteil der Studenten nebenbei arbeiten muß, um sich den Lebensunterhalt zu verdienen?

Türkei

Verwandlung in ein Niedriglohnparadies für die Imperialisten

Auflösung der Staatsbetriebe und weitere „Inflationsbekämpfung“ hat der Sieger der türkischen Wahlen, Özal, angekündigt. Die Löhne und Einkommen der Arbeiter und Bauern sollen weiter gesenkt werden, die Imperialisten wollen die Staatsbetriebe und Staatsmonopole aus dem Weg haben, wollen freie Bahn für ihre Kapitalexperte. Die Verwandlung der Türkei in ein Niedriglohnparadies für die Imperialisten schreitet fort.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Postscheckkonto Köln, Konto-Nr. 10419-507, Bankleitzahl 37010030